

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks

A. Zielsetzung

Das bisherige Oslo-Übereinkommen vom 15. Februar 1972 zur Verhütung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge bezieht in seinem Geltungsbereich die sogenannten inneren Gewässer der Vertragsparteien nicht mit ein. Damit wird dem ökologischen Zusammenhang zwischen Meeresgewässern und inneren Gewässern nicht ausreichend genüge getan. Zudem besteht gleichzeitig eine unterschiedliche Handhabung im Vergleich zum sog. Paris-Übereinkommen (Meeresverschmutzung vom Lande aus). Ziel ist es, auch die Meeresgebiete der inneren Gewässer dem Schutz des Oslo-Übereinkommens zu unterstellen.

Ein untereinander abgestimmtes Vorgehen auf nationaler, regionaler und weltweiter Ebene im Sinne einer internationalen Meeresschutzpolitik ist unerlässlich zur Verhütung drohender und Beseitigung bereits vorhandener Meeresverschmutzung und zur Erreichung des ökologischen Gleichgewichts des Meeresgebietes „Nord-Ost-Atlantik“ einschließlich der Nordsee. Die derzeit geltenden Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge vom 12. Februar 1972 (Oslo-Konvention) und zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus vom 4. Juni 1974 (Paris-Konvention) regeln zahlreiche Verschmutzungsquellen nicht in angemessener Weise.

Auch die anhaltende Verschmutzung der Ostsee verlangt die Sicherstellung der ökologischen Sanierung sowie die Förderung der Möglichkeit zur Selbsterneuerung der Meeresumwelt kraft enger internationaler Zusammenarbeit. Die Anrainerstaaten des östlichen Ostsee-

Fristablauf: 01. 07. 94

raumes befinden sich sowohl hinsichtlich ihrer Wirtschaftsordnung als auch hinsichtlich ihres Umweltrechts in einem tiefgreifenden Umwälzungsprozeß.

B. Lösung

Indem das Gesetz in Artikel 1 Abs. 1 Nr. 1 ein Vertragsgesetz zu dem am 5. Dezember 1989 in Oslo unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Oslo-Übereinkommens vorsieht, werden die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Ratifikation des Protokolls und damit für die Ausdehnung des Konventionsgebietes im Einzugsgebiet der deutschen Nordsee geschaffen.

Die Bedeutung der beiden bislang geltenden, sich ergänzenden Übereinkommen von Oslo und Paris zum Schutz der Meeresumwelt im Bereich des Nordostatlantiks bestand vor allem darin, daß sie den Vertragsstaaten den rechtlichen und instrumentellen Rahmen für ihre Aktivitäten zum Schutz des Atlantiks gaben, aber auch die Plattform für eine fruchtbare internationale Zusammenarbeit bildeten. Die Verträge waren die Grundlage für viele wegweisende Projekte des Meeresumweltschutzes.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Entwicklung der Umweltpolitik, aber auch des Umweltrechts ist eine Anpassung des Oslo- und Paris-Übereinkommens an die aktuellen Anforderungen, etwa neue Forschungserkenntnisse und ein angestiegenes Umweltbewußtsein unabdingbar, wobei sich die Chance bietet, nunmehr eine einheitliche Konvention für das gesamte Schutzgebiet und alle Verschmutzungsquellen unter Beibehaltung bewährter organisatorischer Strukturen in Kraft treten zu lassen. Im engen Wirkungszusammenhang mit dem Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes stellt die Regionalkonvention für den Nordostatlantik und die Nordsee den rechtlichen Rahmen für einen erfolgreichen Meeresumweltschutz bis ins nächste Jahrtausend hinein bereit. Die Konvention ist in wesentlichen Teilen auch als Umsetzung der anläßlich der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 zu sehen, womit ihr zugleich weltweite Bedeutung im Sinne einer Vorbildfunktion für noch zu schaffende oder zu überarbeitende Übereinkommen in anderen Regionen zukommt.

Die Übereinkunft weist inhaltlich einige von deutscher Seite maßgeblich geprägte positive Elemente auf: So ist die völkerrechtliche Verankerung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips, wichtige Elemente des deutschen Umweltrechts, besonders herauszustellen. Weitere Schwerpunkte der Konvention, die von ihrer Konstruktion her für die Regelung künftiger Problemfelder im Wege von weiteren Anhängen offen ist, sind die Bestimmungen über die Meeresverschmutzung durch Offshore-Aktivitäten sowie über die Überwachung und Bewertung des Zustandes der Gewässer. Das neue Übereinkommen führt zu einem Zuwachs an Umweltschutz, indem es die Verpflichtung zur Anwendung der „besten Umweltpraxis“ sowie des „Standes der Technik“ beinhaltet. Weil regional schärfere Maßnahmen zugelassen sind, kann das Instrumentarium der Konvention für den Schutz der Nordsee fruchtbar gemacht werden. Als Meilenstein im Bestreben, den Ozean zu schützen, kann das nur durch wenige und zum Teil befristete Ausnahmen durchbrochene, strikte Verbot der Abfalleinbrin-

gung und -verbrennung auf hoher See bezeichnet werden, das den unbefriedigenden Rechtszustand der grundsätzlichen Genehmigungsfähigkeit ablöst.

Formell enthält die Konvention im Vergleich zur Oslo- und Paris-Übereinkunft eine neue Handlungsmöglichkeit: Künftig kann die Kommission neben Empfehlungen auch rechtsverbindliche Beschlüsse in Gestalt einer Entscheidung treffen.

Artikel 1 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes betrifft die 1974 getroffene und 1980 in Kraft getretene „Helsinki-Konvention“ zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee. Diese hat in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen, daß in diesem Meeresgebiet erfolgreicher Umweltschutz praktiziert werden konnte. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Entwicklung der Umweltpolitik, aber auch des Umweltrechts ist nunmehr eine Anpassung des Ostseeschutzabkommens an die aktuellen Begebenheiten unabdingbar.

Beispielhaft ist die Verankerung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips herauszuheben. Die Intensivierung des Informationsaustausches schafft mehr Transparenz auch auf der zunehmend wichtiger werdenden internationalen Ebene. Mit der Ausdehnung des Konventionsgebietes auf die inneren Gewässer (z.B. Buchten, Bodden und Fjorde) wird der Anwendungsbereich – einer ökologischen Notwendigkeit folgend – deutlich erweitert. Aber auch qualitativ garantiert das neue Übereinkommen einen Zuwachs an Umweltschutz, indem es die Verpflichtung zur Anwendung der „besten Umweltpraxis“ für alle Verschmutzungsquellen sowie des „Standes der Technik“ bei Punktquellen sowie die generelle Verpflichtung zur Verringerung von Schadstoffeinträgen im Rahmen der Vorschriften beinhaltet. In einem Anhang sind einzelne verbotene Stoffe aufgeführt. Ferner verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Verwendung bestimmter aufgeführter Stoffe (Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel) im Ostseegebiet und seinem Einzugsgebiet auf ein Mindestmaß zu reduzieren und nach Möglichkeit zu verbieten.

Als Schutzziel werden in der Helsinki-Konvention nunmehr ausdrücklich die Erhaltung der Lebensräume, Artenvielfalt und (ungestörte) Naturabläufe konkretisiert, da es sich hier um integrale Bestandteile des Ostseeökosystems handelt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Durch die Umsetzung des Protokolls vom 5. Dezember 1989 zur Änderung des Oslo-Übereinkommens werden der Bund, die Länder und die Gemeinden nicht mit Kosten belastet, weil die Anwendung des Übereinkommens innerhalb der inneren Gewässer im Rahmen des geltenden bundesdeutschen Rechts erfolgt.

Die neue Übereinkunft zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks erfordert zu ihrer Umsetzung außer der rechtlichen Festschreibung des grundsätzlichen Verbots der Abfallentsorgung auf See keine Änderungen des bislang in Deutschland geltenden Rechts. Weil die Entsorgung von Abfällen auf See von deutscher Seite bereits 1989

eingestellt wurde, löst das genannte Verbot keine Kostenfolgen aus. Auf die Haushalte des Bundes, der Länder und Gemeinden kommen demnach keine zusätzlichen Kosten zu. Der derzeitige Finanzierungsmodus wird aufgrund der Beibehaltung der Kommissionen durch die neue Übereinkunft nicht geändert, so daß sich gegenüber den alten Abkommen keine zusätzlichen Belastungen ergeben.

Zur Umsetzung der neuen Helsinki-Übereinkunft ist keine Änderung des bislang in Deutschland geltenden Rechts notwendig, weshalb auf die Haushalte des Bundes, der Länder und Gemeinden keine zusätzlichen Kosten zukommen. Ebenso wenig wird die inländische Wirtschaft am Wirtschaftsstandort Deutschland mit weiteren Kosten belastet. Auch diese internationale Konvention läßt ihrerseits den derzeitigen Modus der Finanzierung unverändert, so daß sich infolge der Beitragszahlungen an die Kommission gegenüber dem alten Abkommen keine zusätzlichen Belastungen ergeben.

Da weder Bund und Länder noch die inländische Wirtschaft mit Kosten infolge des Gesetzes belastet werden, ergeben sich daraus auch keine preislichen Auswirkungen.

20. 05. 94

U

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu internationalen Übereinkommen
über den Schutz der Meeresumwelt
des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (321) – 235 31 – No 5/94

Bonn, den 20. Mai 1994

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 01. 07. 94

483/94

Entwurf**Gesetz
zu internationalen Übereinkommen
über den Schutz der Meeresumwelt
des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Folgenden Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem in Oslo am 5. Dezember 1989 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 15. Februar 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge (BGBl. 1977 II S. 165) in der durch das Protokoll vom 2. März 1983 geänderten Fassung (BGBl. 1986 II S. 998);
2. dem in Paris am 22. September 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks;
3. dem in Helsinki am 9. April 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes.

(2) Das Protokoll und die Übereinkommen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. a) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium für Wirtschaft Änderungen der Anlagen bzw. Anhänge des in Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2 genannten Übereinkommens nach dessen Artikel 17 bzw. Artikel 19,
b) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium für Wirtschaft Änderungen der Anlagen des in Artikel 1 Abs. 1 Nr. 3 genannten Übereinkommens sowie zusätzliche Anlagen nach dessen Artikel 32,
die sich im Rahmen der Ziele des jeweiligen Übereinkommens halten,
 2. von der Kommission angenommene Beschlüsse nach Artikel 10 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 13 des in Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Übereinkommens, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens sowie der Anlagen und Anhänge halten,
- in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Vereinbarungen nach Artikel IX des Protokolls vom 5. Dezember 1989, Artikel 29 des Übereinkommens vom 22. September 1992 und Artikel 36 des Übereinkommens vom 9. April 1992 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Gesetzentwurf

Zu Artikel 1

Zu Absatz 1 Nr. 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 S. 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Protokoll das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Absatz 1 Nr. 2 und Nr. 3

Auf die Übereinkommen findet jeweils Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Um den Gesetzgeber nicht mehr als notwendig zu belasten, können die Änderungen von Anhängen und Anlagen der in Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2 und 3 bezeichneten Übereinkommen und die in Artikel 2 Nr. 2 genannten Beschlüsse durch Rechtsverordnungen in Kraft gesetzt werden. Die Bestimmung entspricht den Anforderungen des Artikels 80 Abs. 1 S. 1 des Grundgesetzes. Die notwendige Bestimmtheit der Ermächtigung für Änderungen der Anhänge bzw. Anlagen der Übereinkommen kann den Übereinkommen und den betroffenen Anhängen bzw. Anlagen in ihrer gegenwärtigen Fassung entnommen werden. Das Erfordernis der Bestimmtheit ist auch hinsichtlich der für die Vertragsparteien bindenden Beschlüsse nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks beachtet: Mit der ausdrücklichen Bezugnahme auf die Umsetzung des Übereinkommens wird deutlich, daß auch diesbezüglich der Rahmen der Grundentscheidung des Gesetzgebers für die Anwendung des Übereinkommens und seiner Anlagen und Anhänge nicht verlassen wird. Zusätzlich ist vorgesehen, daß nur solche Beschlüsse erfaßt werden, die in einem Verfahren ergangen sind, das der Gesetzgeber mit seiner Zustimmung zu Artikel 13 des Übereinkommens gebilligt hat.

Zu Artikel 3

Nach Absatz 2 sind die Zeitpunkte, in denen das Protokoll bzw. die Übereinkommen nach ihren jeweiligen Bestimmungen in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des in Artikel 1 bezeichneten Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet, weil die Anwendung des Übereinkommens innerhalb der inneren Gewässer im Rahmen des geltenden bundesdeutschen Rechts erfolgt.

Durch die in Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2 bezeichnete Konvention wird der bisherige Modus der Finanzierung nicht verändert, so daß sich bei den Beitragszahlungen gegenüber den alten Oslo- und Paris-Übereinkommen keine zusätzlichen Belastungen ergeben.

Auch bei der in Artikel 1 Abs. 1 Nr. 3 genannten Konvention wird der bisherige Modus der Finanzierung nicht verändert, so daß sich bei den Beitragszahlungen gegenüber dem alten Übereinkommen keine zusätzlichen Belastungen ergeben. Die neuen Übereinkommen erfordern zu ihrer Umsetzung mit Ausnahme der notwendigen Integration des grundsätzlichen Verbots der Abfallentsorgung auf See keine Änderungen des bislang in Deutschland geltenden Rechts. Weil die Entsorgung von Abfällen auf See von deutscher Seite bereits seit mehreren Jahren eingestellt ist, löst das genannte Verbot keine Kostenfolgen aus.

Da weder Bund und Länder noch die inländische Wirtschaft mit Kosten infolge des Gesetzes belastet werden, ergeben sich daraus auch keine preislichen Auswirkungen.

Protokoll
zur Änderung des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge

Protocol
amending the Convention for the Prevention of Marine Pollution
by Dumping from Ships and Aircraft

Protocole
portant Amendement à la Convention pour la Prévention de la Pollution Marine
par les Opérations d'Immersion Effectuées par les Navires et Aéronefs

(Übersetzung)

The States Parties to the Convention for the Prevention of Marine Pollution by Dumping from Ships and Aircraft, done at Oslo on 15 February 1972 (hereinafter referred to as "the Convention");

Les Etats parties à la Convention pour la Prévention de la Pollution Marine par les Opérations d'Immersion Effectuées par les Navires et Aéronefs, signée à Oslo le 15 février 1972 (ci-après désignée comme la «Convention»);

Die Vertragsstaaten des am 15. Februar 1972 in Oslo beschlossenen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) –

Recalling that the Convention calls upon the Contracting Parties to harmonize their policies and measures to prevent the pollution of the sea by dumping;

Rappelant que la Convention exhorte les Parties contractantes à harmoniser leurs politiques et mesures destinées à empêcher la pollution de la mer par l'immersion;

eingedenk dessen, daß das Übereinkommen die Vertragsparteien dazu auffordert, ihre Politik und ihre Maßnahmen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen aufeinander abzustimmen;

Noting that the provisions of the Convention for the Prevention of Marine Pollution from Land-Based Sources, done at Paris on 4 June 1974, cover not only the high seas and the territorial seas but also the internal waters of Contracting Parties;

Sachant que des dispositions de la Convention pour la Prévention de la Pollution Marine d'Origine Tellurique, signée à Paris le 4 juin 1974, s'appliquent non seulement à la haute mer et aux mers territoriales, mais également aux eaux intérieures des Parties contractantes;

im Hinblick darauf, daß die Bestimmungen des am 4. Juni 1974 in Paris beschlossenen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus sich nicht nur auf die Hohe See und das Küstenmeer, sondern auch auf die inneren Gewässer der Vertragsparteien beziehen;

Being desirous of bringing the geographical coverage of the two Conventions into closer alignment;

Etant désireux d'aligner plus étroitement la couverture géographique des deux Conventions;

in dem Wunsch, die geographische Erstreckung der beiden Übereinkommen einander stärker anzugleichen;

Desiring to ensure that the aims of the Convention will be achieved in internal waters which are situated adjacent to the territorial sea to which the Convention applies;

Désireux de s'assurer que les objectifs que la Convention s'est fixés seront réalisés dans les eaux intérieures adjacentes à la mer territoriale sur laquelle porte la Convention;

von dem Wunsch geleitet sicherzustellen, daß die Ziele des Übereinkommens in den inneren Gewässern verwirklicht werden, die an das durch das Übereinkommen erfaßte Küstenmeer angrenzen;

Wishing to improve the protection of the marine environment;

Souhaitant renforcer la protection de l'environnement marin;

in dem Bestreben, den Schutz der Meeresumwelt zu verbessern;

Resolving that the Convention should be amended for this purpose;

Décidant qu'il convient d'amender la Convention dans ce but;

in dem Entschluß, das Übereinkommen zu diesem Zweck zu ändern –

Have agreed as follows:

Sont convenus des dispositions suivantes:

sind wie folgt übereingekommen:

Article I

Article 2 of the Convention shall be amended to read as follows:

Article I

L'Article 2 de la Convention est amendé et est dorénavant formulé comme suit:

Artikel I

Artikel 2 des Übereinkommens erhält folgende geänderte Fassung:

"The present Convention shall apply to the maritime area within the following limits:

- a) those parts of the Atlantic and Arctic Oceans and the dependent seas which lie north of 36° north latitude and between 42° west longitude and 51° east longitude, but excluding:
 - (i) the Baltic Sea and Belts lying to the south and east of lines drawn from Hasenore Head to Griben Point, from Korshage to Spodsbjerg and from Gilbjerg to the Kullen, and
 - (ii) the Mediterranean Sea and its dependent seas as far as the point of intersection of the parallel of 36° north latitude and the meridian of 5°36' west longitude;
- b) that part of the Atlantic Ocean north of 59° north latitude and between 44° west longitude and 42° west longitude."

Article II

Article 15 (1) (c) of the Convention shall be amended to read as follows:

- "c) by ships and aircraft believed to be engaged in dumping within its internal waters or within its territorial sea."

Article III

Article 15 (2) of the Convention shall be amended to read as follows:

"Each Contracting Party undertakes to issue instructions to its maritime inspection vessels and aircraft and to other appropriate services to report to its authorities any incidents or conditions on the high seas or in that part of the sea beyond and adjacent to the territorial sea under its jurisdiction in accordance with international law which give rise to suspicions that dumping in contravention of the provisions of the present Convention has occurred or is about to occur. That Contracting Party shall, if it considers it appropriate, report accordingly to any other Contracting Party concerned."

Article IV

The following paragraph shall be added to Article 19 of the Convention:

"(4) 'Maritime area' means that part of the internal waters of a Contracting Party designated by that Contracting Party for the purpose of this Convention, the territorial sea of a Contracting Party, that part of the sea beyond and adjacent to the territorial sea under the jurisdiction of a Contracting Party in accordance with international law, and the high seas."

"La présente Convention s'applique à la zone maritime dont les limites sont les suivantes:

- a) les régions des océans Atlantique et Arctique et de leurs mers secondaires qui s'étendent au nord du 36° de latitude nord et entre le 42° de longitude ouest et le 51° de longitude est mais à l'exclusion:
 - (i) de la mer Baltique et des Belts au sud et à l'est des lignes allant d'Hasenore Head à Griben Point, de Korshage à Spodsbjerg et de Gilbjerg Head à Kullen, et
 - (ii) de la mer Méditerranée et des mers secondaires jusqu'au point d'intersection du 36° parallèle de latitude nord et du 5°36' méridien de longitude ouest;
- b) la région de l'océan Atlantique au nord du 59° de latitude nord et entre 44° de longitude ouest et 42° de longitude ouest."

Article II

Article 15(1)(c) de la Convention est amendé et est dorénavant formulé comme suit:

- "c) par les navires et aéronefs dont on pense qu'ils se livrent à l'immersion dans ses eaux intérieures ou dans les limites de sa mer territoriale."

Article III

L'article 15(2) de la Convention est amendé comme suit:

"Chacune des Parties contractantes s'engage à donner pour instruction à ses navires et aéronefs d'inspection maritime ainsi qu'aux autres services qualifiés de signaler à leurs autorités nationales tous incidents ou situations soit en haute mer, soit dans la partie de la mer qui se trouve au-delà et en position adjacente à la mer territoriale tombant sous sa juridiction en vertu du droit international, situations ou incidents qui font soupçonner qu'il y a eu ou qu'il va y avoir immersion contraire aux dispositions de la présente Convention. Cette Partie contractante en informera, si elle le juge opportun, toute autre Partie contractante intéressée."

Article IV

Le paragraphe suivant est ajouté à l'Article 19 de la Convention:

"(4) <Zone maritime> signifie la partie des eaux intérieures d'une Partie contractante, telle que définie par cette Partie contractante aux fins de la Convention; la mer territoriale d'une Partie contractante; la partie de la mer au-delà de la mer territoriale et adjacente à celle-ci sur laquelle une Partie contractante exerce sa juridiction conformément au droit international; et la haute mer."

„Dieses Übereinkommen gilt für das Meeresgebiet innerhalb der folgenden Begrenzungen:

- a) diejenigen Teile des Atlantischen Ozeans und des Nördlichen Eismeers und Nebengewässer, die nördlich von 36° nördlicher Breite und zwischen 42° westlicher Länge und 51° östlicher Länge liegen, jedoch ausschließlich
 - i) der Ostsee und der Belte südlich und östlich der Linien, die vom Kap Hasenöre zum Kap Griben, von Korshage nach Spodsbjerg und vom Kap Gilbjerg nach Kullen verlaufen, sowie
 - ii) des Mittelmeers und seiner Nebengewässer bis zum Schnittpunkt des Breitenparallels 36° nördlicher Breite und des Meridians 5°36' westlicher Länge;
- b) derjenige Teil des Atlantischen Ozeans, der nördlich von 59° nördlicher Breite und zwischen 44° westlicher Länge und 42° westlicher Länge liegt."

Artikel II

Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

- „c) Schiffe und Luftfahrzeuge, bei denen ein Einbringen in ihren inneren Gewässern oder in ihrem Küstenmeer angenommen wird.“

Artikel III

Artikel 15 Absatz 2 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

„Jede Vertragspartei verpflichtet sich, ihre Aufsichtsschiffe und -luftfahrzeuge sowie ihre sonstigen in Frage kommenden Stellen anzuweisen, ihren Behörden alle Ereignisse oder Umstände auf Hoher See oder in dem jenseits des Küstenmeers gelegenen und an dieses angrenzenden Teil des Meeres, der nach dem Völkerrecht ihren Hoheitsbefugnissen unterliegt, zu melden, die den Verdacht erwecken, daß ein Einbringen unter Verstoß gegen dieses Übereinkommen stattgefunden hat oder unmittelbar bevorsteht. Die betreffende Vertragspartei gibt diese Meldung, wenn sie es für zweckmäßig hält, an jede andere beteiligte Vertragspartei weiter.“

Artikel IV

Dem Artikel 19 des Übereinkommens wird der folgende Absatz angefügt:

„(4) Der Ausdruck „Meeresgebiet“ bezeichnet den von einer Vertragspartei für den Zweck dieses Übereinkommens bestimmten Teil der inneren Gewässer dieser Vertragspartei, das Küstenmeer der Vertragspartei, den jenseits des Küstenmeers gelegenen und an dieses angrenzenden Teil des Meeres, der nach dem Völkerrecht den Hoheitsbefugnissen der Vertragspartei unterliegt, sowie die Hohe See.“

Article V

Article 22 of this Convention shall be amended to read as follows:

"This Convention, as amended by the Protocols opened for signature on 2 March 1983 and on 5 December 1989, shall be open for accession by any State referred to in Article 20. The Contracting Parties may unanimously invite other States to accede to the Convention as amended. The instruments of accession shall be deposited with the Government of Norway."

Article VI

This Protocol shall be open for signature at Oslo from 5 December 1989 until 5 March 1990 by the States which are Parties to the Convention on the date of the opening for signature of this Protocol.

Article VII

This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of Norway.

Article VIII

This Protocol shall be open for accession by any State referred to in Article 22 of the Convention which has not signed this Protocol. The instruments of accession shall be deposited with the Government of Norway.

Article IX

1) This Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date on which all States referred to in Article VI of this Protocol shall have deposited their instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2) For any State acceding to this Protocol after its entry into force, this Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date on which that State shall have deposited its instrument of accession.

Article X

The depositary Government shall inform the Contracting Parties to the Convention of signatures of this Protocol and of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, in accordance with Articles VI, VII and VIII.

Article XI

The original of this Protocol, of which the English and French texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of Norway, which shall send certified copies thereof to the Contracting Parties to the Convention. It shall transmit a certified

Article V

L'Article 22 de la Convention est amendé et est dorénavant formulé comme suit:

«La présente Convention, telle qu'amendée par les Protocoles ouverts à la signature le 2 mars 1983 et le 5 décembre 1989, sera ouverte à l'adhésion de tout Etat visé à l'Article 20. Les Parties contractantes pourront à l'unanimité inviter d'autres Etats à adhérer à la Convention telle qu'amendée. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de la Norvège.»

Article VI

Le présent Protocole sera ouvert à Oslo du 5 décembre 1989 au 5 mars 1990 à la signature des Etats qui sont parties à la Convention à la date d'ouverture à la signature du présent Protocole.

Article VII

Le présent Protocole sera l'objet de ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de la Norvège.

Article VIII

Le présent Protocole sera ouvert à l'adhésion de tout Etat visé à l'Article 22 de la Convention qui n'aura pas signé le Protocole. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de la Norvège.

Article IX

1) Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant la date à laquelle tous les Etats visés à l'Article VI du présent Protocole auront déposé leurs instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2) Pour tout Etat qui adhèrera au présent Protocole après son entrée en vigueur, le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant la date à laquelle cet Etat aura déposé son instrument d'adhésion.

Article X

Le Gouvernement dépositaire avisera les Parties contractantes à la Convention des signatures du présent Protocole et du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion conformément aux Articles VI, VII et VIII.

Article XI

L'original du présent Protocole, dont les textes anglais et français font également foi, sera déposé auprès du Gouvernement de la Norvège qui en adressera des copies certifiées conformes aux Parties contractantes à la Convention. Il en remettra une copie cer-

Artikel V

Artikel 22 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

„Dieses Übereinkommen in der Fassung der am 2. März 1983 und am 5. Dezember 1989 zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolle steht für jeden in Artikel 20 bezeichneten Staat zum Beitritt offen. Die Vertragsparteien können andere Staaten einstimmig zum Beitritt zu dem Übereinkommen in seiner geänderten Fassung einladen. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.“

Artikel VI

Dieses Protokoll liegt für die Staaten, die zu dem Zeitpunkt, zu dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird, Vertragsparteien des Übereinkommens sind, vom 5. Dezember 1989 bis zum 5. März 1990 in Oslo zur Unterzeichnung auf.

Artikel VII

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.

Artikel VIII

Dieses Protokoll steht für jeden in Artikel 22 des Übereinkommens bezeichneten Staat, der das Protokoll nicht unterzeichnet hat, zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.

Artikel IX

(1) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem alle in Artikel VI des Protokolls bezeichneten Staaten ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

(2) Für jeden Staat, der diesem Protokoll nach seinem Inkrafttreten beitrifft, tritt es am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem der betreffende Staat seine Beitrittsurkunde hinterlegt hat.

Artikel X

Die Verwahrregierung unterrichtet die Vertragsparteien des Übereinkommens von jeder Unterzeichnung dieses Protokolls und jeder Hinterlegung einer Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde nach den Artikeln VI, VII und VIII.

Artikel XI

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung von Norwegen hinterlegt; diese übermittelt den Vertragsparteien des Übereinkommens beglaubigte Abschriften. Sie

copy to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

tifiée conforme au Secrétaire Général des Nations Unies pour enregistrement et publication, conformément à l'Article 102 de la charte des Nations Unies.

übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Protocol.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur Gouvernement respectif, ont signé le présent Protocole.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Done at Oslo, this fifth day of December 1989.

Fait à Oslo, le cinq décembre 1989.

Geschehen zu Oslo am 5. Dezember 1989.

Übereinkommen
zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks
Convention
for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic
Convention
pour la Protection du Milieu Marin de l'Atlantique du Nord-Est

(Übersetzung)

The Contracting Parties,

Recognising that the marine environment and the fauna and flora which it supports are of vital importance to all nations;

Recognising the inherent worth of the marine environment of the North-East Atlantic and the necessity for providing coordinated protection for it;

Recognising that concerted action at national, regional and global levels is essential to prevent and eliminate marine pollution and to achieve sustainable management of the maritime area, that is, the management of human activities in such a manner that the marine ecosystem will continue to sustain the legitimate uses of the sea and will continue to meet the needs of present and future generations;

Mindful that the ecological equilibrium and the legitimate uses of the sea are threatened by pollution;

Considering the recommendations of the United Nations Conference on the Human Environment, held in Stockholm in June 1972;

Considering also the results of the United Nations Conference on the Environment and Development held in Rio Janeiro in June 1992;

Recalling the relevant provisions of customary international law reflected in Part XII of the United Nations Law of the Sea Convention and, in particular, Article 197 on global and regional cooperation for the protection and preservation of the marine environment;

Considering that the common interests of States concerned with the same marine

Les Parties contractantes,

Reconnaissant que le milieu marin et la faune et la flore qu'il conditionne ont une importance vitale pour toutes les nations;

Reconnaissant la valeur intrinsèque du milieu marin de l'Atlantique du nord-est et la nécessité d'en coordonner la protection;

Reconnaissant que des actions concertées aux niveaux national, régional et mondial, sont essentielles pour la prévention et la suppression de la pollution marine de même que pour une gestion durable de la zone maritime, qui consiste en une gestion des activités humaines telle que l'écosystème marin puisse continuer d'assurer les utilisations légitimes de la mer et de répondre aux besoins des générations actuelles et futures;

Conscientes du fait que l'équilibre écologique et les utilisations légitimes de la mer sont menacés par la pollution;

Prenant en considération les recommandations de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement humain, qui s'est réunie à Stockholm en juin 1972;

Prenant également en considération les résultats de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement, qui s'est réunie à Rio de Janeiro en juin 1992;

Rappelant les dispositions pertinentes du droit coutumier international contenues dans la XII^{ème} partie de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer et notamment son article 197 sur la coopération mondiale et régionale dans la protection et la préservation du milieu marin;

Considérant que les intérêts communs des Etats concernés d'une même zone ma-

Die Vertragsparteien –

In der Erkenntnis, daß die Meeresumwelt und die von ihr lebenden Tiere und Pflanzen für alle Völker von lebenswichtiger Bedeutung sind;

In Anbetracht des Eigenwerts der Meeresumwelt des Nordostatlantiks und der Notwendigkeit, sie in koordinierter Weise zu schützen;

In der Erkenntnis, daß ein untereinander abgestimmtes Vorgehen auf nationaler, regionaler und weltweiter Ebene unerlässlich ist zur Verhütung und Beseitigung der Meeresverschmutzung und zur Erreichung einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Meeresgebiets, das heißt einer solchen Gestaltung der menschlichen Tätigkeiten, daß das Meeresökosystem weiterhin die rechtmäßigen Nutzungen des Meeres erlaubt und die Bedürfnisse der heutigen und der künftigen Generationen befriedigt;

Eingedenk dessen, daß das ökologische Gleichgewicht und die rechtmäßigen Nutzungen des Meeres durch Verschmutzung bedroht sind;

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen der im Juni 1972 in Stockholm abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen

sowie unter Berücksichtigung der Ergebnisse der im Juni 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung;

Eingedenk der maßgeblichen Bestimmungen des Völkergewohnheitsrechts, die sich in Teil XII des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und insbesondere in Artikel 197 über die weltweite und regionale Zusammenarbeit zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt niedergeschlagen haben;

In der Erwägung, daß die mit derselben Meereszone befaßten Staaten durch ihre

area should induce them to cooperate at regional or sub-regional levels;

Recalling the positive results obtained within the context of the Convention for the prevention of marine pollution by dumping from ships and aircraft signed in Oslo on 15th February 1972, as amended by the protocols of 2nd March 1983 and 5th December 1989, and the Convention for the prevention of marine pollution from land-based sources signed in Paris on 4th June 1974, as amended by the protocol of 26th March 1986;

Convinced that further international action to prevent and eliminate pollution of the sea should be taken without delay, as part of progressive and coherent measures to protect the marine environment;

Recognising that it may be desirable to adopt, on the regional level, more stringent measures with respect to the prevention and elimination of pollution of the marine environment or with respect to the protection of the marine environment against the adverse effects of human activities than are provided for in international conventions or agreements with a global scope;

Recognising that questions relating to the management of fisheries are appropriately regulated under international and regional agreements dealing specifically with such questions;

Considering that the present Oslo and Paris Conventions do not adequately control some of the many sources of pollution, and that it is therefore justifiable to replace them with the present Convention, which addresses all sources of pollution of the marine environment and the adverse effects of human activities upon it, takes into account the precautionary principle and strengthens regional cooperation;

Have agreed as follows:

Article 1 Definitions

For the purposes of the Convention:

- (a) "Maritime area" means the internal waters and the territorial seas of the Contracting Parties, the sea beyond and adjacent to the territorial sea under the jurisdiction of the coastal state to the extent recognised by international law, and the high seas, including the bed of all those waters and its sub-soil, situated within the following limits:

rine doivent les conduire à coopérer au niveau régional ou sub-régional;

Rappelant les résultats positifs obtenus dans le contexte de la Convention pour la prévention de la pollution marine par les opérations d'immersion effectuées par les navires et aéronefs, signée à Oslo le 15 février 1972, telle qu'amendée par les protocoles du 2 mars 1983 et du 5 décembre 1989, ainsi que de la Convention pour la prévention de la pollution marine d'origine tellurique, signée à Paris le 4 juin 1974, telle qu'amendée par le protocole du 26 mars 1986;

Convaincues que des actions internationales supplémentaires visant à prévenir et à supprimer la pollution marine doivent être menées sans tarder, comme partie d'un programme progressif et cohérent de protection du milieu marin;

Reconnaissant qu'il peut être souhaitable d'adopter au niveau régional, en matière de prévention et de suppression de la pollution du milieu marin ou de protection du milieu marin contre les effets préjudiciables des activités de l'homme, des mesures plus rigoureuses que celles prévues par les conventions ou accords internationaux de portée mondiale;

Reconnaissant que les matières relatives à la gestion des pêcheries sont réglementées de manière appropriée par des accords internationaux et régionaux traitant spécifiquement de ces matières;

Considérant que les actuelles Conventions d'Oslo et de Paris ne réglementent pas suffisamment certaines des nombreuses sources de la pollution, et qu'il est par conséquent justifié de les remplacer par la présente Convention, laquelle couvre toutes les sources de la pollution du milieu marin ainsi que les effets préjudiciables que les activités de l'homme ont sur celui-ci, tient compte du principe de précaution et renforce la coopération régionale;

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1 Définitions

Aux fins de la présente Convention:

- (a) On entend par «zone maritime»: les eaux intérieures et la mer territoriale des Parties contractantes, la zone située au-delà de la mer territoriale et adjacente à celle-ci sous juridiction de l'Etat côtier dans la mesure reconnue par le droit international, ainsi que la haute mer, y compris l'ensemble des fonds marins correspondants et leur sous-sol, situées dans les limites suivantes:

gemeinsamen Interessen veranlaßt werden sollten, auf regionaler oder subregionaler Ebene zusammenzuarbeiten;

Eingedenk der positiven Ergebnisse, die im Zusammenhang mit dem am 15. Februar 1972 in Oslo unterzeichneten Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge in seiner durch die Protokolle vom 2. März 1983 und vom 5. Dezember 1989 geänderten Fassung sowie dem am 4. Juni 1974 in Paris unterzeichneten Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus in seiner durch das Protokoll vom 26. März 1986 geänderten Fassung erzielt wurden;

Überzeugt, daß als Teil fortlaufender und zusammenhängender Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt unverzüglich weitere internationale Vorkehrungen zur Verhütung und Beseitigung der Meeresverschmutzung getroffen werden sollten;

In der Erkenntnis, daß es wünschenswert sein dürfte, auf regionaler Ebene strengere Maßnahmen bezüglich der Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung der Meeresumwelt oder bezüglich des Schutzes der Meeresumwelt vor den nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten zu beschließen, als in internationalen Übereinkommen oder Vereinbarungen mit weltweitem Anwendungsbereich vorgesehen sind;

In der Erkenntnis, daß Fragen der Fischereiwirtschaft in angemessener Weise im Rahmen internationaler und regionaler Übereinkünfte geregelt sind, die sich eigens mit diesen Fragen befassen;

In der Erwägung, daß die derzeitigen Übereinkommen von Oslo und Paris einige der zahlreichen Verschmutzungsquellen nicht in angemessener Weise regeln und daß es deshalb gerechtfertigt ist, sie durch das vorliegende Übereinkommen zu ersetzen, das alle Quellen der Verschmutzung der Meeresumwelt sowie die nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten auf die Meeresumwelt behandelt, das Vorsorgeprinzip berücksichtigt und die regionale Zusammenarbeit stärkt –

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

- a) bedeutet „Meeresgebiet“ die inneren Gewässer und die Küstenmeere der Vertragsparteien, das jenseits des Küstenmeers gelegene und an dieses angrenzende Meer, das den Hoheitsbefugnissen des Küstenstaats unterliegt, soweit es durch das Völkerrecht anerkannt ist, sowie die Hohe See, einschließlich des Bodens und des Untergrunds aller dieser Gewässer, innerhalb der folgenden Begrenzungen:

- (i) those parts of the Atlantic and Arctic Oceans and their dependent seas which lie north of 36° north latitude and between 42° west longitude and 51° east longitude, but excluding:
- (1) the Baltic Sea and the Belts lying to the south and east of lines drawn from Hasenore Head to Griben Point, from Korshage to Spodsbjerg and from Gilbjerg Head to Kullen,
 - (2) the Mediterranean Sea and its dependent seas as far as the point of intersection of the parallel of 36° north latitude and the meridian of 5° 36' west longitude;
- (ii) that part of the Atlantic Ocean north of 59° north latitude and between 44° west longitude and 42° west longitude.
- (b) "Internal waters" means the waters on the landward side of the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured, extending in the case of watercourses up to the freshwater limit.
- (c) "Freshwater limit" means the place in a watercourse where, at low tide and in a period of low freshwater flow, there is an appreciable increase in salinity due to the presence of seawater.
- (d) "Pollution" means the introduction by man, directly or indirectly, of substances or energy into the maritime area which results, or is likely to result, in hazards to human health, harm to living resources and marine ecosystems, damage to amenities or interference with other legitimate uses of the sea.
- (e) "Land-based sources" means point and diffuse sources on land from which substances or energy reach the maritime area by water, through the air, or directly from the coast. It includes sources associated with any deliberate disposal under the sea-bed made accessible from land by tunnel, pipeline or other means and sources associated with man-made structures placed, in the maritime area under the jurisdiction of a Contracting Party, other than for the purpose of offshore activities.
- (f) "Dumping" means
- (i) any deliberate disposal in the maritime area of wastes or other matter
- (i) les régions des océans Atlantique et Arctique et de leurs mers secondaires, qui s'étendent au nord du 36° de latitude nord et entre le 42° de longitude ouest et le 51° de longitude est mais à l'exclusion:
- (1) de la mer Baltique et des Belts au sud et à l'est des lignes allant d'Hasenore Head à Griben Point, de Korshage à Spodsbjerg et de Gilbjerg Head à Kullen,
 - (2) de la mer Méditerranée et de ses mers secondaires jusqu'au point d'intersection du 36° parallèle de latitude nord et du 5°36' méridien de longitude ouest;
- (ii) la région de l'océan Atlantique située au nord du 59° de latitude nord et entre 44° de longitude ouest et 42° de longitude ouest.
- (b) On entend par «eaux intérieures»: les eaux en deçà de la ligne de base servant à mesurer la largeur de la mer territoriale et s'étendant, dans le cas des cours d'eau, jusqu'à la limite des eaux douces.
- (c) On entend par «limite des eaux douces»: l'endroit dans un cours d'eau où, à marée basse et en période de faible débit d'eau douce, le degré de salinité augmente sensiblement, par suite de la présence de l'eau de mer.
- (d) On entend par «pollution»: l'introduction par l'homme, directement ou indirectement, de substances ou d'énergie dans la zone maritime, créant ou susceptibles de créer des risques pour la santé de l'homme, des dommages aux ressources biologiques et aux écosystèmes marins, des atteintes aux valeurs d'agrément ou des entraves aux autres utilisations légitimes de la mer.
- (e) On entend par «sources telluriques»: les sources ponctuelles et diffuses à terre, à partir desquelles des substances ou de l'énergie atteignent la zone maritime, par l'intermédiaire des eaux, de l'air ou directement depuis la côte. Elles englobent les sources associées à tout dépôt délibéré à des fins d'élimination dans le sous-sol marin, rendu accessible depuis la terre par un tunnel, une canalisation ou d'autres moyens, ainsi que les sources associées aux structures artificielles placées à des fins autres que des activités offshore dans la zone maritime sous la juridiction d'une Partie contractante.
- (f) On entend par «immersion»:
- (i) tout déversement délibéré dans la zone maritime de déchets ou autres matières
- i) diejenigen Teile des Atlantischen Ozeans und des Nördlichen Eismeers und ihrer Nebengewässer, die nördlich von 36° nördlicher Breite und zwischen 42° westlicher Länge und 51° östlicher Länge liegen, jedoch ausschließlich
1. der Ostsee und der Belte südlich und östlich der Linien, die vom Kap Hasenöre zum Kap Griben, von Korshage nach Spodsbjerg und vom Kap Gilbjerg nach Kullen verlaufen, sowie
 2. des Mittelmeers und seiner Nebengewässer bis zum Schnittpunkt des Breitenkreises in 36° nördlicher Breite und des Längengrades in 5°36' westlicher Länge;
- ii) derjenige Teil des Atlantischen Ozeans, der nördlich von 59° nördlicher Breite und zwischen 44° westlicher Länge und 42° westlicher Länge liegt;
- b) bedeutet „innere Gewässer“ die landwärts der Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, gelegenen Gewässer, die sich bei Wasserläufen bis zur Süßwassergrenze erstrecken;
- c) bedeutet „Süßwassergrenze“ die Stelle in einem Wasserlauf, an der bei Ebbe und zu einer Zeit schwachen Süßwasserflusses aufgrund des Vorhandenseins von Meerwasser eine erhebliche Zunahme des Salzgehalts festzustellen ist;
- d) bedeutet „Verschmutzung“ die unmittelbare oder mittelbare Zuführung von Stoffen oder Energie in das Meeresgebiet durch den Menschen, aus der sich eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Ressourcen und der Meeresökosysteme, eine Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt oder eine Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres ergeben oder ergeben können;
- e) bedeutet „vom Lande aus“ die Punktquellen und diffusen Quellen an Land, von denen aus Stoffe oder Energie auf dem Wasser- oder Luftweg oder unmittelbar von der Küste aus in das Meeresgebiet gelangen. Dieser Ausdruck umfaßt Quellen im Zusammenhang mit einer vorsätzlichen Beseitigung unter dem Meeresboden, der von Land aus durch einen Tunnel, eine Rohrleitung oder andere Mittel zugänglich gemacht worden ist, sowie Quellen im Zusammenhang mit Bauwerken, die zu anderen Zwecken als Offshore-Tätigkeiten in das den Hoheitsbefugnissen einer Vertragspartei unterliegende Meeresgebiet verbracht wurden;
- f) bedeutet „Einbringen“ (dumping)
- i) jede im Meeresgebiet erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen

- | | | |
|--|---|---|
| (1) from vessels or aircraft; | (1) à partir de navires ou aéronefs; | 1. durch Schiffe oder Luftfahrzeuge; |
| (2) from offshore installations; | (2) à partir d'installations offshore; | 2. durch Offshore-Anlagen; |
| (ii) any deliberate disposal in the maritime area of | (ii) toute élimination délibérée ou tout sabordage dans la zone maritime | ii) jede im Meeresgebiet erfolgende vorsätzliche Beseitigung |
| (1) vessels or aircraft; | (1) de navires ou aéronefs; | 1. von Schiffen oder Luftfahrzeugen; |
| (2) offshore installations and offshore pipelines. | (2) d'installations offshore et de pipelines offshore. | 2. von Offshore-Anlagen und Offshore-Rohrleitungen; |
| (g) "Dumping" does not include: | (g) Le terme «immersion» ne vise pas: | g) umfaßt „Einbringen“ nicht |
| (i) the disposal in accordance with the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973, as modified by the Protocol of 1978 relating thereto, or other applicable international law, of wastes or other matter incidental to, or derived from, the normal operations of vessels or aircraft or offshore installations other than wastes or other matter transported by or to vessels or aircraft or offshore installations for the purpose of disposal of such wastes or other matter or derived from the treatment of such wastes or other matter on such vessels or aircraft or offshore installations; | (i) le déversement, conformément à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires, telle que modifiée par le Protocole de 1978 y afférent, ou à d'autres réglementations internationales applicables, de déchets ou autres matières produits directement ou indirectement lors de l'exploitation normale de navires ou d'aéronefs ou d'installations offshore, à l'exception des déchets ou autres matières transportés par ou transbordés sur des navires ou des aéronefs ou des installations offshore qui sont utilisés pour l'élimination de ces déchets ou autres matières ou provenant du traitement de tels déchets ou autres matières à bord de ces navires ou aéronefs ou installations offshore; | i) die in Übereinstimmung mit dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe in seiner durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung oder mit anderen anzuwendenden Regeln des Völkerrechts erfolgende Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen oder Offshore-Anlagen zusammenhängen oder davon herrühren, mit Ausnahme von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die durch zur Beseitigung dieser Abfälle oder sonstigen Stoffe verwendete Schiffe oder Luftfahrzeuge oder Offshore-Anlagen befördert oder auf sie verladen werden, sowie von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die aus der Behandlung solcher Abfälle oder sonstigen Stoffe auf solchen Schiffen, Luftfahrzeugen oder Offshore-Anlagen herrühren; |
| (ii) placement of matter for a purpose other than the mere disposal thereof, provided that, if the placement is for a purpose other than that for which the matter was originally designed or constructed, it is in accordance with the relevant provisions of the Convention; and | (ii) le dépôt de matières à des fins autres que leur simple élimination sous réserve que, si le dépôt a un but autre que celui pour lequel les matières ont été conçues ou construites à l'origine, il soit fait conformément aux dispositions pertinentes de la Convention; et | ii) das Absetzen von Stoffen zu einem anderen Zweck als dem der bloßen Beseitigung, sofern es, wenn es einem anderen Zweck dient als dem, zu dem die Stoffe ursprünglich vorgesehen oder hergestellt wurden, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens erfolgt; und |
| (iii) for the purposes of Annex III, the leaving wholly or partly in place of a disused offshore installation or disused offshore pipeline, provided that any such operation takes place in accordance with any relevant provision of the Convention and with other relevant international law. | (iii) aux fins de l'annexe III, l'abandon <i>in situ</i> , en totalité ou en partie, d'une installation offshore désaffectée, ou de pipelines offshore désaffectés, sous réserve que toute opération de ce type soit effectuée conformément à toute disposition pertinente de la présente Convention, et à d'autres dispositions pertinentes du droit international. | iii) für die Zwecke der Anlage III das vollständige oder teilweise Zurücklassen einer außer Betrieb genommenen Offshore-Anlage oder Offshore-Rohrleitung, sofern dies in Übereinstimmung mit einer einschlägigen Bestimmung des Übereinkommens und mit sonstigen einschlägigen Regeln des Völkerrechts erfolgt; |
| (h) "Incineration" means any deliberate combustion of wastes or other matter in the maritime area for the purpose of their thermal destruction. | (h) On entend par «incinération»: toute combustion délibérée de déchets ou autres matières dans la zone maritime, aux fins de leur destruction thermique. | h) bedeutet „Verbrennung“ das vorsätzliche Verbrennen von Abfällen oder sonstigen Stoffen im Meeresgebiet zum Zweck ihrer thermischen Vernichtung; |
| (i) "Incineration" does not include the thermal destruction of wastes or other matter in accordance with applicable international law incidental to, or derived from the normal operation of vessels or aircraft, or offshore installations other than the thermal destruction of wastes or other matter on vessels or aircraft or offshore installations operating for the purpose of such thermal destruction. | (i) Le terme «incinération» ne vise pas la destruction thermique de déchets ou autres matières, conformément au droit international applicable, produits directement ou indirectement lors de l'exploitation normale de navires, d'aéronefs ou d'installations offshore, autre que la destruction thermique de déchets ou autres matières à bord de navires, d'aéronefs ou d'installation offshore qui sont utilisés pour une telle destruction thermique. | i) umfaßt „Verbrennung“ nicht die in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Regeln des Völkerrechts erfolgende thermische Vernichtung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen oder von Offshore-Anlagen zusammenhängen oder davon herrühren, mit Ausnahme der thermischen Vernichtung von Abfällen oder sonstigen Stoffen an Bord von Schiffen oder Luftfahrzeugen oder in Offshore-Anlagen, die zum Zweck dieser thermischen Vernichtung betrieben werden; |

- (j) "Offshore activities" means activities carried out in the maritime area for the purposes of the exploration, appraisal or exploitation of liquid and gaseous hydrocarbons.
- (k) "Offshore sources" means offshore installations and offshore pipelines from which substances or energy reach the maritime area.
- (l) "Offshore installation" means any man-made structure, plant or vessel or parts thereof, whether floating or fixed to the seabed, placed within the maritime area for the purpose of offshore activities.
- (m) "Offshore pipeline" means any pipeline which has been placed in the maritime area for the purpose of offshore activities.
- (n) "Vessels or aircraft" means waterborne or airborne craft of any type whatsoever, their parts and other fittings. This expression includes air-cushion craft, floating craft whether self-propelled or not, and other man-made structures in the maritime area and their equipment, but excludes offshore installations and offshore pipelines.
- (o) "Wastes or other matter" does not include:
- (i) human remains;
 - (ii) offshore installations;
 - (iii) offshore pipelines;
 - (iv) unprocessed fish and fish offal discarded from fishing vessels.
- (p) "Convention" means, unless the text otherwise indicates, the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic, its Annexes and Appendices.
- (q) "Oslo Convention" means the Convention for the Prevention of Marine Pollution by Dumping from Ships and Aircraft signed in Oslo on 15th February 1972, as amended by the protocols of 2nd March 1983 and 5th December 1989.
- (r) "Paris Convention" means the Convention for the Prevention of Marine Pollution from Land-based Sources, signed in Paris on 4th June 1974, as amended by the protocol of 26th March 1986.
- (s) "Regional economic integration organisation" means an organisation constituted by sovereign States of a given region which has competence in respect of matters governed by the Convention and has been duly authorised, in accordance with its internal procedures, to
- (j) On entend par «activités offshore»: les activités menées dans la zone maritime aux fins de la prospection, de l'évaluation ou de l'exploitation des hydrocarbures liquides et gazeux.
- (k) On entend par «sources offshore»: les installations offshore et les pipelines offshore, à partir desquels des substances ou de l'énergie parviennent à la zone maritime.
- (l) On entend par «installation offshore»: toute structure artificielle, installation ou navire, ou des parties de ceux-ci, flottante ou fixée sur le fond de la mer, et placée dans la zone maritime aux fins d'activités offshore.
- (m) On entend par «pipeline offshore»: tout pipeline qui a été placé dans la zone maritime aux fins d'activités offshore.
- (n) On entend par «navires ou aéronefs»: les embarcations de mer ou les appareils aériens de quelque type que ce soit, leurs parties, et leurs autres équipements. Cette expression vise les appareils sur coussin d'air, les appareils flottants automoteurs ou non, ainsi que d'autres structures artificielles se trouvant dans la zone maritime, de même que leur équipement, mais ne vise pas les installations et pipelines offshore.
- (o) L'expression «déchets ou autres matières» ne vise pas:
- (i) les restes humains;
 - (ii) les installations offshore;
 - (iii) les pipelines offshore;
 - (iv) le poisson non transformé ni les déchets de poisson évacués des navires de pêche.
- (p) On entend par «Convention», sauf si le texte en dispose autrement: la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est, ses annexes et ses appendices.
- (q) On entend par «Convention d'Oslo»: la Convention pour la prévention de la pollution marine par les opérations d'immersion effectuées par les navires et aéronefs, signée à Oslo le 15 février 1972, telle qu'amendée par les protocoles du 2 mars 1983 et du 5 décembre 1989.
- (r) On entend par «Convention de Paris»: la Convention pour la prévention de la pollution marine d'origine tellurique, signée à Paris le 4 juin 1974, telle qu'amendée par le protocole du 26 mars 1986.
- (s) On entend par «organisation régionale d'intégration économique»: une organisation constituée par des Etats souverains d'une région donnée, qui a compétence dans des domaines régis par la Convention et a été dûment mandatée, conformément à ses procédures inter-
- i) bedeutet „Offshore-Tätigkeiten“ Tätigkeiten, die im Meeresgebiet zum Zweck der Aufsuchung, Bewertung oder Gewinnung flüssiger und gasförmiger Kohlenwasserstoffe durchgeführt werden;
- k) bedeutet „Offshore-Quellen“ Offshore-Anlagen und Offshore-Rohrleitungen, von denen aus Stoffe oder Energie in das Meeresgebiet gelangen;
- l) bedeutet „Offshore-Anlage“ jedes Bauwerk, jede Einrichtung oder jedes Schiff oder Teile davon, gleichviel ob schwimmend oder auf dem Meeresboden feststehend, die zum Zweck von Offshore-Tätigkeiten in das Meeresgebiet verbracht worden sind;
- m) bedeutet „Offshore-Rohrleitung“ jede Rohrleitung, die zum Zweck von Offshore-Tätigkeiten in das Meeresgebiet verbracht worden ist;
- n) bedeutet „Schiffe oder Luftfahrzeuge“ Wasserfahrzeuge oder Fluggerät jeder Art, ihre Teile und anderes Zubehör. Dieser Ausdruck umfaßt Luftkissenfahrzeuge, schwimmendes Gerät mit oder ohne eigenen Antrieb und andere Bauwerke im Meeresgebiet sowie ihre Ausrüstung, nicht jedoch Offshore-Anlagen und Offshore-Rohrleitungen;
- o) umfaßt „Abfälle oder sonstige Stoffe“ nicht
- i) menschliche Überreste;
 - ii) Offshore-Anlagen;
 - iii) Offshore-Rohrleitungen;
 - iv) unverarbeiteten Fisch und Fischabfälle aus Fischereischiffen;
- p) bedeutet „Übereinkommen“, soweit der Wortlaut nichts anderes vorsieht, das Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks, seine Anlagen und Anhänge;
- q) bedeutet „Übereinkommen von Oslo“ das am 15. Februar 1972 in Oslo unterzeichnete Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge in seiner durch die Protokolle vom 2. März 1983 und vom 5. Dezember 1989 geänderten Fassung;
- r) bedeutet „Übereinkommen von Paris“ das am 4. Juni 1974 in Paris unterzeichnete Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus in seiner durch das Protokoll vom 26. März 1986 geänderten Fassung;
- s) bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“ eine von souveränen Staaten einer bestimmten Region gebildete Organisation, die für die durch das Übereinkommen erfaßten Angelegenheiten zuständig und im Einklang mit ihren internen Verfahren ordnungs-

sign, ratify, accept, approve or accede to the Convention.

Article 2

General Obligations

1. (a) The Contracting Parties shall, in accordance with the provisions of the Convention, take all possible steps to prevent and eliminate pollution and shall take the necessary measures to protect the maritime area against the adverse effects of human activities so as to safeguard human health and to conserve marine ecosystems and, when practicable, restore marine areas which have been adversely affected.

(b) To this end Contracting Parties shall, individually and jointly, adopt programmes and measures and shall harmonise their policies and strategies.

2. The Contracting Parties shall apply:

(a) the precautionary principle, by virtue of which preventive measures are to be taken when there are reasonable grounds for concern that substances or energy introduced, directly or indirectly, into the marine environment may bring about hazards to human health, harm living resources and marine ecosystems, damage amenities or interfere with other legitimate uses of the sea, even when there is no conclusive evidence of a causal relationship between the inputs and the effects;

(b) the polluter pays principle, by virtue of which the costs of pollution prevention, control and reduction measures are to be borne by the polluter.

3. (a) In implementing the Convention, Contracting Parties shall adopt programmes and measures which contain, where appropriate, time-limits for their completion and which take full account of the use of the latest technological developments and practices designed to prevent and eliminate pollution fully.

(b) To this end they shall:

(i) taking into account the criteria set forth in Appendix I, define with respect to programmes and measures the application of, inter alia,

- best available techniques
- best environmental practice

including, where appropriate, clean technology;

nes, pour signer, ratifier, accepter ou approuver la Convention ou pour y adhérer.

Article 2

Obligations générales

1. (a) Conformément aux dispositions de la Convention, les Parties contractantes prennent toutes les mesures possibles afin de prévenir et de supprimer la pollution, ainsi que les mesures nécessaires à la protection de la zone maritime contre les effets préjudiciables des activités humaines, de manière à sauvegarder la santé de l'homme et à préserver les écosystèmes marins et, lorsque cela est possible, à rétablir les zones marines qui ont subi ces effets préjudiciables.

(b) A cette fin, les Parties contractantes adoptent, individuellement et conjointement, des programmes et des mesures, et harmonisent leurs politiques et stratégies.

2. Les Parties contractantes appliquent:

(a) le principe de précaution, selon lequel des mesures de prévention doivent être prises lorsqu'il y a des motifs raisonnables de s'inquiéter du fait que des substances ou de l'énergie introduites, directement ou indirectement, dans le milieu marin, puissent entraîner des risques pour la santé de l'homme, nuire aux ressources biologiques et aux écosystèmes marins, porter atteinte aux valeurs d'agrément ou entraver d'autres utilisations légitimes de la mer, même s'il n'y a pas de preuves concluantes d'un rapport de causalité entre les apports et les effets;

(b) le principe du pollueur payeur, selon lequel les frais résultant des mesures de prévention, de réduction de la pollution et de lutte contre celle-ci doivent être supportés par le pollueur.

3. (a) En mettant en oeuvre la Convention, les Parties contractantes adoptent des programmes et mesures qui fixent, en tant que de besoin, des dates limites d'application, et qui tiennent pleinement compte de la mise en oeuvre des derniers progrès techniques réalisés et des méthodes conçues afin de prévenir et de supprimer intégralement la pollution.

(b) A cette fin:

(i) en tenant compte des critères exposés dans l'appendice 1, elles définissent pour ce qui concerne les programmes et mesures, l'application, entre autres choses:

- des meilleures techniques disponibles
- de la meilleure pratique environnementale

y compris, en tant que de besoin, des techniques propres;

gemäß ermächtigt ist, das Übereinkommen zu unterzeichnen, zu ratifizieren, anzunehmen, zu genehmigen oder ihm beizutreten.

Artikel 2

Allgemeine Verpflichtungen

(1) a) Die Vertragsparteien treffen in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen alle nur möglichen Maßnahmen, um Verschmutzungen zu verhüten und zu beseitigen, und unternehmen alle notwendigen Schritte zum Schutz des Meeresgebiets vor den nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten, um die menschliche Gesundheit zu schützen, die Meeresökosysteme zu erhalten und, soweit durchführbar, beeinträchtigte Meereszonen wiederherzustellen.

b) Zu diesem Zweck beschließen die Vertragsparteien einzeln und gemeinsam Programme und Maßnahmen und stimmen ihre diesbezügliche Politik und ihre diesbezüglichen Strategien aufeinander ab.

(2) Die Vertragsparteien wenden folgende Grundsätze an:

a) das Vorsorgeprinzip, nach dem Verhütungsmaßnahmen getroffen werden, wenn triftige Gründe zur Besorgnis vorliegen, daß unmittelbar oder mittelbar der Meeresumwelt zugeführte Stoffe oder Energie zu einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit, einer Schädigung der lebenden Ressourcen und der Meeresökosysteme, einer Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt oder einer Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres führen können, selbst wenn es keinen schlüssigen Beweis für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den Einträgen und ihren Auswirkungen gibt;

b) das Verursacherprinzip, nach dem die Kosten der Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Verringerung der Verschmutzung vom Verursacher zu tragen sind.

(3) a) Bei der Durchführung des Übereinkommens beschließen die Vertragsparteien Programme und Maßnahmen, die gegebenenfalls Fristen für ihren Abschluß vorsehen und die Anwendung der neuesten technischen Entwicklungen und Methoden zur Verhütung und vollständigen Beseitigung der Verschmutzung in vollem Maß berücksichtigen.

b) Zu diesem Zweck

i) bestimmen sie unter Berücksichtigung der Maßstäbe des Anhangs 1 im Hinblick auf die Programme und Maßnahmen die Anwendung unter anderem

- der besten verfügbaren Techniken,
- der besten Umweltpraxis,

gegebenenfalls einschließlich sauberer Technologie;

(ii) in carrying out such programmes and measures, ensure the application of best available techniques and best environmental practice as so defined, including, where appropriate, clean technology.

4. The Contracting Parties shall apply the measures they adopt in such a way as to prevent an increase in pollution of the sea outside the maritime area or in other parts of the environment.

5. No provision of the Convention shall be interpreted as preventing the Contracting Parties from taking, individually or jointly, more stringent measures with respect to the prevention and elimination of pollution of the maritime area or with respect to the protection of the maritime area against the adverse effects of human activities.

Article 3

Pollution from Land-Based Sources

The Contracting Parties shall take, individually and jointly, all possible steps to prevent and eliminate pollution from land-based sources in accordance with the provisions of the Convention, in particular as provided for in Annex I.

Article 4

Pollution by dumping or incineration

The Contracting Parties shall take, individually and jointly, all possible steps to prevent and eliminate pollution by dumping or incineration of wastes or other matter in accordance with the provisions of the Convention, in particular as provided for in Annex II.

Article 5

Pollution from Offshore Sources

The Contracting Parties shall take, individually and jointly, all possible steps to prevent and eliminate pollution from offshore sources in accordance with the provisions of the Convention, in particular as provided for in Annex III.

Article 6

Assessment of the Quality of the Marine Environment

The Contracting Parties shall, in accordance with the provisions of the Convention, in particular as provided for in Annex IV:

(a) undertake and publish at regular intervals joint assessments of the quality status of the marine environment and of its development, for the maritime area or for regions or sub-regions thereof;

(ii) en mettant en oeuvre ces programmes et mesures, elles font en sorte de faire appliquer les meilleures techniques disponibles et la meilleure pratique environnementale telles qu'elles auront été définies, y compris, en tant que de besoin, les techniques propres.

4. Les Parties contractantes mettent en oeuvre les mesures qu'elles ont adoptées de manière à ne pas augmenter la pollution de la mer en dehors de la zone maritime ainsi que dans d'autres secteurs de l'environnement.

5. Aucune des dispositions de la Convention ne peut être interprétée comme empêchant les Parties contractantes de prendre, individuellement ou conjointement, des mesures plus strictes en matière de prévention et de suppression de la pollution de la zone maritime ou de protection de la zone maritime contre les effets préjudiciables des activités humaines.

Article 3

Pollution provenant de sources telluriques

Les Parties contractantes prennent, individuellement et conjointement, toutes les mesures possibles afin de prévenir et de supprimer la pollution provenant de sources telluriques, conformément aux dispositions de la Convention, en particulier dans les conditions prévues à l'annexe I.

Article 4

Pollution due aux opérations d'immersion ou d'incinération

Les Parties contractantes prennent, individuellement et conjointement, toutes les mesures possibles afin de prévenir et de supprimer la pollution par les opérations d'immersion ou d'incinération de déchets ou autres matières, conformément aux dispositions de la Convention, en particulier dans les conditions prévues à l'annexe II.

Article 5

Pollution provenant de sources offshore

Les Parties contractantes prennent, individuellement et conjointement, toutes les mesures possibles afin de prévenir et de supprimer la pollution provenant de sources offshore, conformément aux dispositions de la Convention, en particulier dans les conditions prévues à l'annexe III.

Article 6

Evaluation de la qualité du milieu marin

Les Parties contractantes, conformément aux dispositions de la Convention, en particulier dans les conditions prévues à l'annexe IV:

(a) établissent et publient conjointement à intervalles réguliers des bilans de l'état de la qualité du milieu marin et de son évolution, pour la zone maritime ou pour les régions ou sous-régions de celle-ci;

ii) sorgen sie bei der Durchführung solcher Programme und Maßnahmen für die Anwendung der besten verfügbaren Techniken und der besten Umweltpraxis im obigen Sinne, gegebenenfalls einschließlich sauberer Technologie.

(4) Die Vertragsparteien wenden die von ihnen beschlossenen Maßnahmen so an, daß eine Zunahme der Verschmutzung des Meeres außerhalb des Meeresgebiets oder in anderen Bereichen der Umwelt verhindert wird.

(5) Das Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es die Vertragsparteien, einzeln oder gemeinsam strengere Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung des Meeresgebiets oder zum Schutz des Meeresgebiets vor den nachteiligen Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten zu ergreifen.

Artikel 3

Verschmutzung vom Lande aus

Die Vertragsparteien ergreifen einzeln und gemeinsam alle nur möglichen Maßnahmen, um die Verschmutzung vom Lande aus in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen, insbesondere wie in Anlage I vorgesehen, zu verhüten und zu beseitigen.

Artikel 4

Verschmutzung durch Einbringen oder Verbrennung

Die Vertragsparteien ergreifen einzeln und gemeinsam alle nur möglichen Maßnahmen, um die Verschmutzung durch das Einbringen oder die Verbrennung von Abfällen oder sonstigen Stoffen in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen, insbesondere wie in Anlage II vorgesehen, zu verhüten und zu beseitigen.

Artikel 5

Verschmutzung durch Offshore-Quellen

Die Vertragsparteien ergreifen einzeln und gemeinsam alle nur möglichen Maßnahmen, um die Verschmutzung durch Offshore-Quellen in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen, insbesondere wie in Anlage III vorgesehen, zu verhüten und zu beseitigen.

Artikel 6

Beurteilung der Qualität der Meeresumwelt

Die Vertragsparteien werden in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen, insbesondere wie in Anlage IV vorgesehen,

a) regelmäßig gemeinsame Beurteilungen der Qualität der Meeresumwelt und ihrer Entwicklung für das Meeresgebiet oder Regionen oder Subregionen desselben durchführen und veröffentlichen;

(b) include in such assessments both an evaluation of the effectiveness of the measures taken and planned for the protection of the marine environment and the identification of priorities for action.

Article 7

Pollution from other Sources

The Contracting Parties shall cooperate with a view to adopting Annexes, in addition to the Annexes mentioned in Articles 3, 4, 5 and 6 above, prescribing measures, procedures and standards to protect the maritime area against pollution from other sources, to the extent that such pollution is not already the subject of effective measures agreed by other international organisations or prescribed by other international conventions.

Article 8

Scientific and Technical Research

1. To further the aims of the Convention, the Contracting Parties shall establish complementary or joint programmes of scientific or technical research and, in accordance with a standard procedure, to transmit to the Commission:

- (a) the results of such complementary, joint or other relevant research;
- (b) details of other relevant programmes of scientific and technical research.

2. In so doing, the Contracting Parties shall have regard to the work carried out, in these fields, by the appropriate international organisations and agencies.

Article 9

Access to Information

1. The Contracting Parties shall ensure that their competent authorities are required to make available the information described in paragraph 2 of this Article to any natural or legal person, in response to any reasonable request, without that person's having to prove an interest, without unreasonable charges, as soon as possible and at the latest within two months.

2. The information referred to in paragraph 1 of this Article is any available information in written, visual, aural or data-base form on the state of the maritime area, on activities or measures adversely affecting or likely to affect it and on activities or measures introduced in accordance with the Convention.

3. The provisions of this Article shall not affect the right of Contracting Parties, in accordance with their national legal sy-

(b) intègrent dans ces bilans une évaluation de l'efficacité des mesures prises et prévues en vue de la protection du milieu marin ainsi que la définition de mesures prioritaires.

Article 7

Pollution ayant d'autres sources

Les Parties contractantes coopèrent dans le but d'adopter, en sus des annexes visées aux articles 3, 4, 5 et 6 ci-dessus, des annexes prescrivant des mesures, des procédures et des normes afin de protéger la zone maritime contre la pollution d'autres sources, dans la mesure où cette pollution ne fait pas déjà l'objet de mesures efficaces convenues par d'autres organisations internationales ou prescrites par d'autres conventions internationales.

Article 8

Recherche scientifique et technique

1. Afin de remplir les objectifs de la Convention les Parties contractantes élaborent des programmes complémentaires ou conjoints de recherche scientifique et technique et, conformément à une procédure type, transmettent à la Commission:

- (a) les résultats de ces recherches complémentaires ou conjoints ou d'autres recherches pertinentes;
- (b) le détail des autres programmes pertinents de recherche scientifique et technique.

2. Ce faisant, les Parties contractantes tiennent compte des travaux réalisés dans ces domaines par les organisations et agences internationales compétentes.

Article 9

Accès à l'information

1. Les Parties contractantes font en sorte que leurs autorités compétentes soient tenues de mettre à la disposition de toute personne physique ou morale les informations décrites au paragraphe 2 du présent article, en réponse à toute demande raisonnable, sans que ladite personne soit obligée de faire valoir un intérêt, sans frais disproportionnés, le plus rapidement possible et dans un délai de deux mois au plus.

2. Les informations visées au paragraphe 1 du présent article sont constituées par toute information disponible sous forme écrite, visuelle, sonore ou contenue dans des banques de données concernant l'état de la zone maritime et les activités ou les mesures les affectant ou susceptibles de les affecter, ainsi que les activités conduites ou les mesures adoptées conformément à la Convention.

3. Les dispositions du présent article n'affectent pas le droit qu'ont les Parties contractantes, conformément à leur législation

b) in diese Beurteilungen eine Bewertung der Wirksamkeit der zum Schutz der Meeresumwelt getroffenen und geplanten Maßnahmen sowie die Festlegung von Handlungsprioritäten einbeziehen.

Artikel 7

Verschmutzung durch andere Quellen

Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um zusätzlich zu den in den Artikeln 3, 4, 5 und 6 bezeichneten Anlagen weitere Anlagen anzunehmen, in denen Maßnahmen, Verfahren und Normen zum Schutz des Meeresgebiets vor Verschmutzung durch andere Quellen vorgeschrieben werden, soweit diese Verschmutzung nicht bereits Gegenstand wirksamer Maßnahmen ist, die von anderen internationalen Organisationen vereinbart wurden oder durch andere internationale Übereinkommen vorgeschrieben sind.

Artikel 8

Wissenschaftliche und Technische Forschung

(1) Zur Förderung der Ziele des Übereinkommens stellen die Vertragsparteien einander ergänzende oder gemeinsame wissenschaftliche oder technische Forschungsprogramme auf und übermitteln der Kommission nach einem Standardverfahren

- a) die Ergebnisse solcher einander ergänzender, gemeinsamer oder sonstiger einschlägiger Forschungsarbeiten;
- b) Einzelheiten anderer einschlägiger Programme der wissenschaftlichen und technischen Forschung.

(2) Dabei berücksichtigen die Vertragsparteien die einschlägigen Arbeiten der zuständigen internationalen Organisationen und Einrichtungen.

Artikel 9

Zugang zu Informationen

(1) Die Vertragsparteien gewährleisten, daß ihre zuständigen Behörden verpflichtet werden, die in Absatz 2 beschriebenen Informationen allen natürlichen oder juristischen Personen auf angemessenen Antrag ohne Nachweis eines Interesses und ohne überhöhte Kosten so bald wie möglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten, verfügbar zu machen.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Informationen sind alle in Schrift-, Bild-, Ton- oder DV-Form vorliegenden Informationen über den Zustand des Meeresgebiets, über Tätigkeiten oder Maßnahmen, die diesen Zustand beeinträchtigen oder beeinträchtigen können, und über Tätigkeiten oder Maßnahmen, die in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen eingeleitet wurden.

(3) Dieser Artikel läßt das Recht der Vertragsparteien unberührt, in Übereinstimmung mit ihrem nationalen Rechtssystem

stems and applicable international regulations, to provide for a request for such information to be refused where it affects:

- (a) the confidentiality of the proceedings of public authorities, international relations and national defence;
- (b) public security;
- (c) matters which are, or have been, subject of judicial proceedings, or under enquiry (including disciplinary enquiries), or which are the subject of preliminary investigation proceedings;
- (d) commercial and industrial confidentiality, including intellectual property;
- (e) the confidentiality of personal data and/or files;
- (f) material supplied by a third party without that party being under a legal obligation to do so;
- (g) material, the disclosure of which would make it more likely that the environment to which such material related would be damaged.

4. The reasons for a refusal to provide the information requested must be given.

nationale et aux réglementations internationales applicables, d'opposer un refus à une demande d'information lorsque celle-ci a trait:

- (a) à la confidentialité des délibérations des autorités publiques, des relations internationales ou au secret de la défense nationale,
- (b) à la sécurité publique,
- (c) à des affaires qui sont ou ont été pendantes devant une juridiction ou qui font ou qui ont fait l'objet d'une enquête (y compris une enquête disciplinaire) ou qui font l'objet d'une instruction préliminaire,
- (d) au secret commercial et industriel, y compris la propriété intellectuelle,
- (e) à la confidentialité des données et/ou des dossiers personnels,
- (f) aux données fournies par un tiers sans qu'il y soit juridiquement tenu,
- (g) aux données dont la divulgation aurait plutôt pour effet de porter atteinte à l'environnement auquel elles se réfèrent.

4. Le refus de communiquer l'information demandée doit être motivé.

und den anzuwendenden internationalen Regeln vorzusehen, daß ein Antrag auf derartige Informationen abgelehnt wird, wenn er folgendes berührt:

- a) die Vertraulichkeit der Beratungen von Behörden, die internationalen Beziehungen und die Landesverteidigung;
- b) die öffentliche Sicherheit;
- c) Sachen, die bei Gericht anhängig oder Gegenstand von Ermittlungsverfahren (einschließlich Disziplinarverfahren) sind oder waren oder die Gegenstand von Vorverfahren sind;
- d) Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse einschließlich des geistigen Eigentums;
- e) die Vertraulichkeit personenbezogener Daten und/oder Akten;
- f) Unterlagen, die von einem Dritten übermittelt worden sind, der dazu nicht gesetzlich verpflichtet war;
- g) Unterlagen, deren Bekanntgabe die Wahrscheinlichkeit einer Schädigung der Umwelt in dem betreffenden Bereich noch erhöhen würde.

(4) Die Ablehnung der Übermittlung der beantragten Informationen ist zu begründen.

Article 10 Commission

1. A Commission, made up of representatives of each of the Contracting Parties, is hereby established. The Commission shall meet at regular intervals and at any time when, due to special circumstances, it is so decided in accordance with the Rules of Procedure.

2. It shall be the duty of the Commission:

- (a) to supervise the implementation of the Convention;
- (b) generally to review the condition of the maritime area, the effectiveness of the measures being adopted, the priorities and the need for any additional or different measures;
- (c) to draw up, in accordance with the General Obligations of the Convention, programmes and measures for the prevention and elimination of pollution and for the control of activities which may, directly or indirectly, adversely affect the maritime area; such programmes and measures may, when appropriate, include economic instruments;
- (d) to establish at regular intervals its programme of work;
- (e) to set up such subsidiary bodies as it considers necessary and to define their terms of reference;

Article 10 Commission

1. Il est créé une Commission constituée de représentants de chacune des Parties contractantes. La Commission se réunit à intervalles réguliers et à tout moment lorsque, en raison de circonstances particulières, il en est ainsi décidé conformément au règlement intérieur.

2. La Commission a pour mission:

- (a) de surveiller la mise en oeuvre de la Convention;
- (b) d'une manière générale, d'examiner l'état de la zone maritime, l'efficacité des mesures adoptées, les priorités et la nécessité de toute mesure complémentaire ou différente;
- (c) d'élaborer, conformément aux obligations générales prévues par la Convention, des programmes et mesures visant à prévenir et à supprimer la pollution ainsi qu'à exercer un contrôle sur les activités qui peuvent, directement ou indirectement, porter atteinte à la zone maritime; ces programmes et mesures peuvent comporter, en tant que de besoin, des instruments économiques;
- (d) de définir à intervalles réguliers son programme de travail;
- (e) de créer les organes subsidiaires qu'elle juge nécessaires, et de définir leur mandat;

Artikel 10 Kommission

(1) Hiermit wird eine aus Vertretern aller Vertragsparteien bestehende Kommission eingesetzt. Sie tritt in regelmäßigen Abständen sowie immer dann zusammen, wenn dies aufgrund besonderer Umstände nach der Geschäftsordnung beschlossen wird.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe,

- a) die Durchführung des Übereinkommens zu überwachen;
- b) den Zustand des Meeresgebiets, die Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen, die Prioritäten und die Notwendigkeit etwaiger zusätzlicher oder andersartiger Maßnahmen allgemein zu überprüfen;
- c) in Übereinstimmung mit den in dem Übereinkommen vorgesehenen allgemeinen Verpflichtungen Programme und Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung und zur Überwachung von Tätigkeiten, die unmittelbar oder mittelbar nachteilige Auswirkungen auf das Meeresgebiet haben können, zu erarbeiten; diese Programme und Maßnahmen können gegebenenfalls marktwirtschaftliche Instrumente umfassen;
- d) in regelmäßigen Zeitabständen ihr Arbeitsprogramm aufzustellen;
- e) die für notwendig erachteten Nebenorgane einzusetzen und deren Aufgabenteilung festzulegen;

(f) to consider and, where appropriate, adopt proposals for the amendment of the Convention in accordance with Articles 15, 16, 17, 18, 19 and 27;

(g) to discharge the functions conferred by Articles 21 and 23 and such other functions as may be appropriate under the terms of the Convention;

3. To these ends the Commission may, inter alia, adopt decisions and recommendations in accordance with Article 13.

4. The Commission shall draw up its Rules of Procedure which shall be adopted by unanimous vote of the Contracting Parties.

5. The Commission shall draw up its Financial Regulations which shall be adopted by unanimous vote of the Contracting Parties.

Article 11 Observers

1. The Commission may, by unanimous vote of the Contracting Parties, decide to admit as an observer:

- (a) any State which is not a Contracting Party to the Convention;
- (b) any international governmental or any non-governmental organisation the activities of which are related to the Convention.

2. Such observers may participate in meetings of the Commission but without the right to vote and may present to the Commission any information or reports relevant to the objectives of the Convention.

3. The conditions for the admission and the participation of observers shall be set in the Rules of Procedure of the Commission.

Article 12 Secretariat

1. A permanent Secretariat is hereby established.

2. The Commission shall appoint an Executive Secretary and determine the duties of that post and the terms and conditions upon which it is to be held.

3. The Executive Secretary shall perform the functions that are necessary for the administration of the Convention and for the work of the Commission as well as the other tasks entrusted to the Executive Secretary by the Commission in accordance with its Rules of Procedure and its Financial Regulations.

Article 13

Decisions and Recommendations

1. Decisions and recommendations shall be adopted by unanimous vote of the Contracting Parties. Should unanimity not be

(f) d'examiner et, en tant que de besoin, d'adopter les propositions d'amendement de la Convention conformément aux articles 15, 16, 17, 18, 19 et 27;

(g) de remplir les fonctions qui lui sont confiées par les articles 21 et 23 et, en tant que de besoin, toute autre fonction prévue par la Convention.

3. A ces fins, la Commission peut, entre autres, adopter des décisions et des recommandations conformément à l'article 13.

4. La Commission établit son règlement intérieur, qui est adopté par un vote à l'unanimité des Parties contractantes.

5. La Commission établit son règlement financier, qui est adopté par un vote à l'unanimité des Parties contractantes.

Article 11 Observateurs

1. La Commission peut, par un vote à l'unanimité des Parties contractantes, décider d'admettre en qualité d'observateur:

- (a) tout Etat non Partie contractante à la Convention;
- (b) toute organisation internationale gouvernementale ou toute organisation non gouvernementale dont les activités ont un rapport avec la Convention.

2. Ces observateurs peuvent participer aux réunions de la Commission sans pour autant disposer d'un droit de vote, et peuvent soumettre à la Commission toute information ou tout rapport relatif aux objectifs de la Convention.

3. Les conditions d'admission et de participation des observateurs sont établies par le règlement intérieur de la Commission.

Article 12 Secrétariat

1. Il est créé un Secrétariat permanent.

2. La Commission nomme un Secrétaire exécutif, définit les fonctions de ce poste ainsi que les conditions dans lesquelles celui-ci doit être rempli.

3. Le Secrétaire exécutif remplit les fonctions nécessaires à la gestion de la Convention et aux travaux de la Commission, ainsi que les autres missions qui lui sont confiées par la Commission conformément à son règlement intérieur et à son règlement financier.

Article 13

Décisions et recommandations

1. Des décisions et des recommandations sont adoptées par un vote à l'unanimité des Parties contractantes. Si l'unanimité ne peut

f) Vorschläge zur Änderung des Übereinkommens in Übereinstimmung mit den Artikeln 15, 16, 17, 18, 19 und 27 zu prüfen und gegebenenfalls anzunehmen;

g) die Aufgaben, die ihr durch die Artikel 21 und 23 übertragen werden, sowie alle sonstigen nach dem Übereinkommen etwa erforderlichen Aufgaben wahrzunehmen.

(3) Zu diesem Zweck kann die Kommission unter anderem Beschlüsse und Empfehlungen nach Artikel 13 annehmen.

(4) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die von den Vertragsparteien einstimmig anzunehmen ist.

(5) Die Kommission gibt sich eine Finanzordnung, die von den Vertragsparteien einstimmig anzunehmen ist.

Artikel 11 Beobachter

(1) Durch einstimmigen Beschluß der Vertragsparteien kann die Kommission

- a) jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist,
- b) jede internationale zwischenstaatliche oder nichtstaatliche Organisation, deren Tätigkeit mit dem Übereinkommen zusammenhängt, als Beobachter zulassen.

(2) Die Beobachter können an den Sitzungen der Kommission ohne Stimmrecht teilnehmen und der Kommission Informationen oder Berichte von Belang für die Ziele des Übereinkommens vorlegen.

(3) Die Zulassungs- und Teilnahmebedingungen für Beobachter werden in der Geschäftsordnung der Kommission geregelt.

Artikel 12 Sekretariat

(1) Hiermit wird ein ständiges Sekretariat eingerichtet.

(2) Die Kommission ernennt einen Exekutivsekretär und bestimmt die Aufgaben dieses Amtes sowie die Bedingungen, unter denen es ausgeübt wird.

(3) Der Exekutivsekretär nimmt die für die Durchführung des Übereinkommens und die Arbeit der Kommission notwendigen Aufgaben sowie die sonstigen Aufgaben wahr, die ihm von der Kommission in Übereinstimmung mit ihrer Geschäftsordnung und ihrer Finanzordnung übertragen werden.

Artikel 13

Beschlüsse und Empfehlungen

(1) Beschlüsse und Empfehlungen werden von den Vertragsparteien einstimmig angenommen. Kommt keine Einstimmigkeit

attainable, and unless otherwise provided in the Convention, the Commission may nonetheless adopt decisions or recommendations by a three-quarters majority vote of the Contracting Parties.

2. A decision shall be binding on the expiry of a period of two hundred days after its adoption for those Contracting Parties that voted for it and have not within that period notified the Executive Secretary in writing that they are unable to accept the decision, provided that at the expiry of that period three-quarters of the Contracting Parties have either voted for the decision and not withdrawn their acceptance or notified the Executive Secretary in writing that they are able to accept the decision. Such a decision shall become binding on any other Contracting Party which has notified the Executive Secretary in writing that it is able to accept the decision from the moment of that notification or after the expiry of a period of two hundred days after the adoption of the decision, whichever is later.

3. A notification under paragraph 2 of this Article to the Executive Secretary may indicate that a Contracting Party is unable to accept a decision insofar as it relates to one or more of its dependent or autonomous territories to which the Convention applies.

4. All decisions adopted by the Commission shall, where appropriate, contain provisions specifying the timetable by which the decision shall be implemented.

5. Recommendations shall have no binding force.

6. Decisions concerning any Annex or Appendix shall be taken only by the Contracting Parties bound by the Annex or Appendix concerned.

Article 14

Status of Annexes and Appendices

1. The Annexes and Appendices form an integral part of the Convention.

2. The Appendices shall be of a scientific, technical or administrative nature.

Article 15

Amendment of the Convention

1. Without prejudice to the provisions of paragraph 2 of Article 27 and to specific provisions applicable to the adoption or amendment of Annexes or Appendices, an amendment to the Convention shall be governed by the present Article.

2. Any Contracting Party may propose an amendment to the Convention. The text of the proposed amendment shall be communicated to the Contracting Parties by the

se faire, et sauf disposition contraire de la Convention, la Commission peut néanmoins adopter des décisions ou des recommandations par un vote à la majorité des trois quarts des Parties contractantes.

2. A l'expiration d'un délai de deux cents jours à compter de son adoption, une décision lie les Parties contractantes qui l'ont votée et qui n'ont pas notifié par écrit au Secrétaire exécutif dans ce délai leur incapacité à accepter cette décision, sous réserve qu'à l'expiration de ce délai, les trois quarts des Parties contractantes aient, soit voté la décision sans retirer leur acceptation, soit notifié par écrit au Secrétaire exécutif qu'elles sont en mesure d'accepter celle-ci. Cette décision lie toute autre Partie contractante qui a notifié par écrit au Secrétaire exécutif qu'elle est en mesure d'accepter la décision, soit à compter de cette notification, soit à l'expiration d'un délai de deux cents jours après l'adoption de la décision, si cette date est postérieure.

3. Une notification faite au Secrétaire exécutif en vertu du paragraphe 2 du présent article peut indiquer qu'une Partie contractante n'est pas en mesure d'accepter une décision pour ce qui concerne un ou plusieurs de ses territoires autonomes ou dépendants auxquels s'applique la Convention.

4. Toutes les décisions adoptées par la Commission comportent, en tant que de besoin, des dispositions précisant le calendrier de leur application.

5. Les recommandations ne lient pas.

6. Les décisions relatives à une annexe ou à un appendice ne sont prises que par les Parties contractantes liées par cette annexe ou par cet appendice.

Article 14

Statut des annexes et des appendices

1. Les annexes et les appendices font partie intégrante de la Convention.

2. Les appendices sont de caractère scientifique, technique ou administratif.

Article 15

Amendement de la Convention

1. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 de l'article 27, ainsi que des dispositions spécifiques applicables à l'adoption ou à l'amendement des annexes ou des appendices, un amendement à la Convention est régi par le présent article.

2. Toute Partie contractante peut proposer un amendement à la Convention. Le texte de l'amendement proposé est communiqué aux Parties contractantes par le Se-

zustande, so kann die Kommission jedoch, sofern in dem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist, Beschlüsse oder Empfehlungen mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen der Vertragsparteien annehmen.

(2) Ein Beschluß wird nach Ablauf einer Frist von zweihundert Tagen nach seiner Annahme für diejenigen Vertragsparteien bindend, die für ihn gestimmt haben und die nicht innerhalb dieser Frist dem Exekutivsekretär schriftlich notifiziert haben, daß sie nicht in der Lage sind, den Beschluß anzunehmen, vorausgesetzt, daß bei Ablauf dieser Frist drei Viertel der Vertragsparteien entweder für den Beschluß gestimmt und ihre Annahme nicht zurückgezogen haben oder dem Exekutivsekretär schriftlich notifiziert haben, daß sie in der Lage sind, den Beschluß anzunehmen. Ein solcher Beschluß wird für jede andere Vertragspartei, die dem Exekutivsekretär schriftlich notifiziert hat, daß sie in der Lage ist, den Beschluß anzunehmen, entweder zum Zeitpunkt dieser Notifikation oder nach Ablauf einer Frist von zweihundert Tagen nach Annahme des Beschlusses bindend, je nachdem, welches der spätere Zeitpunkt ist.

(3) Eine Notifikation nach Absatz 2 an den Exekutivsekretär kann zum Ausdruck bringen, daß eine Vertragspartei nicht in der Lage ist, einen Beschluß anzunehmen, soweit sich dieser auf ein oder mehrere abhängige oder autonome Gebiete dieser Vertragspartei bezieht, auf die das Übereinkommen Anwendung findet.

(4) Alle von der Kommission angenommenen Beschlüsse sehen gegebenenfalls einen Zeitplan für ihre Durchführung vor.

(5) Empfehlungen sind nicht bindend.

(6) Beschlüsse zu einer Anlage oder einem Anhang werden nur von den Vertragsparteien gefaßt, die durch die entsprechende Anlage oder den entsprechenden Anhang gebunden sind.

Artikel 14

Status der Anlagen und Anhänge

(1) Die Anlagen und Anhänge sind Bestandteil des Übereinkommens.

(2) Die Anhänge haben wissenschaftlichen, technischen oder verwaltungstechnischen Charakter.

Artikel 15

Änderung des Übereinkommens

(1) Unbeschadet des Artikels 27 Absatz 2 und der auf die Annahme oder Änderung der Anlagen oder Anhänge anzuwendenden spezifischen Bestimmungen wird eine Änderung des Übereinkommens durch diesen Artikel geregelt.

(2) Jede Vertragspartei kann eine Änderung des Übereinkommens vorschlagen. Der Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung wird den Vertragsparteien durch den

Executive Secretary of the Commission at least six months before the meeting of the Commission at which it is proposed for adoption. The Executive Secretary shall also communicate the proposed amendment to the signatories to the Convention for information.

3. The Commission shall adopt the amendment by unanimous vote of the Contracting Parties.

4. The adopted amendment shall be submitted by the Depositary Government to the Contracting Parties for ratification, acceptance or approval. Ratification, acceptance or approval of the amendment shall be notified to the Depositary Government in writing.

5. The amendment shall enter into force for those Contracting Parties which have ratified, accepted or approved it on the thirtieth day after receipt by the Depositary Government of notification of its ratification, acceptance or approval by at least seven Contracting Parties. Thereafter the amendment shall enter into force for any other Contracting Party on the thirtieth day after that Contracting Party has deposited its instrument of ratification, acceptance or approval of the amendment.

crétaire exécutif de la Commission au moins six mois avant la réunion de la Commission au cours de laquelle son adoption est proposée. Le Secrétaire exécutif communique également le projet d'amendement aux signataires de la Convention pour information.

3. La Commission adopte l'amendement par un vote à l'unanimité des Parties contractantes.

4. L'amendement adopté est soumis par le Gouvernement dépositaire aux Parties contractantes en vue de sa ratification, de son acceptation ou de son approbation. La ratification, l'acceptation ou l'approbation de l'amendement est notifiée par écrit au Gouvernement dépositaire.

5. L'amendement entre en vigueur pour les Parties contractantes qui l'ont ratifié, accepté ou approuvé, le trentième jour après la réception, par le Gouvernement dépositaire, de la notification de sa ratification, de son acceptation ou de son approbation par au moins sept Parties contractantes. Ulérieurement, l'amendement entre en vigueur pour toute autre Partie contractante le trentième jour après que cette Partie contractante a déposé son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de l'amendement.

Exekutivsekretär der Kommission mindestens sechs Monate vor der für die Annahme vorgesehenen Sitzung der Kommission übermittelt. Der Exekutivsekretär übermittelt den Änderungsvorschlag auch den Unterzeichnern des Übereinkommens zur Kenntnisnahme.

(3) Die Kommission nimmt die Änderung durch einstimmigen Beschluß der Vertragsparteien an.

(4) Die angenommene Änderung wird durch die Verwahrregierung den Vertragsparteien zur Ratifikation, Annahme oder Genehmigung zugeleitet. Die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung der Änderung wird der Verwahrregierung schriftlich notifiziert.

(5) Für die Vertragsparteien, welche die Änderung ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben, tritt sie am dreißigsten Tag nach Eingang der Notifikation der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung von mindestens sieben Vertragsparteien bei der Verwahrregierung in Kraft. Danach tritt die Änderung für jede weitere Vertragspartei am dreißigsten Tag nach Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde zu der Änderung in Kraft.

Article 16

Adoption of Annexes

The provisions of Article 15 relating to the amendment of the Convention shall also apply to the proposal, adoption and entry into force of an Annex to the Convention, except that the Commission shall adopt any Annex referred to in Article 7 by a three-quarters majority vote of the Contracting Parties.

Article 16

Adoption des annexes

Les dispositions de l'article 15 relatif à l'amendement de la Convention s'appliquent également à la proposition, l'adoption et l'entrée en vigueur d'une annexe à la Convention, excepté que la Commission adopte toute annexe visée à l'article 7 par un vote à la majorité des trois quarts des Parties contractantes.

Artikel 16

Annahme der Anlagen

Die Bestimmungen des Artikels 15 über die Änderung des Übereinkommens gelten auch für den Vorschlag, die Annahme und das Inkrafttreten einer Anlage des Übereinkommens; jedoch nimmt die Kommission eine in Artikel 7 bezeichnete Anlage mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen der Vertragsparteien an.

Article 17

Amendment of Annexes

1. The provisions of Article 15 relating to the amendment of the Convention shall also apply to an amendment to an Annex to the Convention, except that the Commission shall adopt amendments to any Annex referred to in Articles 3, 4, 5, 6 or 7 by a three-quarters majority vote of the Contracting Parties bound by that Annex.

2. If the amendment of an Annex is related to an amendment to the Convention, the amendment of the Annex shall be governed by the same provisions as apply to the amendment to the Convention.

Article 17

Amendement des Annexes

1. Les dispositions de l'article 15 relatif à l'amendement de la Convention s'appliquent également à tout amendement à une annexe à la Convention, excepté que la Commission adopte les amendements à toute annexe visée aux articles 3, 4, 5, 6 et 7 par un vote à la majorité des trois quarts des Parties contractantes liées par cette annexe.

2. Si l'amendement d'une annexe découle d'un amendement à la Convention, l'amendement de l'annexe est régi par les mêmes dispositions que celles qui s'appliquent à l'amendement à la Convention.

Artikel 17

Änderung der Anlagen

(1) Die Bestimmungen des Artikels 15 über die Änderung des Übereinkommens gelten auch für eine Änderung einer Anlage des Übereinkommens; jedoch nimmt die Kommission Änderungen einer in Artikel 3, 4, 5, 6 oder 7 bezeichneten Anlage mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen der durch diese Anlage gebundenen Vertragsparteien an.

(2) Leitet sich die Änderung einer Anlage aus einer Änderung des Übereinkommens her, so wird die Änderung der Anlage durch dieselben Bestimmungen geregelt wie die Änderung des Übereinkommens.

Article 18

Adoption of Appendices

1. If a proposed Appendix is related to an amendment to the Convention or an Annex, proposed for adoption in accordance with Article 15 or Article 17, the proposal, adoption and entry into force of that Appendix shall be governed by the same provisions as apply to the proposal, adoption and entry

Article 18

Adoption des appendices

1. Si un projet d'appendice découle d'un amendement à la Convention ou à une annexe dont l'adoption est proposée conformément à l'article 15 ou à l'article 17, la proposition, l'adoption et l'entrée en vigueur de cet appendice sont régies par les mêmes dispositions que celles qui s'appliquent à la

Artikel 18

Annahme der Anhänge

(1) Leitet sich ein vorgeschlagener Anhang aus einer nach Artikel 15 oder Artikel 17 zur Annahme vorgeschlagenen Änderung des Übereinkommens oder einer Anlage her, so werden der Vorschlag, die Annahme und das Inkrafttreten des Anhangs durch dieselben Bestimmungen geregelt

into force of that amendment.

2. If a proposed Appendix is related to an Annex to the Convention, proposed for adoption in accordance with Article 16, the proposal, adoption and entry into force of that Appendix shall be governed by the same provisions as apply to the proposal, adoption and entry into force of that Annex.

Article 19

Amendment of Appendices

1. Any Contracting Party bound by an Appendix may propose an amendment to that Appendix. The text of the proposed amendment shall be communicated to all Contracting Parties to the Convention by the Executive Secretary of the Commission as provided for in paragraph 2 of Article 15.

2. The Commission shall adopt the amendment to an Appendix by a three-quarters majority vote of the Contracting Parties bound by that Appendix.

3. An amendment to an Appendix shall enter into force on the expiry of a period of two hundred days after its adoption for those Contracting Parties which are bound by that Appendix and have not within that period notified the Depositary Government in writing that they are unable to accept that amendment, provided that at the expiry of that period three-quarters of the Contracting Parties bound by that Appendix have either voted for the amendment and not withdrawn their acceptance or have notified the Depositary Government in writing that they are able to accept the amendment.

4. A notification under paragraph 3 of this Article to the Depositary Government may indicate that a Contracting Party is unable to accept the amendment insofar as it relates to one or more of its dependent or autonomous territories to which the Convention applies.

5. An amendment to an Appendix shall become binding on any other Contracting Party bound by the Appendix which has notified the Depositary Government in writing that it is able to accept the amendment from the moment of that notification or after the expiry of a period of two hundred days after the adoption of the amendment, whichever is later.

6. The Depositary Government shall without delay notify all Contracting Parties of any such notification received.

7. If the amendment of an Appendix is related to an amendment to the Convention or an Annex, the amendment of the Appendix shall be governed by the same provisions as apply to the amendment to the Convention or that Annex.

proposition, à l'adoption et à l'entrée en vigueur de cet amendement.

2. Si un projet d'appendice découle d'une annexe à la Convention dont l'adoption est proposée conformément à l'article 16, la proposition, l'adoption et l'entrée en vigueur de cet appendice sont régies par les mêmes dispositions que celles qui s'appliquent à la proposition, à l'adoption et à l'entrée en vigueur de cette annexe.

Article 19

Amendement des appendices

1. Toute Partie contractante liée par un appendice peut proposer un amendement à cet appendice. Le texte du projet d'amendement est communiqué par le Secrétaire exécutif de la Commission à toutes les Parties contractantes à la Convention, selon les modalités prévues au paragraphe 2 de l'article 15.

2. La Commission adopte l'amendement à un appendice par un vote à la majorité des trois quarts des Parties contractantes liées par cet appendice.

3. A l'expiration d'un délai de deux cents jours à compter de son adoption, un amendement à un appendice entre en vigueur pour les Parties contractantes liées par cet appendice qui n'ont pas, dans ce délai, notifié par écrit au Gouvernement dépositaire qu'elles ne sont pas en mesure d'accepter cet amendement, sous réserve qu'à l'expiration de ce délai, les trois quarts des Parties contractantes liées par cet appendice aient, soit voté l'amendement sans retirer leur acceptation, soit notifié par écrit au Gouvernement dépositaire qu'elles sont en mesure d'accepter l'amendement.

4. Une notification adressée au Gouvernement dépositaire en vertu du paragraphe 3 du présent article peut indiquer qu'une Partie contractante n'est pas en mesure d'accepter l'amendement pour ce qui concerne un ou plusieurs de ses territoires autonomes ou dépendants auxquels s'applique la Convention.

5. Un amendement à un appendice lie toute autre Partie contractante liée par cet appendice qui a notifié par écrit au Gouvernement dépositaire qu'elle est en mesure d'accepter cet amendement soit à compter de cette notification soit à l'expiration d'un délai de deux cents jours après l'adoption de l'amendement, si cette date est postérieure.

6. Le Gouvernement dépositaire notifie sans délai à toutes les Parties contractantes toute notification ainsi reçue.

7. Si l'amendement à un appendice découle d'un amendement à la Convention ou à une annexe, l'amendement à l'appendice est régi par les mêmes dispositions que celles qui s'appliquent à l'amendement à la Convention ou à cette annexe.

wie der Vorschlag, die Annahme und das Inkrafttreten dieser Änderung.

(2) Leitet sich ein vorgeschlagener Anhang aus einer nach Artikel 16 zur Annahme vorgeschlagenen Anlage des Übereinkommens her, so werden der Vorschlag, die Annahme und das Inkrafttreten des Anhangs durch dieselben Bestimmungen geregelt wie der Vorschlag, die Annahme und das Inkrafttreten dieser Anlage.

Artikel 19

Änderung der Anhänge

(1) Jede Vertragspartei, die durch einen Anhang gebunden ist, kann eine Änderung des Anhangs vorschlagen. Der Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung wird allen Vertragsparteien des Übereinkommens durch den Exekutivsekretär der Kommission nach Artikel 15 Absatz 2 übermittelt.

(2) Die Kommission nimmt die Änderung eines Anhangs mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen der durch diesen Anhang gebundenen Vertragsparteien an.

(3) Eine Änderung eines Anhangs tritt nach Ablauf einer Frist von zweihundert Tagen nach seiner Annahme für die durch diesen Anhang gebundenen Vertragsparteien in Kraft, sofern sie nicht innerhalb dieser Frist der Verwahrregierung schriftlich notifiziert haben, daß sie nicht in der Lage sind, die Änderung anzunehmen, vorausgesetzt, daß bei Ablauf dieser Frist drei Viertel der durch diesen Anhang gebundenen Vertragsparteien entweder für die Änderung gestimmt und ihre Annahme nicht zurückgezogen haben oder der Verwahrregierung schriftlich notifiziert haben, daß sie in der Lage sind, die Änderung anzunehmen.

(4) Eine Notifikation nach Absatz 3 an die Verwahrregierung kann zum Ausdruck bringen, daß eine Vertragspartei nicht in der Lage ist, die Änderung anzunehmen, soweit sich diese auf ein oder mehrere abhängige oder autonome Gebiete bezieht, auf die das Übereinkommen Anwendung findet.

(5) Eine Änderung eines Anhangs wird für jede andere durch den Anhang gebundene Vertragspartei, die der Verwahrregierung schriftlich notifiziert hat, daß sie in der Lage ist, die Änderung anzunehmen, zum Zeitpunkt dieser Notifikation oder nach Ablauf einer Frist von zweihundert Tagen nach Annahme der Änderung bindend, je nachdem, welches der spätere Zeitpunkt ist.

(6) Die Verwahrregierung notifiziert allen Vertragsparteien unverzüglich den Eingang jeder solchen Notifikation.

(7) Leitet sich die Änderung eines Anhangs aus einer Änderung des Übereinkommens oder einer Anlage her, so wird die Änderung des Anhangs durch dieselben Bestimmungen geregelt wie die Änderung des Übereinkommens oder der Anlage.

Article 20**Right to Vote**

1. Each Contracting Party shall have one vote in the Commission.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, the European Economic Community and other regional economic integration organisations, within the areas of their competence, are entitled to a number of votes equal to the number of their Member States which are Contracting Parties to the Convention. Those organisations shall not exercise their right to vote in cases where their Member States exercise theirs and conversely.

Article 21**Transboundary Pollution**

1. When pollution originating from a Contracting Party is likely to prejudice the interests of one or more of the other Contracting Parties to the Convention, the Contracting Parties concerned shall enter into consultation, at the request of any one of them, with a view to negotiating a cooperation agreement.

2. At the request of any Contracting Party concerned, the Commission shall consider the question and may make recommendations with a view to reaching a satisfactory solution.

3. An agreement referred to in paragraph 1 of this Article may, inter alia, define the areas to which it shall apply, the quality objectives to be achieved and the methods for achieving these objectives, including methods for the application of appropriate standards and the scientific and technical information to be collected.

4. The Contracting Parties signatory to such an agreement shall, through the medium of the Commission, inform the other Contracting Parties of its purport and of the progress made in putting it into effect.

Article 22**Reporting to the Commission**

The Contracting Parties shall report to the Commission at regular intervals on:

- (a) the legal, regulatory, or other measures taken by them for the implementation of the provisions of the Convention and of decisions and recommendations adopted thereunder, including in particular measures taken to prevent and punish conduct in contravention of those provisions;
- (b) the effectiveness of the measures referred to in subparagraph (a) of this Article;
- (c) problems encountered in the implementation of the provisions referred to in subparagraph (a) of this Article.

Article 20**Droit de vote**

1. Chacune des Parties contractantes dispose d'une voix à la Commission.

2. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 du présent article, la Communauté Economique Européenne et d'autres organisations régionales d'intégration économique ont droit, dans les domaines de leur compétence, à un nombre de voix égal au nombre de leurs Etats membres qui sont Parties contractantes à la Convention. Ces organisations n'exercent pas leur droit de vote dans les cas où leurs Etats membres exercent le leur et réciproquement.

Article 21**Pollution transfrontière**

1. Lorsqu'une pollution provenant d'une Partie contractante est susceptible de porter atteinte aux intérêts d'une ou plusieurs autres Parties contractantes à la Convention, les Parties contractantes concernées entrent en consultation, à la demande de l'une d'entre elles, en vue de négocier un accord de coopération.

2. A la demande d'une Partie contractante concernée, la Commission examine la question et peut faire des recommandations en vue de parvenir à une solution satisfaisante.

3. Un accord visé au paragraphe 1 du présent article peut, entre autres, définir les zones auxquelles il s'appliquera, les objectifs de qualité à atteindre et les moyens de parvenir à ces objectifs, notamment les méthodes pour l'application de normes appropriées ainsi que l'information scientifique et technique à recueillir.

4. Les Parties contractantes signataires d'un tel accord informent par l'intermédiaire de la Commission les autres Parties contractantes de sa teneur ainsi que des progrès obtenus dans sa mise en œuvre.

Article 22**Rapports à présenter à la Commission**

Les Parties contractantes font rapport à intervalles réguliers à la Commission sur:

- (a) les mesures législatives, réglementaires ou autres qu'elles ont prises en vue de la mise en œuvre des dispositions de la Convention et des décisions et recommandations adoptées en application de celle-ci, y compris en particulier les mesures prises afin de prévenir et de sanctionner tout acte contrevenant à ces dispositions;
- (b) l'efficacité des mesures visées à l'alinéa (a) du présent article;
- (c) les problèmes que pose la mise en œuvre des dispositions visées à l'alinéa (a) du présent article.

Artikel 20**Stimmrecht**

(1) Jede Vertragspartei hat in der Kommission eine Stimme.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 steht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und anderen Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen eine Anzahl von Stimmen zu, die der Zahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht in Fällen, in denen ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, nicht aus, und umgekehrt.

Artikel 21**Grenzüberschreitende Verschmutzung**

(1) Ist die von einer Vertragspartei ausgehende Verschmutzung geeignet, die Interessen einer oder mehrerer anderer Vertragsparteien des Übereinkommens zu schädigen, so treten die betroffenen Vertragsparteien auf Antrag einer von ihnen in Konsultationen ein, um eine Übereinkunft über Zusammenarbeit auszuhandeln.

(2) Auf Ersuchen einer betroffenen Vertragspartei prüft die Kommission die Frage; sie kann Empfehlungen zur Erzielung einer befriedigenden Lösung abgeben.

(3) Eine Übereinkunft nach Absatz 1 kann unter anderem die Gebiete, auf die sie Anwendung findet, die angestrebten Qualitätsziele und die Methoden zur Erreichung dieser Ziele, darunter auch Methoden zur Anwendung angemessener Normen, sowie die zu sammelnden wissenschaftlichen und technischen Informationen festlegen.

(4) Die Vertragsparteien, die eine solche Übereinkunft unterzeichnen, unterrichten die anderen Vertragsparteien über die Kommission vom Inhalt der Übereinkunft und von den bei ihrer Durchführung erzielten Fortschritten.

Artikel 22**Der Kommission vorzulegende Berichte**

Die Vertragsparteien berichten der Kommission regelmäßig

- a) über die gesetzgeberischen, verordnungsrechtlichen oder sonstigen Maßnahmen, die sie zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens und der aufgrund des Übereinkommens angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen getroffen haben, insbesondere die Maßnahmen zur Verhütung und Bestrafung von Verstößen gegen diese Bestimmungen;
- b) über die Wirksamkeit der unter Buchstabe a bezeichneten Maßnahmen;
- c) über die Probleme, die bei der Durchführung der unter Buchstabe a bezeichneten Bestimmungen auftreten.

Article 23 Compliance

The Commission shall:

- (a) on the basis of the periodical reports referred to in Article 22 and any other report submitted by the Contracting Parties, assess their compliance with the Convention and the decisions and recommendations adopted thereunder;
- (b) when appropriate, decide upon and call for steps to bring about full compliance with the Convention, and decisions adopted thereunder, and promote the implementation of recommendations, including measures to assist a Contracting Party to carry out its obligations.

Article 24 Regionalisation

The Commission may decide that any decision or recommendation adopted by it shall apply to all, or a specified part, of the maritime area and may provide for different timetables to be applied, having regard to the differences between ecological and economic conditions in the various regions and sub-regions covered by the Convention.

Article 25 Signature

The Convention shall be open for signature at Paris from 22nd September 1992 to 30th June 1993 by:

- (a) the Contracting Parties to the Oslo Convention or the Paris Convention;
- (b) any other coastal State bordering the maritime area;
- (c) any State located upstream on watercourses reaching the maritime area;
- (d) any regional economic integration organisation having as a member at least one State to which any of the subparagraphs (a) to (c) of this Article applies.

Article 26 Ratification, Acceptance or Approval

The Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the French Republic.

Article 27 Accessions

1. After 30th June 1993, the Convention shall be open for accession by the States

Article 23 Respect des engagements

La Commission:

- (a) se fondant sur les rapports périodiques visés à l'article 22 ainsi que sur tout autre rapport soumis par les Parties contractantes, évalue le respect, par celles-ci, de la Convention, et des décisions et recommandations adoptées en application de cette dernière;
- (b) en tant que de besoin, décide et demande que des mesures soient prises afin que la Convention et les décisions adoptées pour son application soient pleinement respectées, et en vue de promouvoir la mise en oeuvre des recommandations, y compris des mesures visant à aider toute Partie contractante à remplir ses obligations.

Article 24 Régionalisation

La Commission peut décider que toute décision ou recommandation qu'elle adopte s'applique soit à la totalité, soit à une certaine partie de la zone maritime, et peut prévoir des calendriers d'application différents, en tenant compte des différences entre les conditions écologiques et économiques propres aux diverses régions et sous-régions couvertes par la Convention.

Article 25 Signature

La Convention est ouverte à la signature à Paris, du 22 septembre 1992 au 30 juin 1993 par:

- (a) les Parties contractantes à la Convention d'Oslo ou à la Convention de Paris;
- (b) tout autre Etat côtier riverain de la zone maritime;
- (c) tout Etat situé en amont des cours d'eau qui se jettent dans la zone maritime;
- (d) toute organisation régionale d'intégration économique comptant parmi ses membres au moins un Etat membre auquel s'applique l'un des alinéas (a) à (c) du présent article.

Article 26 Ratification, acceptation ou approbation

La Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de la République française.

Article 27 Adhésion

1. Après le 30 juin 1993, la Convention sera ouverte à l'adhésion des Etats et des

Artikel 23 Einhaltung der Verpflichtungen

Die Kommission

- a) bewertet auf der Grundlage der regelmäßigen Berichte nach Artikel 22 sowie aller sonstigen von den Vertragsparteien vorgelegten Berichte die Einhaltung des Übereinkommens und der aufgrund des Übereinkommens angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen durch die Vertragsparteien;
- b) beschließt und verlangt, soweit angebracht, Maßnahmen, durch welche die volle Einhaltung des Übereinkommens und der aufgrund des Übereinkommens angenommenen Beschlüsse gewährleistet und die Durchführung der Empfehlungen gefördert wird, darunter Maßnahmen zur Unterstützung einer Vertragspartei bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen.

Artikel 24 Regionalisierung

Die Kommission kann beschließen, daß ein von ihr angenommener Beschluß oder eine von ihr angenommene Empfehlung auf das gesamte oder einen bestimmten Teil des Meeresgebiets anzuwenden ist, und kann angesichts der unterschiedlichen ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen der verschiedenen von dem Übereinkommen erfaßten Regionen und Subregionen die Anwendung unterschiedlicher Zeitpläne vorsehen.

Artikel 25 Unterzeichnung

Das Übereinkommen liegt vom 22. September 1992 bis zum 30. Juni 1993 in Paris für

- a) die Vertragsparteien des Übereinkommens von Oslo oder des Übereinkommens von Paris,
- b) jeden anderen an das Meeresgebiet angrenzenden Küstenstaat,
- c) jeden anderen Staat, der stromaufwärts an Wasserläufen liegt, die das Meeresgebiet erreichen,
- d) jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, zu deren Mitgliedern mindestens ein Staat gehört, auf den einer der Buchstaben a bis c zutrifft, zur Unterzeichnung auf.

Artikel 26 Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Artikel 27 Beitritt

(1) Nach dem 30. Juni 1993 steht das Übereinkommen den in Artikel 25 bezeich-

and regional economic integration organisations referred to in Article 25.

2. The Contracting Parties may unanimously invite States or regional economic integration organisations not referred to in Article 25 to accede to the Convention. In the case of such an accession, the definition of the maritime area shall, if necessary, be amended by a decision of the Commission adopted by unanimous vote of the Contracting Parties. Any such amendment shall enter into force after unanimous approval of all the Contracting Parties on the thirtieth day after the receipt of the last notification by the Depositary Government.

3. Any such accession shall relate to the Convention including any Annex and any Appendix that have been adopted at the date of such accession, except when the instrument of accession contains an express declaration of non-acceptance of one or several Annexes other than Annexes I, II, III and IV.

4. The instruments of accession shall be deposited with the Government of the French Republic.

organisations régionales d'intégration économique visés à l'article 25.

2. Les Parties contractantes peuvent à l'unanimité inviter des Etats ou des organisations régionales d'intégration économique non visés à l'article 25 à adhérer à la Convention. Dans le cas d'une telle adhésion, la définition de la zone maritime est amendée, si nécessaire, par une décision adoptée par la Commission par un vote à l'unanimité des Parties contractantes. Un tel amendement entre en vigueur, après avoir été approuvé à l'unanimité par toutes les Parties contractantes, le trentième jour suivant la réception, par le Gouvernement dépositaire, de la dernière notification à cet effet.

3. Cette adhésion s'applique à la Convention ainsi qu'à toute annexe et tout appendice qui auront été adoptés à la date de l'adhésion, excepté lorsque l'instrument d'adhésion comporte une déclaration expresse de non-acceptation de l'une ou de plusieurs annexes autres que les annexes I, II, III et IV.

4. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement de la République française.

neten Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen.

(2) Die Vertragsparteien können Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht in Artikel 25 bezeichnet sind, einstimmig einladen, dem Übereinkommen beizutreten. Im Fall eines solchen Beitritts wird die Bestimmung des Meeresgebiets nötigenfalls durch einen von den Vertragsparteien einstimmig gefaßten Beschluß der Kommission geändert. Eine solche Änderung tritt nach einstimmiger Genehmigung durch alle Vertragsparteien am dreißigsten Tag nach Eingang der letzten Notifikation bei der Verwahrregierung in Kraft.

(3) Ein solcher Beitritt bezieht sich auf das Übereinkommen einschließlich jeder Anlage und jedes Anhangs, die zum Zeitpunkt des Beitritts angenommen sind, es sei denn, die Beitrittsurkunde enthält eine ausdrückliche Erklärung, nach der eine oder mehrere Anlagen mit Ausnahme der Anlagen I, II, III und IV nicht angenommen werden.

(4) Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Article 28

Reservations

No reservation to the Convention may be made.

Article 28

Réserves

Aucune réserve ne peut être émise à l'égard de la Convention.

Artikel 28

Vorbehalte

Vorbehalte zu dem Übereinkommen sind nicht zulässig.

Article 29

Entry into Force

1. The Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date on which all Contracting Parties to the Oslo Convention and all Contracting Parties to the Paris Convention have deposited their instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. For any State or regional economic integration organisation not referred to in paragraph 1 of this Article, the Convention shall enter into force in accordance with paragraph 1 of this Article, or on the thirtieth day following the date of the deposit of the instrument of ratification, acceptance, approval or accession by that State or regional economic integration organisations, whichever is later.

Article 29

Entrée en vigueur

1. La Convention entrera en vigueur le trentième jour suivant la date à laquelle toutes les Parties contractantes à la Convention d'Oslo et toutes les Parties contractantes à la Convention de Paris auront déposé leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Dans le cas d'un Etat ou d'une organisation régionale d'intégration économique non visé au paragraphe 1 du présent article, la Convention entrera en vigueur conformément au paragraphe 1 du présent article, ou le trentième jour suivant la date de dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion par cet Etat ou par cette organisation régionale d'intégration économique, si cette date est postérieure.

Artikel 29

Inkrafttreten

(1) Das Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem alle Vertragsparteien des Übereinkommens von Oslo und alle Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

(2) Für jeden Staat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht in Absatz 1 bezeichnet sind, tritt das Übereinkommen nach Absatz 1 oder am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat oder diese Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft, je nachdem, welches der spätere Zeitpunkt ist.

Article 30

Withdrawal

1. At any time after the expiry of two years from the date of entry into force of the Convention for a Contracting Party, that Contracting Party may withdraw from the Convention by notification in writing to the Depositary Government.

Article 30

Dénonciation

1. Une Partie contractante peut dénoncer la Convention à tout moment après l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention pour ladite Partie contractante, par notification écrite adressée au Gouvernement dépositaire.

Artikel 30

Kündigung

(1) Mit Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag, an dem das Übereinkommen für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist, kann diese das Übereinkommen jederzeit durch eine an die Verwahrregierung gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

2. Except as may be otherwise provided in an Annex other than Annexes I to IV to the Convention, any Contracting Party may at any time after the expiry of two years from the date of entry into force of such Annex for that Contracting Party withdraw from such Annex by notification in writing to the Depositary Government.

3. Any withdrawal referred to in paragraphs 1 and 2 of this Article shall take effect one year after the date on which the notification of that withdrawal is received by the Depositary Government.

Article 31

Replacement of the Oslo and Paris Conventions

1. Upon its entry into force, the Convention shall replace the Oslo and Paris Conventions as between the Contracting Parties.

2. Notwithstanding paragraph 1 of this Article, decisions, recommendations and all other agreements adopted under the Oslo Convention or the Paris Convention shall continue to be applicable, unaltered in their legal nature, to the extent that they are compatible with, or not explicitly terminated by, the Convention, any decisions or, in the case of existing recommendations, any recommendations adopted thereunder.

Article 32

Settlement of Disputes

1. Any disputes between Contracting Parties relating to the interpretation or application of the Convention, which cannot be settled otherwise by the Contracting Parties concerned, for instance by means of inquiry or conciliation within the Commission, shall at the request of any of those Contracting Parties, be submitted to arbitration under the conditions laid down in this Article.

2. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the procedure of the arbitration referred to in paragraph 1 of this Article shall be in accordance with paragraphs 3 to 10 of this Article.

3. (a) At the request addressed by one Contracting Party to another Contracting Party in accordance with paragraph 1 of this Article, an arbitral tribunal shall be constituted. The request for arbitration shall state the subject matter of the application including in particular the Articles of the Convention, the interpretation or application of which is in dispute.

(b) The applicant party shall inform the Commission that it has requested the setting up of an arbitral tribunal, stating the name of the other party to the dispute and the Articles of the Convention the interpretation or application of which, in its opinion, is in dispute. The Commission shall forward

2. Sauf disposition contraire dans une annexe autre que les annexes I à IV à la Convention, toute Partie contractante pourra, à tout moment après l'expiration de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur de cette annexe pour cette Partie contractante, dénoncer cette annexe par notification écrite adressée au Gouvernement dépositaire.

3. La dénonciation visée aux paragraphes 1 et 2 du présent article prendra effet un an après la date à laquelle le Gouvernement dépositaire aura reçu notification de cette dénonciation.

Article 31

Remplacement des Conventions d'Oslo et de Paris

1. La Convention remplacera dès son entrée en vigueur les Conventions d'Oslo et de Paris entre les Parties contractantes.

2. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 du présent article, les décisions, recommandations et autres accords adoptés en application de la Convention d'Oslo ou de la Convention de Paris continuent d'être applicables et conservent le même caractère juridique, dans la mesure où ils sont compatibles avec la Convention ou ne sont pas explicitement abrogés par celle-ci, par toute décision ou, dans le cas des recommandations existantes, par toute recommandation adoptée en application de celle-ci.

Article 32

Règlement des différends

1. Tout différend entre des Parties contractantes relatif à l'interprétation ou l'application de la Convention, et qui n'aura pu être réglé par les parties au différend par un autre moyen tel que l'enquête ou une conciliation au sein de la Commission, est, à la requête de l'une de ces Parties contractantes, soumis à arbitrage dans les conditions fixées au présent article.

2. A moins que les parties au différend n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage visée au paragraphe 1 du présent article est conduite conformément aux paragraphes 3 à 10 du présent article.

3. (a) Sur requête adressée par une Partie contractante à une autre Partie contractante en application du paragraphe 1 du présent article, il est constitué un tribunal arbitral. La requête d'arbitrage indique l'objet de la requête, y compris notamment les articles de la Convention, dont l'interprétation ou l'application sont objets du différend.

(b) La partie requérante informe la Commission du fait qu'elle a demandé la constitution d'un tribunal arbitral, du nom de l'autre partie au différend ainsi que des articles de la Convention dont l'interprétation ou l'application sont à son avis l'objet du différend. La Commission communique les

(2) Sofern nicht in einer Anlage mit Ausnahme der Anlagen I bis IV des Übereinkommens etwas anderes vorgesehen ist, kann jede Vertragspartei mit Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag, an dem diese Anlage für sie in Kraft getreten ist, die Anlage jederzeit durch eine an die Verwahrregierung gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

(3) Eine Kündigung nach den Absätzen 1 und 2 wird ein Jahr nach dem Tag ihres Eingangs bei der Verwahrregierung wirksam.

Artikel 31

Ersetzen der Übereinkommen von Oslo und Paris

(1) Im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien tritt das Übereinkommen mit seinem Inkrafttreten an die Stelle der Übereinkommen von Oslo und Paris.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 sind die aufgrund des Übereinkommens von Oslo oder des Übereinkommens von Paris angenommenen Beschlüsse, Empfehlungen und sonstigen Übereinkünfte ohne Änderung ihrer Rechtsnatur weiterhin anwendbar, soweit sie mit dem Übereinkommen, den aufgrund des Übereinkommens angenommenen Beschlüssen oder – im Fall bestehender Empfehlungen – den aufgrund des Übereinkommens angenommenen Empfehlungen vereinbar sind oder durch sie nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt werden.

Artikel 32

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens, die von den beteiligten Vertragsparteien nicht auf andere Weise, beispielsweise durch Untersuchung oder Vergleich innerhalb der Kommission, beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer dieser Vertragsparteien einem Schiedsverfahren nach Maßgabe dieses Artikels unterworfen.

(2) Sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, bestimmt sich das in Absatz 1 bezeichnete Schiedsverfahren nach den Absätzen 3 bis 10.

(3) a) Aufgrund eines von einer Vertragspartei nach Absatz 1 an eine andere Vertragspartei gerichteten Antrags wird ein Schiedsgericht gebildet. In dem Antrag ist der Gegenstand des Begehrens darzulegen, insbesondere die Artikel des Übereinkommens, deren Auslegung oder Anwendung umstritten ist.

b) Die antragstellende Partei unterrichtet die Kommission, daß sie die Errichtung eines Schiedsgerichts beantragt hat, wobei sie den Namen der anderen Streitpartei und die Artikel des Übereinkommens angibt, deren Auslegung oder Anwendung sie für umstritten hält. Die Kommission leitet

the information thus received to all Contracting Parties to the Convention.

4. The arbitral tribunal shall consist of three members: each of the parties to the dispute shall appoint an arbitrator; the two arbitrators so appointed shall designate by common agreement the third arbitrator who shall be the chairman of the tribunal. The latter shall not be a national of one of the parties to the dispute, nor have his usual place of residence in the territory of one of these parties, nor be employed by any of them, nor have dealt with the case in any other capacity.

5. (a) If the chairman of the arbitral tribunal has not been designated within two months of the appointment of the second arbitrator, the President of the International Court of Justice shall, at the request of either party, designate him within a further two months' period.

(b) If one of the parties to the dispute does not appoint an arbitrator within two months of receipt of the request, the other party may inform the President of the International Court of Justice who shall designate the chairman of the arbitral tribunal within a further two months' period. Upon designation, the chairman of the arbitral tribunal shall request the party which has not appointed an arbitrator to do so within two months. After such period, he shall inform the President of the International Court of Justice who shall make this appointment within a further two months' period.

6. (a) The arbitral tribunal shall decide according to the rules of international law and, in particular, those of the Convention.

(b) Any arbitral tribunal constituted under the provisions of this Article shall draw up its own rules of procedure.

(c) In the event of a dispute as to whether the arbitral tribunal has jurisdiction, the matter shall be decided by the decision of the arbitral tribunal.

7. (a) The decisions of the arbitral tribunal, both on procedure and on substance, shall be taken by majority voting of its members.

(b) The arbitral tribunal may take all appropriate measures in order to establish the facts. It may, at the request of one of the parties, recommend essential interim measures of protection.

(c) If two or more arbitral tribunals constituted under the provisions of this Article are seized of requests with identical or similar subjects, they may inform themselves of the procedures for establishing the facts and take them into account as far as possible.

(d) The parties to the dispute shall provide all facilities necessary for the effective conduct of the proceedings.

(e) The absence or default of a party to the dispute shall not constitute an impediment to the proceedings.

informations ainsi reçues à toutes les Parties contractantes à la Convention.

4. Le tribunal arbitral est composé de trois membres: chacune des parties au différend nomme un arbitre; les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre, qui assume la présidence du tribunal. Ce dernier ne doit pas être le ressortissant de l'une des parties au différend ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'une de ces parties, ni se trouver au service de l'une d'elles, ni s'être déjà occupé de l'affaire à aucun titre.

5. (a) Si, dans un délai de deux mois après la nomination du deuxième arbitre le président du tribunal arbitral n'est pas désigné, le président de la Cour Internationale de Justice procède, à la requête de la partie la plus diligente, à sa désignation dans un nouveau délai de deux mois.

(b) Si, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, l'une des parties au différend ne procède pas à la nomination d'un arbitre, l'autre partie peut saisir le président de la Cour Internationale de Justice, qui désigne le président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le président du tribunal arbitral demande à la partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le président de la Cour Internationale de Justice, qui procède à cette nomination dans un nouveau délai de deux mois.

6. (a) Le tribunal arbitral décide selon les règles du droit international, et, en particulier, de la Convention.

(b) Tout tribunal arbitral constitué aux termes du présent article établit ses propres règles de procédure.

(c) Dans l'éventualité d'un différend sur la compétence du tribunal arbitral, la question est tranchée par une décision du tribunal arbitral.

7. (a) Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres.

(b) Le tribunal arbitral peut prendre toutes mesures appropriées afin d'établir les faits. Il peut, à la demande d'une des parties, recommander les mesures conservatoires indispensables.

(c) Si deux ou plusieurs tribunaux arbitraux constitués aux termes du présent article se trouvent saisis de requêtes ayant des objets identiques ou analogues, ils peuvent s'informer des procédures relatives à l'établissement des faits et en tenir compte dans la mesure du possible.

(d) Les parties au différend fournissent toutes les facilités nécessaires pour la conduite efficace de la procédure.

(e) L'absence ou le défaut d'une partie au différend ne fait pas obstacle à la procédure.

diese Informationen an alle Vertragsparteien des Übereinkommens weiter.

(4) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern, wobei jede Streitpartei einen Schiedsrichter ernennt; die beiden so ernannten Schiedsrichter bestellen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der als Obmann des Schiedsgerichts tätig wird. Der Obmann darf nicht Staatsangehöriger einer der Streitparteien sein, seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer dieser Parteien haben, im Dienst einer derselben stehen oder in anderer Eigenschaft mit der Sache befaßt gewesen sein.

(5) a) Ist der Obmann des Schiedsgerichts nicht binnen zwei Monaten nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters bestellt worden, so bestellt ihn der Präsident des Internationalen Gerichtshofs auf Antrag einer der beiden Parteien binnen weiterer zwei Monate.

b) Ernennt eine der Streitparteien nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Antrags einen Schiedsrichter, so kann die andere Partei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs unterrichten, der den Obmann des Schiedsgerichts binnen weiterer zwei Monate bestellt. Nach seiner Bestellung fordert der Obmann des Schiedsgerichts die Partei, die noch keinen Schiedsrichter ernennt hat, auf, dies binnen zwei Monaten zu tun. Nach Ablauf dieser Frist unterrichtet er den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs, der diese Ernennung binnen weiterer zwei Monate vornimmt.

(6) a) Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach dem Übereinkommen.

b) Jedes nach diesem Artikel gebildete Schiedsgericht gibt sich eine Verfahrensordnung.

c) Wird die Zuständigkeit des Schiedsgerichts bestritten, so entscheidet dieses.

(7) a) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen werden mit der Mehrheit seiner Mitglieder getroffen.

b) Das Schiedsgericht kann alle geeigneten Maßnahmen treffen, um die Tatsachen festzustellen. Es kann auf Antrag einer der Parteien unerläßliche einstweilige Maßnahmen empfehlen.

c) Werden zwei oder mehr aufgrund dieses Artikels gebildete Schiedsgerichte mit Anträgen über denselben Gegenstand oder über ähnliche Gegenstände befaßt, so können sie sich über die Verfahren zur Tatsachenfeststellung unterrichten und sie so weit wie möglich berücksichtigen.

d) Die Streitparteien stellen alle erforderlichen Einrichtungen für den wirksamen Ablauf des Verfahrens zur Verfügung.

e) Die Abwesenheit oder das Nichterscheinen einer Streitpartei steht der Durchführung des Verfahrens nicht entgegen.

8. Unless the arbitral tribunal determines otherwise because of the particular circumstances of the case, the expenses of the tribunal, including the remuneration of its members, shall be borne by the parties to the dispute in equal shares. The tribunal shall keep a record of all its expenses, and shall furnish a final statement thereof to the parties.

9. Any Contracting Party that has an interest of a legal nature in the subject matter of the dispute which may be affected by the decision in the case, may intervene in the proceedings with the consent of the tribunal.

10. (a) The award of the arbitral tribunal shall be accompanied by a statement of reasons. It shall be final and binding upon the parties to the dispute.

(b) Any dispute which may arise between the parties concerning the interpretation or execution of the award may be submitted by either party to the arbitral tribunal which made the award or, if the latter cannot be seized thereof, to another arbitral tribunal constituted for this purpose in the same manner as the first.

8. Sauf si le tribunal arbitral en décide autrement en raison des circonstances appropriées à l'affaire, les frais de justice, notamment la rémunération des membres du tribunal, sont assumés à parts égales par les parties au différend. Le tribunal tient un registre de toutes ses dépenses, et remet un état final de celles-ci aux parties.

9. Toute Partie contractante ayant un intérêt juridique à l'objet du différend susceptible d'être affecté par la décision prise dans l'affaire, peut, avec le consentement du tribunal, intervenir dans la procédure.

10. (a) La sentence du tribunal arbitral est motivée. Elle est définitive et obligatoire pour les parties au différend.

(b) Tout différend qui pourrait surgir entre les parties concernant l'interprétation ou l'exécution de la sentence peut être soumis par la partie la plus diligente au tribunal arbitral qui l'a rendue ou, si ce dernier ne peut en être saisi, à un autre tribunal arbitral constitué à cet effet de la même manière que le premier.

(8) Sofern das Schiedsgericht nicht wegen der besonderen Umstände der Sache etwas anderes beschließt, werden die Kosten des Gerichts einschließlich der Vergütung seiner Mitglieder von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht führt über alle seine Ausgaben Buch und legt den Parteien eine Schlußabrechnung vor.

(9) Jede Vertragspartei, die ein rechtliches Interesse an dem Streitgegenstand hat, das durch die Entscheidung in der Sache betroffen sein könnte, kann mit Zustimmung des Gerichts dem Verfahren beitreten.

(10) a) Der Spruch des Schiedsgerichts ist zu begründen. Der Spruch ist endgültig und für die Streitparteien bindend.

b) Jede Streitigkeit zwischen den Parteien über die Auslegung oder Durchführung des Spruches kann von jeder Partei dem Schiedsgericht unterbreitet werden, das den Spruch gefällt hat, oder, wenn dieses nicht damit befaßt werden kann, einem anderen Schiedsgericht, das zu diesem Zweck in derselben Weise wie das erste gebildet wird.

Article 33

Duties of the Depositary Government

The Depositary Government shall inform the Contracting Parties and the signatories to the Convention:

- (a) of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, of declarations of non-acceptance and of notifications of withdrawal in accordance with Articles 26, 27 and 30;
- (b) of the date on which the Convention comes into force in accordance with Article 29;
- (c) of the receipt of notifications of acceptance, of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession and of the entry into force of amendments to the Convention and of the adoption and amendment of Annexes or Appendices, in accordance with Articles 15, 16, 17, 18 and 19.

Article 34

Original Text

The original of the Convention, of which the French and English texts shall be equally authentic, shall be deposited with the Government of the French Republic which shall send certified copies thereof to the Contracting Parties and the signatories to the Convention and shall deposit a certified copy with the Secretary General of the United Nations for registration and publication

Article 33

Mission du Gouvernement dépositaire

Le Gouvernement dépositaire avise les Parties contractantes à la Convention et les signataires de la Convention:

- (a) du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que des déclarations de non-acceptation et des notifications de dénonciation, conformément aux articles 26, 27 et 30;
- (b) de la date à laquelle la Convention entre en vigueur conformément à l'article 29;
- (c) du dépôt des notifications d'acceptation, du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion et de l'entrée en vigueur des amendements à la Convention et de l'adoption des annexes et appendices, et de l'amendement de ceux-ci, conformément aux articles 15, 16, 17, 18 et 19.

Article 34

Texte original

L'original de la Convention, dont les textes français et anglais font également foi, sera déposé auprès du Gouvernement de la République française qui en adressera des copies certifiées conformes aux Parties contractantes et aux signataires de la Convention et qui remettra une copie certifiée conforme au Secrétaire Général des Nations Unies pour enregistrement et pu-

Artikel 33

Aufgaben der Verwahrregierung

Die Verwahrregierung unterrichtet die Vertragsparteien und die Unterzeichner des Übereinkommens

- a) von jeder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, von jeder Erklärung der Nichtannahme sowie von jeder Kündigungsnotifikation nach den Artikeln 26, 27 und 30;
- b) vom Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens nach Artikel 29;
- c) vom Eingang jeder Annahmefotifikation und von jeder Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden zu Änderungsdes Übereinkommens und von deren Inkrafttreten sowie von jeder Annahme und Änderung von Anlagen und Anhängen nach den Artikeln 15, 16, 17, 18 und 19.

Artikel 34

Urschrift

Die Urschrift des Übereinkommens, dessen englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt; diese übermittelt den Vertragsparteien und den Unterzeichnern des Übereinkommens beglaubigte Abschriften und hinterlegt eine beglaubigte Abschrift beim Generalsekretär der Vereinten Natio-

in accordance with Article 102 of the United Nations Charter.

blication, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

nen zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorised by their respective Governments, have signed this Convention.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Done at Paris, on the twenty-second day of September 1992

Fait à Paris le 22 septembre 1992

Geschehen zu Paris am 22. September 1992.

Annex I**On the Prevention and Elimination of Pollution from Land-Based Sources****Article 1**

1. When adopting programmes and measures for the purpose of this Annex, the Contracting Parties shall require, either individually or jointly, the use of

- best available techniques for point sources
- best environmental practice for point and diffuse sources

including, where appropriate, clean technology.

2. When setting priorities and in assessing the nature and extent of the programmes and measures and their time scales, the Contracting Parties shall use the criteria given in Appendix 2.

3. The Contracting Parties shall take preventive measures to minimise the risk of pollution caused by accidents.

4. When adopting programmes and measures in relation to radioactive substances, including waste, the Contracting Parties shall also take account of:

- (a) the recommendations of the other appropriate international organisations and agencies;
- (b) the monitoring procedures recommended by these international organisations and agencies.

Article 2

1. Point source discharges to the maritime area, and releases into water or air which reach and may affect the maritime area, shall be strictly subject to authorisation or regulation by the competent authorities of the Contracting Parties. Such authorisation or regulation shall, in particular, implement relevant decisions of the Commission which bind the relevant Contracting Party.

2. The Contracting Parties shall provide for a system of regular monitoring and inspection by their competent authorities to assess compliance with authorisations and regulations of releases into water or air.

Article 3

For the purposes of this Annex, it shall, inter alia, be the duty of the Commission to draw up:

- (a) plans for the reduction and phasing out of substances that are toxic, persistent and liable to bioaccumulate arising from land-based sources;

Annexe I**Sur la prévention et la suppression de la pollution provenant de sources telluriques****Article 1**

1. Lors de l'adoption de programmes et mesures aux fins de la présente annexe, les Parties contractantes exigent, individuellement ou conjointement, le recours:

- aux meilleures techniques disponibles pour les sources ponctuelles
- à la meilleure pratique environnementale pour les sources ponctuelles et diffuses

y compris, en tant que de besoin, aux techniques propres.

2. Pour fixer les priorités et évaluer la nature et l'ampleur des programmes et des mesures, ainsi que les calendriers correspondants, les Parties contractantes appliquent les critères visés à l'appendice 2.

3. Les Parties contractantes prennent des mesures de prévention afin de réduire les risques de pollution causés par les accidents.

4. Lors de l'adoption de programmes et mesures pour les substances radioactives, y compris les déchets, les Parties contractantes tiennent également compte:

- (a) des recommandations des autres organisations et institutions internationales compétentes;
- (b) des procédures de surveillance recommandées par ces organisations et institutions internationales.

Article 2

1. Les rejets ponctuels dans la zone maritime, et les émissions dans l'eau ou dans l'air, qui atteignent la zone maritime et peuvent lui porter atteinte, sont strictement soumis à autorisation ou à réglementation par les autorités compétentes des Parties contractantes. Ces autorisations ou réglementations mettent en œuvre, notamment, les décisions pertinentes de la Commission qui lient la Partie contractante concernée.

2. Les Parties contractantes mettent en place un dispositif de surveillance et de contrôle réguliers permettant à leurs autorités compétentes d'évaluer le respect des autorisations et des réglementations relatives aux émissions dans l'eau ou dans l'air.

Article 3

Aux fins de la présente annexe, la Commission a notamment pour mission d'élaborer:

- (a) des plans en vue de la réduction et de la cessation de l'emploi des substances persistantes, toxiques, et susceptibles de bioaccumulation, qui proviennent de sources telluriques;

Anlage I**über die Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung vom Lande aus****Artikel 1**

(1) Bei der Annahme von Programmen und Maßnahmen für die Zwecke dieser Anlage verlangen die Vertragsparteien einzeln oder gemeinsam die Anwendung

- der besten verfügbaren Techniken für Punktquellen,
- der besten Umweltpaxis für Punktquellen und diffuse Quellen,

gegebenenfalls einschließlich sauberer Technologie.

(2) Bei der Festlegung der Prioritäten und der Bewertung von Art und Umfang der Programme und Maßnahmen sowie der entsprechenden Zeitpläne wenden die Vertragsparteien die in Anhang 2 aufgeführten Maßstäbe an.

(3) Die Vertragsparteien ergreifen Verhütungsmaßnahmen, um die Gefahr unfallbedingter Verschmutzung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(4) Bei der Annahme von Programmen und Maßnahmen zu radioaktiven Stoffen einschließlich Abfällen berücksichtigen die Vertragsparteien auch

- a) die Empfehlungen anderer zuständiger internationaler Organisationen und Einrichtungen;
- b) die von diesen internationalen Organisationen und Einrichtungen empfohlenen Überwachungsverfahren.

Artikel 2

(1) Einleitungen in das Meeresgebiet aus Punktquellen sowie Freisetzungen in das Wasser oder die Luft, die das Meeresgebiet erreichen und es beeinträchtigen können, unterliegen unbedingt einer Genehmigung oder Regelung durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien. Diese Genehmigung oder Regelung führt insbesondere die einschlägigen Beschlüsse der Kommission durch, die für die betroffene Vertragspartei bindend sind.

(2) Die Vertragsparteien errichten ein System der regelmäßigen Überwachung und Kontrolle, das es den zuständigen Behörden ermöglicht, die Einhaltung der Genehmigungen und Regelungen für Freisetzungen in das Wasser oder die Luft zu bewerten.

Artikel 3

Für die Zwecke dieser Anlage hat die Kommission unter anderem die Aufgabe,

- a) Pläne für die Verringerung und schrittweise Einstellung der Verwendung von vom Lande ausgehenden Stoffen zu erarbeiten, die giftig und beständig sind und zur biologischen Anreicherung neigen;

(b) when appropriate, programmes and measures for the reduction of inputs of nutrients from urban, municipal, industrial, agricultural and other sources.

(b) en tant que de besoin, des programmes et mesures afin de réduire les apports d'éléments nutritifs d'origine urbaine, municipale, industrielle, agricole et autre.

b) gegebenenfalls Programme und Maßnahmen zur Verringerung des Eintrags von Nährstoffen aus Städten, Gemeinden, der Industrie, der Landwirtschaft und anderen Quellen zu erarbeiten.

Annex II
On the Prevention
and Elimination
of Pollution by Dumping or
Incineration

Article 1

This Annex shall not apply to any deliberate disposal in the maritime area of:

- (a) wastes or other matter from offshore installations;
- (b) offshore installations and offshore pipelines.

Article 2

Incineration is prohibited.

Article 3

1. The dumping of all wastes or other matter is prohibited, except for those wastes or other matter listed in paragraphs 2 and 3 of this Article.

2. The list referred to in paragraph 1 of this Article is as follows:

- (a) dredged material;
- (b) inert materials of natural origin, that is solid, chemically unprocessed geological material the chemical constituents of which are unlikely to be released into the marine environment;
- (c) sewage sludge until 31st December 1998;
- (d) fish waste from industrial fish processing operations;
- (e) vessels or aircraft until, at the latest, 31st December 2004.

3. (a) The dumping of low and intermediate level radioactive substances, including wastes, is prohibited.

(b) As an exception to subparagraph 3(a) of this Article, those Contracting Parties, the United Kingdom and France, who wish to retain the option of an exception to subparagraph 3(a) in any case not before the expiry of a period of 15 years from 1st January 1993, shall report to the meeting of the Commission at Ministerial level in 1997 on the steps taken to explore alternative land-based options.

(c) Unless, at or before the expiry of this period of 15 years, the Commission decides by a unanimous vote not to continue the exception provided in subparagraph 3(b), it shall take a decision pursuant to Article 13 of the Convention on the prolongation for a period of 10 years after 1st January 2008 of the prohibition, after which another meeting of the Commission at Mini-

Annexe II
Sur la prévention
et la suppression
de la pollution par les opérations
d'immersion ou d'incinération

Article 1

La présente annexe ne s'applique pas:

- (a) au déversement délibéré dans la zone maritime des déchets ou autres matières provenant des installations offshore;
- (b) au sabordage ou à l'élimination délibérée dans la zone maritime des installations offshore et des pipelines offshore.

Article 2

L'incinération est interdite.

Article 3

1. L'immersion de tous les déchets ou autres matières est interdite, à l'exception des déchets ou autres matières énumérés aux paragraphes 2 et 3 du présent article.

2. La liste visée au paragraphe 1 du présent article est la suivante:

- (a) matériaux de dragage;
- (b) matières inertes d'origine naturelle, constituées par du matériau géologique solide n'ayant pas subi de traitement chimique, et dont les constituants chimiques ne risquent pas d'être libérés dans le milieu marin;
- (c) boues d'égouts, jusqu'au 31 décembre 1998;
- (d) déchets de poisson issus des opérations industrielles de transformation du poisson;
- (e) navires ou aéronefs jusqu'au 31 décembre 2004 au plus tard.

3. (a) L'immersion de substances, notamment des déchets, faiblement ou moyennement radioactives est interdite.

(b) A titre d'exception à l'alinéa (a) du paragraphe 3, les Parties contractantes, le Royaume-Uni et la France, qui souhaitent conserver la possibilité d'une exception à l'alinéa (a) du paragraphe 3 en tout état de cause pas avant l'expiration d'une période de 15 ans à partir du 1^{er} janvier 1993, rendront compte à la réunion de la Commission au niveau ministériel en 1997 des mesures prises pour étudier d'autres options à terre.

(c) A moins que, avant ou à l'échéance de cette période de 15 années, la Commission décide à l'unanimité des voix de ne pas maintenir l'exception prévue à l'alinéa (b) du paragraphe 3, elle prendra une décision sur la base de l'article 13 de la Convention sur la prolongation de l'interdiction pour une période de dix ans à partir du 1^{er} janvier 2008, après quoi une autre réunion de la

Anlage II
über die Verhütung und
Beseitigung
der Verschmutzung durch
Einbringen oder Verbrennung

Artikel 1

Diese Anlage findet keine Anwendung auf die vorsätzliche Beseitigung im Meeresgebiet

- a) von Abfällen oder sonstigen Stoffen durch Offshore-Anlagen;
- b) von Offshore-Anlagen und Offshore-Rohrleitungen.

Artikel 2

Die Verbrennung ist verboten.

Artikel 3

(1) Das Einbringen aller Abfälle oder sonstigen Stoffe ist verboten, ausgenommen die in den Absätzen 2 und 3 aufgeführten Abfälle oder sonstigen Stoffe.

(2) Die in Absatz 1 bezeichnete Liste lautet wie folgt:

- a) Baggergut;
- b) inerte Stoffe natürlichen Ursprungs, das heißt keiner chemischen Behandlung unterzogenes festes geologisches Material, bei dem es unwahrscheinlich ist, daß seine chemischen Bestandteile in die Meeresumwelt freigesetzt werden;
- c) Klärschlamm bis zum 31. Dezember 1998;
- d) Fischabfälle aus der industriellen Fischverarbeitung;
- e) Schiffe oder Luftfahrzeuge längstens bis zum 31. Dezember 2004.

(3) a) Das Einbringen von schwach- und mittelradioaktiven Stoffen einschließlich Abfällen ist verboten.

b) Als Ausnahmeregelung zu Buchstabe a berichten die Vertragsparteien, welche die Möglichkeit einer Ausnahme von Buchstabe a, die keinesfalls vor Ablauf von 15 Jahren vom 1. Januar 1993 an einsetzen darf, aufrechterhalten möchten, nämlich das Vereinigte Königreich und Frankreich, der Kommission 1997 auf einer Sitzung auf Ministeriebene über die Schritte, die sie zur Prüfung alternativer Möglichkeiten an Land unternommen haben.

c) Sofern die Kommission nicht bei oder vor Ablauf dieser Frist von 15 Jahren einstimmig beschließt, die unter Buchstabe b vorgesehene Ausnahmeregelung nicht fortzuführen, faßt sie einen Beschluß nach Artikel 13 des Übereinkommens über die Verlängerung des Verbots um einen Zeitraum von 10 Jahren vom 1. Januar 2008 an; anschließend findet eine weitere Sitzung

sterial level shall be held. Those Contracting Parties mentioned in subparagraph 3(b) of this Article still wishing to retain the option mentioned in subparagraph 3(b) shall report to the Commission meetings to be held at Ministerial level at two yearly intervals from 1999 onwards about the progress in establishing alternative land-based options and on the results of scientific studies which show that any potential dumping operations would not result in hazards to human health, harm to living resources or marine ecosystems, damage to amenities or interference with other legitimate uses of the sea.

Article 4

1. The Contracting Parties shall ensure that:

- (a) no wastes or other matter listed in paragraph 2 of Article 3 of this Annex shall be dumped without authorisation by their competent authorities, or regulation;
- (b) such authorisation or regulation is in accordance with the relevant applicable criteria, guidelines and procedures adopted by the Commission in accordance with Article 6 of this Annex;
- (c) with the aim of avoiding situations in which the same dumping operation is authorised or regulated by more than one Contracting Party, their competent authorities shall, as appropriate, consult before granting an authorisation or applying regulation.

2. Any authorisation or regulation under paragraph 1 of this Article shall not permit the dumping of vessels or aircraft containing substances which result or are likely to result in hazards to human health, harm to living resources and marine ecosystems, damage to amenities or interference with other legitimate uses of the sea.

3. Each Contracting Party shall keep, and report to the Commission records of the nature and the quantities of wastes or other matter dumped in accordance with paragraph 1 of this Article, and of the dates, places and methods of dumping.

Article 5

No placement of matter in the maritime area for a purpose other than that for which it was originally designed or constructed shall take place without authorisation or regulation by the competent authority of the relevant Contracting Party. Such authorisation or regulation shall be in accordance with the relevant applicable criteria, guidelines and procedures adopted by the Com-

mission au niveau ministériel sera réunie. Les Parties contractantes visées à l'alinéa (b) du paragraphe 3, qui souhaitent encore conserver la possibilité prévue à l'alinéa (b) du paragraphe 3 rendront compte aux réunions de la Commission au niveau ministériel tous les deux ans à compter de 1999, des progrès réalisés en vue de mettre en place des options à terre et des résultats des études scientifiques montrant que toutes opérations d'immersion éventuelles n'entraîneraient pas de risques pour la santé de l'homme, ne nuiraient pas aux ressources biologiques et aux écosystèmes marins, ne porteraient pas atteinte aux valeurs d'agrément et ne gêneraient pas d'autres utilisations légitimes de la mer.

Article 4

1. Les Parties contractantes font en sorte:

- (a) qu'aucun déchet ou autre matière mentionné au paragraphe 2 de l'article 3 de la présente annexe ne soit immergé sans autorisation de leurs autorités compétentes ou sans réglementation;
- (b) que cette autorisation ou cette réglementation soit conforme aux critères, lignes directrices et procédures pertinents et applicables, adoptés par la Commission conformément à l'article 6 de la présente annexe;
- (c) que, dans le but d'éviter des situations où une même opération d'immersion serait autorisée ou réglementée par plusieurs Parties contractantes, leurs autorités compétentes se consultent en tant que de besoin avant d'accorder une autorisation ou d'appliquer une réglementation.

2. Toute autorisation ou réglementation visée au paragraphe 1 du présent article ne permet pas l'immersion de navires ou d'aéronefs contenant des substances qui créent ou sont susceptibles de créer des risques pour la santé de l'homme, des dommages aux ressources vivantes et aux écosystèmes marins, des atteintes aux valeurs d'agrément, ou des entraves aux autres utilisations légitimes de la mer.

3. Chaque Partie contractante tient un relevé de la nature et des quantités de déchets et autres matières immergés dans les conditions prévues au paragraphe 1 du présent article ainsi que des dates, lieux et méthodes d'immersion, et le communique à la Commission.

Article 5

Aucune matière n'est déposée dans la zone maritime dans un but autre que celui pour lequel elle a été conçue ou construite à l'origine, sans une autorisation ou une réglementation émanant de l'autorité compétente de la Partie contractante concernée. Cette autorisation ou cette réglementation est conforme aux critères, lignes directrices et procédures pertinents et applicables,

der Kommission auf Ministerebene statt. Die unter Buchstabe b genannten Vertragsparteien, welche die unter Buchstabe b genannte Möglichkeit weiterhin aufrechterhalten möchten, berichten der Kommission auf Sitzungen auf Ministerebene ab 1999 im Abstand von zwei Jahren über die bei der Schaffung alternativer Möglichkeiten an Land erzielten Fortschritte und über die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, die zeigen, daß von potentiellen Einbringungsoperationen keine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, keine Schädigung der lebenden Ressourcen und der Meeresökosysteme, keine Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt und keine Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres ausgehen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher,

- a) daß keine in Artikel 3 Absatz 2 dieser Anlage aufgeführten Abfälle oder sonstigen Stoffe ohne Genehmigung durch ihre zuständigen Behörden oder ohne Regelung eingebracht werden;
- b) daß eine solche Genehmigung oder Regelung den einschlägigen anzuwendenden Maßstäben, Richtlinien und Verfahren entspricht, welche die Kommission nach Artikel 6 angenommen hat;
- c) daß die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander zur Vermeidung von Situationen, in denen die gleiche Einbringungsoperation von mehreren Vertragsparteien genehmigt oder geregelt wird, gegebenenfalls vor Erteilung einer Genehmigung oder Anwendung einer Regelung konsultieren.

(2) Eine Genehmigung oder Regelung nach Absatz 1 darf das Einbringen von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die Stoffe enthalten, aus denen sich eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Ressourcen und der Meeresökosysteme, eine Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt oder eine Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres ergeben oder ergeben können, nicht erlauben.

(3) Jede Vertragspartei führt Unterlagen über Art und Menge der Abfälle und sonstigen Stoffe, die nach Absatz 1 eingebracht werden, sowie über den Tag, den Ort und die Methode des Einbringens und übermittelt diese Unterlagen der Kommission.

Artikel 5

Ohne Genehmigung oder Regelung durch die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei dürfen im Meeresgebiet keine Stoffe zu einem anderen Zweck abgesetzt werden als dem, zu dem sie ursprünglich vorgesehen oder hergestellt wurden. Diese Genehmigung oder Regelung hat den einschlägigen anzuwendenden Maßstäben, Richtlinien und Verfahren zu ent-

mission in accordance with Article 6 of this Annex. This provision shall not be taken to permit the dumping of wastes or other matter otherwise prohibited under this Annex.

Article 6

For the purposes of this Annex, it shall, inter alia, be the duty of the Commission to draw up and adopt criteria, guidelines and procedures relating to the dumping of wastes or other matter listed in paragraph 2 of Article 3, and to the placement of matter referred to in Article 5, of this Annex, with a view to preventing and eliminating pollution.

Article 7

The provisions of this Annex concerning dumping shall not apply in case of force majeure, due to stress of weather or any other cause, when the safety of human life or of a vessel or aircraft is threatened. Such dumping shall be so conducted as to minimise the likelihood of damage to human or marine life and shall immediately be reported to the Commission, together with full details of the circumstances and of the nature and quantities of the wastes or other matter dumped.

Article 8

The Contracting Parties shall take appropriate measures, both individually and within relevant international organisations, to prevent and eliminate pollution resulting from the abandonment of vessels or aircraft in the maritime area caused by accidents. In the absence of relevant guidance from such international organisations, the measures taken by individual Contracting Parties should be based on such guidelines as the Commission may adopt.

Article 9

In an emergency, if a Contracting Party considers that wastes or other matter the dumping of which is prohibited under this Annex cannot be disposed of on land without unacceptable danger or damage, it shall forthwith consult other Contracting Parties with a view to finding the most satisfactory methods of storage or the most satisfactory means of destruction or disposal under the prevailing circumstances. The Contracting Party shall inform the Commission of the steps adopted following this consultation. The Contracting Parties pledge themselves to assist one another in such situations.

adoptés par la Commission conformément à l'article 6 de la présente annexe. La présente disposition ne peut être interprétée comme autorisant l'immersion de déchets ou d'autres matières faisant par ailleurs l'objet d'une interdiction en vertu de la présente annexe.

Article 6

Aux fins de la présente annexe, il incombe à la Commission notamment d'élaborer et d'adopter des critères, lignes directrices et procédures pour l'immersion de déchets ou d'autres matières énumérés au paragraphe 2 de l'article 3 et pour le dépôt des matières visées à l'article 5 de la présente annexe, dans le but de prévenir et de supprimer la pollution.

Article 7

Les dispositions de la présente annexe, relatives à l'immersion, ne s'appliquent pas en cas de force majeure due aux intempéries ou à toute autre cause lorsque la sécurité de la vie humaine ou d'un navire ou d'un aéronef est menacée. Une telle immersion est effectuée de manière à réduire les risques d'atteinte à la vie humaine ou à la biote marine, et elle est immédiatement signalée à la Commission, avec des renseignements complets sur les circonstances, la nature et les quantités de déchets ou autres matières immergés.

Article 8

Les Parties contractantes prennent les mesures appropriées, tant individuellement que dans le cadre des organisations internationales compétentes, en vue de prévenir et de supprimer la pollution résultant de l'abandon dans la zone maritime de navires et d'aéronefs à la suite d'accidents. En l'absence d'orientation pertinente de la part de ces organisations internationales, les mesures prises individuellement par les Parties contractantes devraient être fondées sur les lignes directrices que la Commission pourra adopter.

Article 9

En cas de situation critique, si une Partie contractante estime que des déchets ou d'autres matières dont l'immersion est interdite par la présente annexe ne peuvent être éliminés à terre sans risque ou préjudice inacceptables, celle-ci consulte immédiatement d'autres Parties contractantes en vue de trouver les méthodes de stockage ou les moyens de destruction ou d'élimination les plus satisfaisants selon les circonstances. La Partie contractante informe la Commission des mesures adoptées à la suite de cette consultation. Les Parties contractantes s'engagent à se prêter mutuellement assistance dans de telles situations.

sprechen, welche die Kommission nach Artikel 6 angenommen hat. Diese Bestimmung darf nicht so ausgelegt werden, als erlaube sie das Einbringen von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die sonst Gegenstand eines Verbots aufgrund dieser Anlage sind.

Artikel 6

Für die Zwecke dieser Anlage hat die Kommission zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung unter anderem die Aufgabe, Maßstäbe, Richtlinien und Verfahren für das Einbringen der in Artikel 3 Absatz 2 aufgeführten Abfälle oder sonstigen Stoffe und für das Absetzen der in Artikel 5 bezeichneten Stoffe zu erarbeiten und anzunehmen.

Artikel 7

Die Bestimmungen dieser Anlage über das Einbringen finden keine Anwendung im Fall höherer Gewalt aufgrund von Schlechtwetter oder anderer Ursachen, wenn die Sicherheit von Menschenleben oder eines Schiffes oder Luftfahrzeugs bedroht ist. Ein solches Einbringen hat so zu erfolgen, daß die Wahrscheinlichkeit von Schäden an menschlichem Leben oder der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres auf ein Mindestmaß beschränkt wird, und ist unter Angabe der näheren Umstände und der Art und Menge der eingebrachten Abfälle oder sonstigen Stoffe sofort der Kommission zu melden.

Artikel 8

Die Vertragsparteien ergreifen sowohl einzeln als auch innerhalb der zuständigen internationalen Organisationen geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung infolge der unfallbedingten Aufgabe von Schiffen und Luftfahrzeugen im Meeresgebiet. In Ermangelung einer entsprechenden Orientierungshilfe der genannten internationalen Organisationen sollen sich die von den einzelnen Vertragsparteien ergriffenen Maßnahmen auf von der Kommission angenommene Richtlinien stützen.

Artikel 9

Ist eine Vertragspartei in einer Notlage der Auffassung, daß Abfälle oder sonstige Stoffe, deren Einbringen aufgrund dieser Anlage verboten ist, an Land nicht ohne unvermeidbare Gefahren oder Schäden beseitigt werden können, so konsultiert sie umgehend andere Vertragsparteien, um die nach den jeweiligen Umständen geeignetsten Lagerungsmethoden oder Vernichtungs- oder Beseitigungsmaßnahmen zu ermitteln. Die Vertragspartei unterrichtet die Kommission von den im Anschluß an diese Konsultation beschlossenen Vorkehrungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfeleistung in derartigen Notlagen.

Article 10

1. Each Contracting Party shall ensure compliance with the provisions of this Annex:

- (a) by vessels or aircraft registered in its territory;
- (b) by vessels or aircraft loading in its territory the wastes or other matter which are to be dumped or incinerated;
- (c) by vessels or aircraft believed to be engaged in dumping or incineration within its internal waters or within its territorial sea or within that part of the sea beyond and adjacent to the territorial sea under the jurisdiction of the coastal state to the extent recognised by international law.

2. Each Contracting Party shall issue instructions to its maritime inspection vessels and aircraft and to other appropriate services to report to its authorities any incidents or conditions in the maritime area which give rise to suspicions that dumping in contravention of the provisions of the present Annex has occurred or is about to occur. Any Contracting Party whose authorities receive such a report shall, if it considers it appropriate accordingly inform any other Contracting Party concerned.

3. Nothing in this Annex shall abridge the sovereign immunity to which certain vessels are entitled under international law.

Article 10

1. Chaque Partie contractante fait respecter les dispositions de la présente annexe:

- (a) par les navires ou aéronefs immatriculés sur son propre territoire;
- (b) par les navires ou aéronefs chargeant sur son territoire des déchets ou autres matières devant être immergés ou incinérés;
- (c) par les navires ou aéronefs supposés se livrer à des opérations d'immersion ou d'incinération dans ses eaux intérieures ou dans sa mer territoriale ou dans la partie de la mer située au-delà de sa mer territoriale et en position adjacente à celle-ci et placée, dans la mesure reconnue par le droit international, sous la juridiction de l'Etat côtier.

2. Chaque Partie contractante donne instruction aux navires et aéronefs de son inspection maritime ainsi qu'aux autres services compétents de signaler à ses autorités tous les incidents ou situations survenant dans la zone maritime qui donnent à penser qu'une immersion a été effectuée ou est sur le point de l'être en violation des dispositions de la présente annexe. Toute Partie contractante dont les autorités reçoivent un tel rapport informe en conséquence, si elle le juge approprié, toute autre Partie contractante concernée.

3. Rien dans la présente annexe ne portera atteinte à l'immunité souveraine dont jouissent certains navires en application du droit international.

Artikel 10

(1) Jede Vertragspartei stellt die Einhaltung dieser Anlage durch folgende Schiffe und Luftfahrzeuge sicher:

- a) in ihrem Hoheitsgebiet eingetragene Schiffe und Luftfahrzeuge;
- b) Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet Abfälle oder sonstige Stoffe zum Zweck des Einbringens oder der Verbrennung laden;
- c) Schiffe und Luftfahrzeuge, bei denen ein Einbringen oder eine Verbrennung innerhalb ihrer inneren Gewässer oder ihres Küstenmeers oder in dem jenseits des Küstenmeers gelegenen und an dieses angrenzenden Meer, das den Hoheitsbefugnissen des Küstenstaats unterliegt, soweit es durch das Völkerrecht anerkannt ist, angenommen wird.

(2) Jede Vertragspartei weist ihre Überwachungsschiffe und -luftfahrzeuge sowie ihre sonstigen in Frage kommenden Stellen an, ihren Behörden alle Ereignisse oder Umstände im Meeresgebiet zu melden, die den Verdacht erwecken, daß ein Einbringen unter Verstoß gegen diese Anlage stattgefunden hat oder unmittelbar bevorsteht. Jede Vertragspartei, deren Behörden eine solche Meldung erhalten, unterrichtet, wenn sie es für zweckmäßig hält, jede andere betroffene Vertragspartei.

(3) Diese Anlage läßt die Staatenimmunität unberührt, die bestimmten Schiffen aufgrund des Völkerrechts zusteht.

Annex III
On the Prevention
and Elimination
of Pollution from
Offshore Sources

Article 1

This Annex shall not apply to any deliberate disposal in the maritime area of:

- (a) wastes or other matter from vessels or aircraft;
- (b) vessels or aircraft.

Article 2

1. When adopting programmes and measures for the purpose of this Annex, the Contracting Parties shall require, either individually or jointly, the use of:

- (a) best available techniques
- (b) best environmental practice

including, where appropriate, clean technology.

2. When setting priorities and in assessing the nature and extent of the programmes and measures and their time scales, the Contracting Parties shall use the criteria given in Appendix 2.

Article 3

1. Any dumping of wastes or other matter from offshore installations is prohibited.

2. This prohibition does not relate to discharges or emissions from offshore sources.

Article 4

1. The use on, or the discharge or emission from, offshore sources of substances which may reach and affect the maritime area shall be strictly subject to authorisation or regulation by the competent authorities of the Contracting Parties. Such authorisation or regulation shall, in particular, implement the relevant applicable decisions, recommendations and all other agreements adopted under the Convention.

2. The competent authorities of the Contracting Parties shall provide for a system of monitoring and inspection to assess compliance with authorisation or regulation as provided for in paragraph 1 of Article 4 of this Annex.

Article 5

1. No disused offshore installation or disused offshore pipeline shall be dumped and

Annexe III
Sur la prévention
et la suppression
de la pollution provenant
de sources offshore

Article 1

La présente annexe ne s'applique pas:

- (a) au déversement délibéré dans la zone maritime des déchets ou autres matières provenant des navires ou aéronefs;
- (b) au sabordage dans la zone maritime des navires ou aéronefs.

Article 2

1. Lors de l'adoption de programmes et mesures aux fins de la présente annexe, les Parties contractantes exigent, soit individuellement soit conjointement, le recours:

- (a) aux meilleures techniques disponibles
- (b) à la meilleure pratique environnementale

y compris, en tant que de besoin, aux techniques propres.

2. Pour fixer les priorités et évaluer la nature et l'ampleur des programmes et des mesures, ainsi que les calendriers correspondants, les Parties contractantes appliquent les critères visés à l'appendice 2.

Article 3

1. Toute immersion de déchets ou autres matières à partir des installations offshore est interdite.

2. Cette interdiction ne s'applique pas aux rejets ou émissions à partir des sources offshore.

Article 4

1. L'utilisation, le rejet ou l'émission par des sources offshore de substances qui peuvent atteindre et affecter la zone maritime est rigoureusement soumis à autorisation ou à réglementation par les autorités compétentes des Parties contractantes. Ces autorisations ou réglementations mettent notamment en oeuvre les décisions, recommandations et autres accords pertinents et applicables, qui auront été adoptés en vertu de la Convention.

2. Les autorités compétentes des Parties contractantes mettent en place un système de surveillance et de contrôle afin d'évaluer le respect des autorisations ou des réglementations prévues au paragraphe 1 de l'article 4 de la présente annexe.

Article 5

1. Aucune installation offshore désaffectée ou aucun pipeline offshore désaffecté

Anlage III
über die Verhütung und
Beseitigung
der Verschmutzung durch
Offshore-Quellen

Artikel 1

Diese Anlage findet keine Anwendung auf die vorsätzliche Beseitigung im Meeresgebiet

- a) von Abfällen oder sonstigen Stoffen durch Schiffe oder Luftfahrzeuge;
- b) von Schiffen oder Luftfahrzeugen.

Artikel 2

(1) Bei der Annahme von Programmen und Maßnahmen für die Zwecke dieser Anlage verlangen die Vertragsparteien entweder einzeln oder gemeinsam die Anwendung

- a) der besten verfügbaren Techniken,
- b) der besten Umweltp Praxis,

gegebenenfalls einschließlich sauberer Technologie.

(2) Bei der Festlegung der Prioritäten und der Bewertung von Art und Umfang der Programme und Maßnahmen sowie der entsprechenden Zeitpläne wenden die Vertragsparteien die in Anhang 2 aufgeführten Maßstäbe an.

Artikel 3

(1) Das Einbringen von Abfällen oder sonstigen Stoffen durch Offshore-Anlagen ist verboten.

(2) Dieses Verbot bezieht sich nicht auf Einleitungen oder Emissionen durch Offshore-Quellen.

Artikel 4

(1) Die Verwendung von Stoffen, die das Meeresgebiet erreichen und beeinträchtigen können, auf Offshore-Quellen, oder die Einleitung oder Emission solcher Stoffe durch Offshore-Quellen unterliegt unbedingt einer Genehmigung oder Regelung durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien. Diese Genehmigung oder Regelung führt insbesondere die einschlägigen anzuwendenden Beschlüsse, Empfehlungen und sonstigen Übereinkünfte durch, die aufgrund des Übereinkommens angenommen wurden.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien errichten ein Überwachungs- und Kontrollsystem zur Bewertung der Einhaltung der Genehmigung oder Regelung nach Absatz 1.

Artikel 5

(1) Ohne eine im Einzelfall von der zuständigen Behörde der betroffenen Ver-

no disused offshore installation shall be left wholly or partly in place in the maritime area without a permit issued by the competent authority of the relevant Contracting Party on a case-by-case basis. The Contracting Parties shall ensure that their authorities, when granting such permits, shall implement the relevant applicable decisions, recommendations and all other agreements adopted under the Convention.

2. No such permit shall be issued if the disused offshore installation or disused offshore pipeline contains substances which result or are likely to result in hazards to human health, harm to living resources and marine ecosystems, damage to amenities or interference with other legitimate uses of the sea.

3. Any Contracting Party which intends to take the decision to issue a permit for the dumping of a disused offshore installation or a disused offshore pipeline placed in the maritime area after 1st January 1998 shall, through the medium of the Commission, inform the other Contracting Parties of its reasons for accepting such dumping, in order to make consultation possible.

4. Each Contracting Party shall keep, and report to the Commission, records of the disused offshore installations and disused offshore pipelines dumped and of the disused offshore installations left in place in accordance with the provisions of this Article, and of the dates, places and methods of dumping.

Article 6

Articles 3 and 5 of this Annex shall not apply in case of force majeure, due to stress of weather or any other cause, when the safety of human life or of an offshore installation is threatened. Such dumping shall be so conducted as to minimise the likelihood of damage to human or marine life and shall immediately be reported to the Commission, together with full details of the circumstances and of the nature and quantities of the matter dumped.

Article 7

The Contracting Parties shall take appropriate measures, both individually and within relevant international organisations, to prevent and eliminate pollution resulting from the abandonment of offshore installations in the maritime area caused by accidents. In the absence of relevant guidance from such international organisations, the measures taken by individual Contracting

n'est immergée et aucune installation offshore désaffectée n'est laissée en place en totalité ou en partie dans la zone maritime sans un permis émanant au cas par cas à cet effet de l'autorité compétente de la Partie contractante concernée. Les Parties contractantes font en sorte que leurs autorités, en accordant ces permis, mettent en oeuvre les décisions, recommandations et tous autres accords pertinents et applicables adoptés en vertu de la Convention.

2. Aucun permis de ce type n'est délivré si les installations offshore désaffectées ou les pipelines offshore désaffectés contiennent des substances qui créent ou sont susceptibles de créer des risques pour la santé de l'homme, des dommages aux ressources vivantes et aux écosystèmes marins, des atteintes aux valeurs d'agrément ou une entrave aux autres utilisations légitimes de la mer.

3. Toute Partie contractante qui a l'intention de prendre la décision d'émettre un permis d'immersion d'une installation désaffectée offshore, ou d'un pipeline désaffecté offshore qui aura été mis en place dans la zone maritime après le 1^{er} janvier 1998, fait connaître aux autres Parties contractantes, par l'intermédiaire de la Commission, les raisons pour lesquelles elle accepte cette immersion, de manière à permettre une consultation.

4. Chaque Partie contractante tient un relevé des installations offshore désaffectées et des pipelines offshore désaffectés qui auront été immergés ainsi que des installations offshore désaffectées qui auront été laissées en place conformément aux dispositions du présent article, de même que des dates, lieux et méthodes d'immersion, et le communique à la Commission.

Article 6

Les articles 3 et 5 de la présente annexe ne s'appliquent pas en cas de force majeure due aux intempéries ou à toute autre cause lorsque la sécurité de la vie humaine ou d'une installation offshore est menacée. Une telle immersion est effectuée de manière à réduire les risques d'atteinte à la vie de l'homme ou à la biote marine et elle est immédiatement signalée à la Commission, avec les renseignements complets sur les circonstances, la nature et les quantités de matières immergées.

Article 7

Les Parties contractantes prennent les mesures appropriées, tant individuellement que dans le cadre des organisations internationales compétentes, en vue de prévenir et de supprimer la pollution résultant de l'abandon dans la zone maritime d'installations offshore à la suite d'accidents. En l'absence d'orientation pertinente de la part de ces organisations internationales, les

tragspartei erteilte Erlaubnis dürfen außer Betrieb genommene Offshore-Anlagen oder Offshore-Rohrleitungen nicht eingebracht und außer Betrieb genommene Offshore-Anlagen nicht vollständig oder teilweise im Meeresgebiet zurückgelassen werden. Die Vertragsparteien stellen sicher, daß ihre Behörden bei der Erteilung solcher Erlaubnisse die einschlägigen anzuwendenden Beschlüsse, Empfehlungen und sonstigen Übereinkünfte durchführen, die aufgrund des Übereinkommens angenommen wurden.

(2) Eine solche Erlaubnis darf nicht erteilt werden, wenn die außer Betrieb genommene Offshore-Anlage oder Offshore-Rohrleitung Stoffe enthält, aus denen sich eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Ressourcen und der Meeresökosysteme, eine Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt oder eine Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres ergeben oder ergeben können.

(3) Jede Vertragspartei, die beabsichtigt, eine Erlaubnis für das Einbringen einer außer Betrieb genommenen Offshore-Anlage oder Offshore-Rohrleitung zu erteilen, die nach dem 1. Januar 1998 in das Meeresgebiet verbracht wurde, teilt den anderen Vertragsparteien über die Kommission die Gründe für die Genehmigung einer solchen Einbringung mit, um eine Konsultation zu ermöglichen.

(4) Jede Vertragspartei führt Unterlagen über die außer Betrieb genommenen Offshore-Anlagen und Offshore-Rohrleitungen, die eingebracht werden und über die außer Betrieb genommenen Offshore-Anlagen, die nach Maßgabe dieses Artikels zurückgelassen werden, sowie über den Zeitpunkt, den Ort und die Methode des Einbringens und übermittelt diese Unterlagen der Kommission.

Artikel 6

Die Artikel 3 und 5 finden keine Anwendung im Fall höherer Gewalt aufgrund von Schlechtwetter oder anderer Ursachen, wenn die Sicherheit von Menschenleben oder einer Offshore-Anlage bedroht ist. Ein solches Einbringen hat so zu erfolgen, daß die Wahrscheinlichkeit von Schäden an menschlichem Leben oder der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres auf ein Mindestmaß beschränkt wird, und ist unter Angabe der näheren Umstände und der Art und Menge der eingebrachten Stoffe sofort der Kommission zu melden.

Artikel 7

Die Vertragsparteien ergreifen sowohl einzeln als auch innerhalb der zuständigen internationalen Organisationen geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung infolge unfallbedingter Aufgabe von Offshore-Anlagen im Meeresgebiet. In Ermangelung einer entsprechenden Orientierungshilfe der genannten internationalen Organisationen sol-

Parties should be based on such guidelines as the Commission may adopt.

Article 8

No placement of a disused offshore installation or a disused offshore pipeline in the maritime area for a purpose other than that for which it was originally designed or constructed shall take place without authorisation or regulation by the competent authority of the relevant Contracting Party. Such authorisation or regulation shall be in accordance with the relevant applicable criteria, guidelines and procedures adopted by the Commission in accordance with subparagraph (d) of Article 10 of this Annex. This provision shall not be taken to permit the dumping of disused offshore installations or disused offshore pipelines in contravention of the provisions of this Annex.

Article 9

1. Each Contracting Party shall issue instructions to its maritime inspection vessels and aircraft and to other appropriate services to report to its authorities any incidents or conditions in the maritime area which give rise to suspicions that a contravention of the provisions of the present Annex has occurred or is about to occur. Any Contracting Party whose authorities receive such a report shall, if it considers it appropriate, accordingly inform any other Contracting Party concerned.

2. Nothing in this Annex shall abridge the sovereign immunity to which certain vessels are entitled under international law.

Article 10

For the purposes of this Annex, it shall, inter alia, be the duty of the Commission:

- (a) to collect information about substances which are used in offshore activities and, on the basis of that information, to agree lists of substances for the purposes of paragraph 1 of Article 4 of this Annex;
- (b) to list substances which are toxic, persistent and liable to bioaccumulate and to draw up plans for the reduction and phasing out of their use on, or discharge from, offshore sources;
- (c) to draw up criteria, guidelines and procedures for the prevention of pollution from dumping of disused offshore installations and of disused offshore pipelines, and the leaving in place of offshore installations, in the maritime area;
- (d) to draw up criteria, guidelines and procedures relating to the placement of dis-

mesures prises individuellement par les Parties contractantes devraient être fondées sur les lignes directrices que la Commission pourra adopter.

Article 8

Aucune installation offshore désaffectée ou aucun pipeline offshore désaffecté n'est déposé dans un but autre que celui pour lequel ils ont été conçus ou construits à l'origine sans une autorisation ou une réglementation émanant de l'autorité compétente de la Partie contractante concernée. Cette autorisation ou cette réglementation est conforme aux critères, lignes directrices et procédures pertinents et applicables adoptés par la Commission conformément à l'alinéa (d) de l'article 10 de la présente annexe. La présente disposition ne peut être interprétée comme autorisant l'immersion d'installations offshore désaffectées ou de pipelines offshore désaffectés en violation des dispositions de la présente annexe.

Article 9

1. Chaque Partie contractante donne instruction aux navires et aéronefs de son inspection maritime ainsi qu'aux autres services compétents, de signaler à ses autorités tous les incidents ou situations survenant dans la zone maritime, qui donnent à penser qu'une infraction aux dispositions de la présente annexe a été commise ou est sur le point de l'être. Toute Partie contractante dont les autorités reçoivent un tel rapport informe en conséquence, si elle le juge approprié, toute autre Partie contractante concernée.

2. Rien dans la présente annexe ne porte atteinte à l'immunité souveraine dont jouissent certains navires en application du droit international.

Article 10

Aux fins de la présente annexe, la Commission a notamment pour mission:

- (a) de recueillir des informations sur les substances utilisées dans le cadre des activités offshore; et en se fondant sur ces informations, d'établir des listes de substances aux fins du paragraphe 1 de l'article 4 de la présente annexe;
- (b) de dresser la liste des substances toxiques, persistantes et susceptibles de bioaccumulation, et de mettre sur pied des plans de réduction ou de cessation de leur utilisation ou de leur rejet par des sources offshore;
- (c) d'arrêter des critères, des lignes directrices et des procédures pour la prévention de la pollution par l'immersion d'installations offshore désaffectées et de pipelines offshore désaffectés, ainsi que par l'abandon *in situ* des installations offshore, dans la zone maritime;
- (d) d'arrêter des critères, des lignes directrices et des procédures relatifs au dépôt

len sich die von den einzelnen Vertragsparteien ergriffenen Maßnahmen auf von der Kommission angenommene Richtlinien stützen.

Artikel 8

Ohne Genehmigung oder Regelung durch die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei darf im Meeresgebiet keine außer Betrieb genommene Offshore-Anlage oder Offshore-Rohrleitung zu einem anderen Zweck abgesetzt werden als dem, zu dem sie ursprünglich vorgesehen oder hergestellt wurde. Diese Genehmigung oder Regelung hat den einschlägigen anzuwendenden Maßstäben, Richtlinien und Verfahren zu entsprechen, welche die Kommission nach Artikel 10 Buchstabe d angenommen hat. Diese Bestimmung darf nicht so ausgelegt werden, als lasse sie das Einbringen von außer Betrieb genommenen Offshore-Anlagen oder Offshore-Rohrleitungen entgegen den Bestimmungen dieser Anlage zu.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei weist ihre Überwachungsschiffe und -luftfahrzeuge sowie ihre sonstigen in Frage kommenden Stellen an, ihren Behörden alle Ereignisse oder Umstände im Meeresgebiet zu melden, die den Verdacht erwecken, daß ein Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Anlage stattgefunden hat oder unmittelbar bevorsteht. Jede Vertragspartei, deren Behörden eine solche Meldung erhalten, unterrichtet, wenn sie es für zweckmäßig hält, jede andere betroffene Vertragspartei.

(2) Diese Anlage läßt die Staatenimmunität unberührt, die bestimmten Schiffen aufgrund des Völkerrechts zusteht.

Artikel 10

Für die Zwecke dieser Anlage hat die Kommission unter anderem die Aufgabe,

- a) Informationen über die bei Offshore-Tätigkeiten verwendeten Stoffe zu sammeln und auf der Grundlage dieser Informationen Stofflisten für die Zwecke des Artikels 4 Absatz 1 zu vereinbaren;
- b) eine Liste von Stoffen aufzustellen, die giftig und beständig sind und zur biologischen Anreicherung neigen, sowie Pläne zur Verringerung und schrittweisen Einstellung ihrer Verwendung auf Offshore-Quellen oder ihrer Einleitung durch Offshore-Quellen zu erarbeiten;
- c) Maßstäbe, Richtlinien und Verfahren zur Verhütung der Verschmutzung durch das Einbringen außer Betrieb genommener Offshore-Anlagen und Offshore-Rohrleitungen sowie durch das Zurücklassen von Offshore-Anlagen im Meeresgebiet zu erarbeiten;
- d) Maßstäbe, Richtlinien und Verfahren hinsichtlich des in Artikel 8 bezeichne-

used offshore installations and disused offshore pipelines referred to in Article 8 of this Annex, with a view to preventing and eliminating pollution.

d'installations offshore désaffectées et de pipelines offshore désaffectés visé à l'article 8 de la présente annexe, en vue de prévenir et de supprimer la pollution.

ten Verbringens außer Betrieb genom-
mener Offshore-Anlagen und Offshore-
Rohrleitungen zu erarbeiten mit dem
Ziel, Verschmutzungen zu verhüten und
zu beseitigen.

Annex IV
On the Assessment of the
Quality of the Marine Environment

Article 1

1. For the purposes of this Annex "monitoring" means the repeated measurement of:

- (a) the quality of the marine environment and each of its compartments, that is, water, sediments and biota;
- (b) activities or natural and anthropogenic inputs which may affect the quality of the marine environment;
- (c) the effects of such activities and inputs.

2. Monitoring may be undertaken either for the purposes of ensuring compliance with the Convention, with the objective of identifying patterns and trends or for research purposes.

Article 2

For the Purposes of this Annex, the Contracting Parties shall:

- (a) cooperate in carrying out monitoring programmes and submit the resulting data to the Commission;
- (b) comply with quality assurance prescriptions and participate in intercalibration exercises;
- (c) use and develop, individually or preferably jointly, other duly validated scientific assessment tools, such as modelling, remote sensing and progressive risk assessment strategies;
- (d) carry out, individually or preferably jointly, research which is considered necessary to assess the quality of the marine environment, and to increase knowledge and scientific understanding of the marine environment and, in particular, of the relationship between inputs, concentration and effects;
- (e) take into account scientific progress which is considered to be useful for such assessment purposes and which has been made elsewhere either on the initiative of individual researchers and research institutions, or through other national and international research programmes or under the auspices of the European Economic Community or other regional economic integration organisations.

Annexe IV
Sur l'évaluation
de la qualité du milieu marin

Article 1

1. Aux fins de la présente annexe l'expression «surveillance continue» désigne la mesure répétée:

- (a) de la qualité du milieu marin et de chacune de ses composantes, à savoir l'eau, les sédiments et la biote;
- (b) des activités ou des apports naturels et anthropogènes qui peuvent porter atteinte à la qualité du milieu marin;
- (c) des effets de ces activités et apports.

2. La surveillance continue peut être entreprise soit afin de se conformer aux engagements pris en vertu de la Convention, afin de définir des profils et des tendances, soit à des fins de recherche.

Article 2

Aux fins de la présente annexe, les Parties contractantes:

- (a) coopèrent dans la réalisation de programmes de surveillance continue et soumettent les données correspondantes à la Commission;
- (b) se conforment aux prescriptions relatives au contrôle de qualité et prennent part à des campagnes d'intercalibration;
- (c) utilisent et mettent au point, individuellement ou de préférence conjointement, d'autres outils d'évaluation scientifique dûment validés, tels que des modèles, des appareils de télédétection, et des stratégies progressives d'évaluation des risques;
- (d) procèdent, individuellement ou de préférence conjointement, aux recherches considérées comme nécessaires à l'évaluation de la qualité du milieu marin et au développement des connaissances et de la compréhension scientifiques du milieu marin et, notamment, du rapport entre les apports, les teneurs et les effets;
- (e) tiennent compte des progrès scientifiques considérés comme utiles à cette évaluation qui sont réalisés ailleurs soit à l'initiative individuelle de chercheurs et d'instituts de recherche, soit par le biais d'autres programmes nationaux et internationaux de recherche, ou sous les auspices de la Communauté Economique Européenne, ou encore dans le cadre d'autres organisations régionales d'intégration économique.

Anlage IV
über die Beurteilung
der Qualität der Meeresumwelt

Artikel 1

(1) Im Sinne dieser Anlage bedeutet „Überwachung“ die wiederholte Messung

- a) der Qualität der Meeresumwelt und jedes ihrer Bestandteile, das heißt des Wassers, der Sedimente und der Lebewesen;
- b) der Tätigkeiten oder der natürlichen und anthropogenen Einträge, welche die Qualität der Meeresumwelt beeinträchtigen können;
- c) der Auswirkungen solcher Tätigkeiten und Einträge.

(2) Die Überwachung kann entweder zur Gewährleistung der Einhaltung des Übereinkommens, um Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen zu erkennen, oder zu Forschungszwecken durchgeführt werden.

Artikel 2

Für die Zwecke dieser Anlage werden die Vertragsparteien

- a) bei der Durchführung von Überwachungsprogrammen zusammenarbeiten und der Kommission die gewonnenen Daten vorlegen;
- b) die Vorschriften zur Qualitätskontrolle einhalten und an Interkalibrierungsunternehmen teilnehmen;
- c) einzeln oder besser gemeinsam weitere ordnungsgemäß validierte Instrumente der wissenschaftlichen Beurteilung wie Modelle, Fernerkundungsmethoden und fortschrittliche Strategien zur Risikobewertung nutzen und entwickeln;
- d) einzeln oder besser gemeinsam Forschungsarbeiten durchführen, die zur Beurteilung der Qualität der Meeresumwelt und zur Weiterentwicklung der Kenntnisse über die Meeresumwelt sowie des wissenschaftlichen Verständnisses für die Meeresumwelt, insbesondere das Verhältnis zwischen Einträgen, Konzentration und Auswirkungen, als notwendig erachtet werden;
- e) die für solche Beurteilungen als nützlich erachteten wissenschaftlichen Fortschritte, die anderswo entweder von Forschern und Forschungsinstituten in Eigeninitiative oder aber im Rahmen anderer nationaler und internationaler Forschungsprogramme oder unter der Schirmherrschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder anderer Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration erzielt wurden, berücksichtigen.

Article 3

For the purposes of this Annex, it shall, inter alia, be the duty of the Commission:

- (a) to define and implement programmes of collaborative monitoring and assessment-related research, to draw up codes of practice for the guidance of participants in carrying out these monitoring programmes and to approve the presentation and interpretation of their results;
- (b) to carry out assessments taking into account the results of relevant monitoring and research and the data relating to inputs of substances or energy into the maritime area which are provided by virtue of other Annexes to the Convention, as well as other relevant information;
- (c) to seek, where appropriate, the advice or services of competent regional organisations and other competent international organisations and competent bodies with a view to incorporating the latest results of scientific research;
- (d) to cooperate with competent regional organisations and other competent international organisations in carrying out quality status assessments.

Article 3

Aux fins de la présente annexe, la Commission a notamment pour mission:

- (a) de définir et de mettre en œuvre des programmes collectifs de recherche portant sur la surveillance continue et l'évaluation, d'élaborer des codes de pratiques destinés à orienter les participants dans la réalisation de ces programmes de surveillance continue, et d'approuver la présentation et l'interprétation de leurs résultats;
- (b) de procéder à des évaluations en tenant compte des résultats de la surveillance continue et des recherches pertinentes et des données relatives aux apports de substances ou d'énergie dans la zone maritime, qui sont prévues par d'autres annexes à la Convention, ainsi que d'autres informations pertinentes;
- (c) d'obtenir, en tant que de besoin, les conseils ou les services d'organisations régionales, d'autres organisations internationales et d'organismes compétents, afin de pouvoir intégrer les derniers résultats des recherches scientifiques;
- (d) de collaborer avec des organisations régionales et d'autres organisations internationales compétentes dans la réalisation des évaluations de l'état de la qualité.

Artikel 3

Für die Zwecke dieser Anlage hat die Kommission unter anderem die Aufgabe,

- a) Programme zur gemeinsamen Überwachung und zur beurteilungsorientierten Forschung festzulegen und anzuwenden, Verfahrensregeln als Orientierungshilfe für die Teilnehmer an der Durchführung dieser Überwachungsprogramme aufzustellen und die Darstellung und Auslegung ihrer Ergebnisse zu genehmigen;
- b) Beurteilungen durchzuführen, wobei die Ergebnisse einschlägiger Überwachungs- und Forschungsarbeiten und die aufgrund anderer Anlagen des Übereinkommens ermittelten Daten betreffend die Einträge von Stoffen oder Energie in das Meeresgebiet sowie andere sachdienliche Informationen zu berücksichtigen sind;
- c) sich gegebenenfalls um den Rat oder die Dienste zuständiger regionaler Organisationen und anderer zuständiger internationaler Organisationen und zuständiger Gremien zu bemühen, um die neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung einbeziehen zu können;
- d) mit zuständigen regionalen Organisationen und anderen zuständigen internationalen Organisationen bei der Durchführung von Qualitätsbeurteilungen zusammenzuarbeiten.

Appendix 1

Criteria for the Definition
of Practices and Techniques
Mentioned in Paragraph 3(h)(i)
of Article 2 of the Convention

Best available techniques

1. The use of the best available techniques shall emphasise the use of non-waste technology, if available.

2. The term "best available techniques" means the latest stage of development (state of the art) of processes, of facilities or of methods of operation which indicate the practical suitability of a particular measure for limiting discharges, emissions and waste. In determining whether a set of processes, facilities and methods of operation constitute the best available techniques in general or individual cases, special consideration shall be given to:

- (a) comparable processes, facilities or methods of operation which have recently been successfully tried out;
- (b) technological advances and changes in scientific knowledge and understanding;
- (c) the economic feasibility of such techniques;
- (d) time limits for installation in both new and existing plants;
- (e) the nature and volume of the discharges and emissions concerned.

3. It therefore follows that what is "best available techniques" for a particular process will change with time in the light of technological advances, economic and social factors, as well as changes in scientific knowledge and understanding.

4. If the reduction of discharges and emissions resulting from the use of best available techniques does not lead to environmentally acceptable results, additional measures have to be applied.

5. "Techniques" include both the technology used and the way in which the installation is designed, built, maintained, operated and dismantled.

Best environmental practice

6. The term "best environmental practice" means the application of the most appropriate combination of environmental control measures and strategies. In making a selection for individual cases, at least the

Appendice 1

Critères de définition
des pratiques et techniques
visées au paragraphe 3(b)(i)
de l'article 2 de la Convention

Meilleures techniques disponibles

1. Dans le recours aux meilleures techniques disponibles, l'accent est mis sur l'utilisation de technologies non productrices de déchets, si elles sont disponibles.

2. L'expression «meilleures techniques disponibles» désigne les tout derniers progrès (état de la technique) dans les procédés, les installations ou les méthodes d'exploitation, permettant de savoir si une mesure donnée de limitation des rejets, des émissions et des déchets est appropriée sur un plan pratique. Pour savoir si une série de procédés, d'installations et de méthodes d'exploitation constitue les meilleures techniques disponibles en général ou dans un cas particulier, une attention particulière est accordée:

- (a) aux procédés, installations ou méthodes d'exploitation comparables, récemment éprouvés et ayant donné de bons résultats;
- (b) aux progrès techniques et à l'évolution des connaissances et de la compréhension scientifiques;
- (c) à la faisabilité économique de ces techniques;
- (d) aux dates limites de mise en service aussi bien dans les installations nouvelles que dans les installations existantes;
- (e) à la nature et au volume des rejets et des émissions en question.

3. Il s'ensuit donc que ce qui constitue «la meilleure technique disponible» dans le cas d'un procédé donné évoluera dans le temps en fonction des progrès techniques, des facteurs économiques et sociaux, ainsi que de l'évolution des connaissances et de la compréhension scientifiques.

4. Si la réduction des rejets et des émissions qui résulte de l'application des meilleures techniques disponibles ne conduit pas à des résultats acceptables sur le plan de l'environnement, des mesures complémentaires doivent être mises en œuvre.

5. Le terme «techniques» désigne aussi bien la technique appliquée que le mode de conception, de construction, d'entretien, d'exploitation et de démontage de l'installation.

Meilleure pratique environnementale

6. L'expression «meilleure pratique environnementale» désigne la mise en œuvre de la combinaison la mieux adaptée de mesures et de stratégies de lutte environnementales. Dans la sélection à opérer

Anhang 1

Maßstäbe für die Festlegung
der in Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe b
Ziffer i des Übereinkommens bezeichneten
Methoden und Techniken

Beste verfügbare Techniken

(1) Bei der Anwendung der besten verfügbaren Techniken liegt der Schwerpunkt auf der Verwendung abfallfreier Technologie, soweit vorhanden.

(2) Der Ausdruck „beste verfügbaren Techniken“ bezeichnet den neuesten Stand der Entwicklung (Stand der Technik) bei Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsmethoden, welche die praktische Eignung einer bestimmten Maßnahme zur Begrenzung von Einleitungen, Emissionen und Abfällen anzeigen. Für die Feststellung, ob eine Reihe von Verfahren, Einrichtungen und Betriebsmethoden die besten verfügbaren Techniken im allgemeinen oder im Einzelfall darstellen, ist insbesondere folgendes zu berücksichtigen:

- a) vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsmethoden, die in jüngster Zeit erfolgreich erprobt wurden;
- b) technische Fortschritte und Veränderungen in den wissenschaftlichen Kenntnissen und dem wissenschaftlichen Verständnis;
- c) die wirtschaftliche Durchführbarkeit solcher Techniken;
- d) Fristen für die Einführung in neuen und vorhandenen Anlagen;

e) Art und Umfang der betreffenden Einleitungen und Emissionen.

(3) Hieraus ergibt sich, daß sich der Inhalt des Ausdrucks „beste verfügbare Techniken“ bei einem bestimmten Verfahren im Lauf der Zeit angesichts technischer Fortschritte, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren sowie von Veränderungen in den wissenschaftlichen Kenntnissen und dem wissenschaftlichen Verständnis ändert.

(4) Führt die Verringerung von Einleitungen und Emissionen durch die Anwendung der besten verfügbaren Techniken nicht zu Ergebnissen, die in bezug auf die Umwelt annehmbar sind, so sind zusätzliche Maßnahmen anzuwenden.

(5) Der Ausdruck „Techniken“ umfaßt sowohl die angewandte Technologie als auch die Art und Weise, in der die Anlage ausgelegt, errichtet, gewartet, betrieben und abgebaut wird.

Beste Umweltpraxis

(6) Der Ausdruck „beste Umweltpraxis“ bezeichnet die Anwendung der geeignetsten Kombination von Kontrollmaßnahmen und Strategien zum Schutz der Umwelt. Bei der Auswahl für den Einzelfall soll zumindest

following graduated range of measures should be considered:

- (a) the provision of information and education to the public and to users about the environmental consequences of choice of particular activities and choice of products, their use and ultimate disposal;
- (b) the development and application of codes of good environmental practice which covers all aspects of the activity in the product's life;
- (c) the mandatory application of labels informing users of environmental risks related to a product, its use and ultimate disposal;
- (d) saving resources, including energy;
- (e) making collection and disposal systems available to the public;
- (f) avoiding the use of hazardous substances or products and the generation of hazardous waste;
- (g) recycling, recovery and re-use;
- (h) the application of economic instruments to activities, products or groups of products;
- (i) establishing a system of licensing, involving a range of restrictions or a ban.

7. In determining what combination of measures constitute best environmental practice, in general or individual cases, particular consideration should be given to:

- (a) the environmental hazard of the product and its production, use and ultimate disposal;
- (b) the substitution by less polluting activities or substances;
- (c) the scale of use;
- (d) the potential environmental benefit or penalty of substitute materials or activities;
- (e) advances and changes in scientific knowledge and understanding;
- (f) time limits for implementation;
- (g) social and economic implications.

8. It therefore follows that best environmental practice for a particular source will change with time in the light of technological advances, economic and social factors, as well as changes in scientific knowledge and understanding.

9. If the reduction of inputs resulting from the use of best environmental practice does not lead to environmentally acceptable re-

dans chacun des cas, l'éventail de mesures progressives énumérées ci-après sera au moins examiné:

- (a) l'information et l'éducation du grand public et des utilisateurs sur les conséquences pour l'environnement, du choix de telle ou telle activité et du choix des produits, de leur utilisation et de leur élimination finale;
- (b) le développement et l'application de codes de bonne pratique environnementale, couvrant tous les aspects de l'activité pendant le cycle de vie du produit;
- (c) un étiquetage obligatoire renseignant les utilisateurs sur les risques pour l'environnement provoqués par un produit, par son utilisation et par son élimination finale;
- (d) l'économie des ressources, notamment les économies d'énergie;
- (e) la mise à la disposition du grand public de systèmes de collecte et d'élimination;
- (f) la limitation de l'utilisation des substances ou des produits dangereux, et de la production des déchets dangereux;
- (g) le recyclage, la récupération et la réutilisation;
- (h) l'application d'instruments économiques aux activités, aux produits ou aux groupes de produits;
- (i) la mise en place d'un système d'autorisation comprenant un éventail de contraintes ou une interdiction.

7. Pour déterminer la combinaison de mesures qui constitue la meilleure pratique environnementale en général ou dans des cas particuliers, une attention particulière sera accordée:

- (a) au risque pour l'environnement causé par le produit et sa fabrication, son utilisation et son élimination finale;
- (b) au remplacement par des activités ou des substances moins polluantes;
- (c) à l'ampleur de la consommation;
- (d) aux avantages ou aux inconvénients potentiels pour l'environnement des matières ou des activités de substitution;
- (e) aux progrès et à l'évolution des connaissances et de la compréhension scientifiques;
- (f) aux délais de mise en œuvre;
- (g) aux conséquences économiques et sociales.

8. Il s'ensuit donc que dans le cas d'une source donnée, la meilleure pratique environnementale évoluera dans le temps en fonction des progrès techniques, des facteurs économiques et sociaux, ainsi que de l'évolution des connaissances et de la compréhension scientifiques.

9. Si la réduction des apports qui résulte du recours à la meilleure pratique environnementale ne conduit pas à des résultats ac-

folgender abgestufter Maßnahmenkatalog geprüft werden:

- a) Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit und der Benutzer über Umweltfolgen, die durch die Wahl bestimmter Tätigkeiten und die Wahl bestimmter Erzeugnisse, deren Verwendung und endgültige Entsorgung entstehen;
- b) Ausarbeitung und Anwendung von Verhaltensvorschriften für eine gute Umweltpraxis, die alle Aspekte der Tätigkeit während der Lebensdauer des Erzeugnisses umfaßt;
- c) zwingend vorgeschriebene Etikettierung mit Hinweisen für den Benutzer auf die Umwelt Risiken eines Erzeugnisses, seiner Verwendung und endgültigen Entsorgung;
- d) Einsparung von Ressourcen einschließlich Energie;
- e) Bereitstellung von Sammel- und Entsorgungssystemen für die Allgemeinheit;
- f) Vermeidung der Verwendung gefährlicher Stoffe oder Erzeugnisse und der Erzeugung gefährlicher Abfälle;
- g) Wiederverwertung, Rückgewinnung und Wiederverwendung;
- h) Anwendung marktwirtschaftlicher Instrumente auf Tätigkeiten, Erzeugnisse oder Gruppen von Erzeugnissen;
- i) Einführung eines Genehmigungssystems, das eine Reihe von Beschränkungen oder ein Verbot umfaßt.

(7) Für die Feststellung, welche Kombination von Maßnahmen im allgemeinen oder im Einzelfall die beste Umweltpraxis darstellt, soll vor allem folgendes berücksichtigt werden:

- a) Umweltgefährdung durch das Erzeugnis, seine Herstellung, seine Verwendung und seine endgültige Entsorgung;
- b) Ersatz durch weniger umweltverschmutzende Tätigkeiten oder Stoffe;
- c) Umfang der Verwendung;
- d) mögliche Vor- oder Nachteile von Ersatzstoffen oder -tätigkeiten für die Umwelt;
- e) Fortschritte und Veränderungen in den wissenschaftlichen Kenntnissen und dem wissenschaftlichen Verständnis;
- f) Fristen für die Durchführung;
- g) soziale und wirtschaftliche Folgen.

(8) Hieraus ergibt sich, daß sich die beste Umweltpraxis für eine bestimmte Quelle im Lauf der Zeit angesichts technischer Fortschritte, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren sowie von Veränderungen in den wissenschaftlichen Kenntnissen und dem wissenschaftlichen Verständnis ändert.

(9) Führt die Verringerung von Einträgen durch die Anwendung der besten Umweltpraxis nicht zu Ergebnissen, die in bezug

sults, additional measures have to be applied and best environmental practice redefined.

ceptables sur le plan de l'environnement, des mesures complémentaires doivent être appliquées et la meilleure pratique environnementale doit être redéfinie.

auf die Umwelt annehmbar sind, so sind zusätzliche Maßnahmen anzuwenden und ist die beste Umweltpraxis neu zu bestimmen.

Appendix 2

Criteria Mentioned in Paragraph 2 of Article 1 of Annex 1 and in Paragraph 2 of Article 2 of Annex III

1. When setting priorities and in assessing the nature and extent of the programmes and measures and their time scales, the Contracting Parties shall use the criteria given below:

- (a) persistency;
- (b) toxicity or other noxious properties;
- (c) tendency to bioaccumulation;
- (d) radioactivity;
- (e) the ratio between observed or (where the results of observations are not yet available) predicted concentrations and no observed effect concentrations;
- (f) anthropogenically caused risk of eutrophication;
- (g) transboundary significance;
- (h) risk of undesirable changes in the marine ecosystem and irreversibility or durability of effects;
- (i) interference with harvesting of sea-foods or with other legitimate uses of the sea;
- (j) effects on the taste and/or smell of products for human consumption from the sea, or effects on smell, colour, transparency or other characteristics of the water in the marine environment;
- (k) distribution pattern (i.e., quantities involved, use pattern and liability to reach the marine environment);
- (l) non-fulfilment of environmental quality objectives.

2. These criteria are not necessarily of equal importance for the consideration of a particular substance or group of substances.

3. The above criteria indicate that substances which shall be subject to programmes and measures include:

- (a) heavy metals and their compounds;
- (b) organohalogen compounds (and substances which may form such compounds in the marine environment);
- (c) organic compounds of phosphorus and silicon;
- (d) biocides such as pesticides, fungicides, herbicides, insecticides, slimicides and

Appendice 2

Critères visés au paragraphe 2 de l'article 1 de l'annexe I et au paragraphe 2 de l'article 2 de l'annexe III

1. Pour fixer les priorités et évaluer la nature et l'ampleur des programmes et des mesures, ainsi que les calendriers correspondants, les Parties contractantes appliquent les critères énumérés ci-dessous:

- (a) persistance;
- (b) toxicité ou autres propriétés nocives;
- (c) tendance à la bioaccumulation;
- (d) radioactivité;
- (e) ratio entre les teneurs observées ou (lorsque les résultats des observations ne sont pas encore disponibles) prévues d'une part, et les teneurs sans effet observé d'autre part;
- (f) risque d'eutrophisation (d'origine) anthropogène;
- (g) importance sur le plan transfrontalier;
- (h) risque de modifications indésirables de l'écosystème marin et irréversibilité ou persistance des effets;
- (i) gêne apportée à la collecte des produits de la mer à usage alimentaire ou à d'autres utilisations légitimes de la mer;
- (j) effets sur le goût et/ou sur l'odeur des produits de la mer destinés à la consommation humaine, ou effets sur l'odeur, la couleur, la transparence ou d'autres caractéristiques de l'eau de mer;
- (k) profil de distribution (autrement dit quantités en cause, profil de consommation et risque d'atteindre le milieu marin);
- (l) non-réalisation des objectifs de qualité environnementale.

2. Dans l'étude d'une substance ou d'un groupe de substances donné, ces critères ne sont pas nécessairement d'égale importance.

3. Les critères mentionnés ci-dessus indiquent que les substances qui feront l'objet de programmes et mesures englobent:

- (a) les métaux lourds et leurs composés;
- (b) les composés organohalogénés (et les substances qui peuvent donner naissance à de tels composés dans le milieu marin);
- (c) les composés organiques du phosphore et du silicium;
- (d) les biocides, tels que les pesticides, fongicides, herbicides, insecticides, pro-

Anhang 2

Maßstäbe, die in Artikel 1 Absatz 2 der Anlage I und Artikel 2 Absatz 2 der Anlage III bezeichnet sind

(1) Bei der Festlegung der Prioritäten und der Bewertung von Art und Umfang der Programme und Maßnahmen sowie der entsprechenden Zeitpläne wenden die Vertragsparteien folgende Maßstäbe an:

- a) Beständigkeit;
- b) Giftigkeit oder sonstige schädliche Eigenschaften;
- c) Neigung zur biologischen Anreicherung;
- d) Radioaktivität;
- e) Verhältnis zwischen den beobachteten oder (falls die Ergebnisse der Beobachtungen noch nicht verfügbar sind) voraussichtlichen Konzentrationen und den Konzentrationen ohne feststellbare Wirkung;
- f) Eutrophierungsgefahr aufgrund menschlicher Tätigkeiten;
- g) grenzüberschreitende Bedeutung;
- h) Gefahr unerwünschter Veränderungen des Meeresökosystems sowie Nichtumkehrbarkeit oder Dauerhaftigkeit der Auswirkungen;
- i) Behinderung des Erntens von Meeresprodukten oder der sonstigen rechtmäßigen Nutzungen des Meeres;
- j) Auswirkungen auf den Geschmack und/oder den Geruch von Erzeugnissen, die für den menschlichen Verzehr aus dem Meer gewonnen werden, oder Auswirkungen auf den Geruch, die Farbe, die Klarheit oder sonstige Eigenschaften des Wassers in der Meeresumwelt;
- k) Verteilungsmechanismen (das heißt betroffene Mengen, Art der Anwendung und des Verbrauchs und Wahrscheinlichkeit des Erreichens der Meeresumwelt);
- l) Nichterreichen der Umweltqualitätsziele.

(2) Diese Maßstäbe sind nicht unbedingt von gleicher Bedeutung für die Prüfung eines bestimmten Stoffes oder einer bestimmten Gruppe von Stoffen.

(3) Aus den obigen Maßstäben ergibt sich, daß unter anderem folgende Stoffe Gegenstand von Programmen und Maßnahmen sein müssen:

- a) Schwermetalle und ihre Verbindungen;
- b) organische Halogenverbindungen (und Stoffe, die in der Meeresumwelt derartige Verbindungen bilden können);
- c) organische Phosphor- und Siliziumverbindungen;
- d) biozide Stoffe wie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel (Fungi-

chemicals used, inter alia, for the preservation of wood, timber, wood pulp, cellulose, paper, hides and textiles:

duits antimoissures, ainsi que les produits chimiques servant, entre autres, à protéger le bois, le bois de construction, la pâte à papier de bois, la cellulose, le papier, les peaux et les textiles;

zide, Herbizide, Insektizide) und Schlammbehandlungsmittel sowie Chemikalien, die unter anderem beim Holzschutz, bei Pulpe, Zellulose, Papier, Häuten und Textilien eingesetzt werden;

(e) oils and hydrocarbons of petroleum origin;

(e) les huiles et les hydrocarbures d'origine pétrolière;

e) aus Erdöl gewonnene Öle und Kohlenwasserstoffe;

(f) nitrogen and phosphorus compounds;

(f) les composés d'azote et de phosphore;

f) Stickstoff- und Phosphorverbindungen;

(g) radioactive substances, including wastes;

(g) les substances radioactives, y compris les déchets;

g) radioaktive Stoffe einschließlich Abfälle;

(h) persistent synthetic materials which may float, remain in suspension or sink.

(h) les matières synthétiques persistantes qui peuvent flotter, rester en suspension ou couler.

h) beständige synthetische Stoffe, die treiben, schweben oder absinken.

**Übereinkommen von 1992
über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets
(Helsinki-Übereinkommen)**

**Convention
on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area, 1992**

(Übersetzung)

The Contracting Parties.

Conscious of the indispensable values of the marine environment of the Baltic Sea Area, its exceptional hydrographic and ecological characteristics and the sensitivity of its living resources to changes in the environment;

Bearing in mind the historical and present economic, social and cultural values of the Baltic Sea Area for the well-being and development of the peoples of that region;

Noting with deep concern the still ongoing pollution of the Baltic Sea Area;

Declaring their firm determination to assure the ecological restoration of the Baltic Sea, ensuring the possibility of self-regeneration of the marine environment and preservation of its ecological balance;

Recognizing that the protection and enhancement of the marine environment of the Baltic Sea Area are tasks that cannot effectively be accomplished by national efforts alone but by close regional co-operation and other appropriate international measures;

Appreciating the achievements in environmental protection within the framework of the 1974 Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area, and the role of the Baltic Marine Environment Protection Commission therein;

Recalling the pertinent provisions and principles of the 1972 Declaration of the Stockholm Conference on the Human Environment and the 1975 Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe (CSCE);

Desiring to enhance co-operation with competent regional organizations such as the International Baltic Sea Fishery Commission established by the 1973 Gdansk Convention on Fishing and Conservation of the Living Resources in the Baltic Sea and the Belts;

Welcoming the Baltic Sea Declaration by the Baltic and other interested States, the European Economic Community and co-operating international financial institutions assembled at Ronneby in 1990, and the Joint Comprehensive Programme aimed at a joint action plan in order to restore the Baltic Sea Area to a sound ecological balance;

Conscious of the importance of transparency and public awareness as well as the work by non-governmental organizations for successful protection of the Baltic Sea Area;

Welcoming the improved opportunities for closer co-operation which have been opened by the recent political developments in Europe on the basis of peaceful co-operation and mutual understanding;

Die Vertragsparteien –

In dem Bewußtsein, daß die Werte der Meeresumwelt des Ostseegebiets unentbehrlich sind, daß seine hydrographischen und ökologischen Merkmale außergewöhnlich sind und daß seine lebenden Schätze auf Veränderungen der Umwelt empfindlich reagieren;

Eingedenk der historischen und der gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Werte des Ostseegebiets für das Wohlergehen und die Entwicklung der Völker dieser Region;

In tiefer Besorgnis über die immer noch anhaltende Verschmutzung des Ostseegebiets;

In Bekundung ihrer festen Entschlossenheit, die ökologische Wiederherstellung der Ostsee zu gewährleisten und dabei die Möglichkeit der Selbsterneuerung der Meeresumwelt und der Wahrung ihres ökologischen Gleichgewichts sicherzustellen;

In der Erkenntnis, daß Schutz und Pflege der Meeresumwelt des Ostseegebiets Aufgaben sind, die nicht allein durch nationale Anstrengungen wirksam erfüllt werden können, sondern eine enge regionale Zusammenarbeit und sonstige geeignete internationale Maßnahmen erfordern;

In Anerkennung der im Rahmen des Übereinkommens von 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets erzielten Leistungen im Umweltschutz und der von der Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets dabei übernommenen Rolle;

Unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen und Grundsätze der Erklärung der Stockholmer Konferenz über die Umwelt des Menschen von 1972 und der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975;

In dem Wunsch, die Zusammenarbeit mit zuständigen regionalen Organisationen zu verbessern, wie etwa der Internationalen Kommission für die Fischerei in der Ostsee, die durch die Danziger Konvention von 1973 über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten gebildet wurde;

Erfreut über die von den baltischen und anderen interessierten Staaten, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den beteiligten internationalen Finanzinstitutionen 1990 in Ronneby angenommene Ostsee-Erklärung sowie über das gemeinsame umfassende Programm, das auf einen gemeinsamen Aktionsplan zur Wiederherstellung eines gesunden ökologischen Gleichgewichts des Ostseegebiets gerichtet ist;

Eingedenk der Bedeutung von Transparenz und öffentlichem Bewußtsein sowie der Arbeit nichtstaatlicher Organisationen für den erfolgreichen Schutz des Ostseegebiets;

Erfreut über die verbesserten Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit, die sich durch die jüngsten politischen Entwicklungen in Europa auf der Grundlage eines friedlichen Miteinanders und gegenseitigen Verständnisses eröffnet haben;

Determined to embody developments in international environmental policy and environmental law into a new Convention to extend, strengthen and modernize the legal regime for the protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area;

Have agreed as follows:

Article 1

Convention Area

This Convention shall apply to the Baltic Sea Area. For the purposes of this Convention the "Baltic Sea Area" shall be the Baltic Sea and the entrance to the Baltic Sea bounded by the parallel of the Skaw in the Skagerrak at 57° 44.43'N. It includes the internal waters, i.e., for the purpose of this Convention waters on the landward side of the base lines from which the breadth of the territorial sea is measured up to the landward limit according to the designation by the Contracting Parties.

A Contracting Party shall, at the time of the deposit of the instrument of ratification, approval or accession inform the Depositary of the designation of its internal waters for the purposes of this Convention.

Article 2

Definitions

For the purposes of this Convention:

1. "Pollution" means introduction by man, directly or indirectly, of substances or energy into the sea, including estuaries, which are liable to create hazards to human health, to harm living resources and marine ecosystems, to cause hindrance to legitimate uses of the sea including fishing, to impair the quality for use of sea water, and to lead to a reduction of amenities;
2. "Pollution from land-based sources" means pollution of the sea by point or diffuse inputs from all sources on land reaching the sea waterborne, airborne or directly from the coast. It includes pollution from any deliberate disposal under the seabed with access from land by tunnel, pipeline or other means;
3. "Ship" means a vessel of any type whatsoever operating in the marine environment and includes hydrofoil boats, air-cushion vehicles, submersibles, floating craft and fixed or floating platforms;
4. a) "Dumping" means:
 - i) any deliberate disposal at sea or into the seabed of wastes or other matter from ships, other man-made structures at sea or aircraft;
 - ii) any deliberate disposal at sea of ships, other man-made structures at sea or aircraft;
- b) "Dumping" does not include:
 - i) the disposal at sea of wastes or other matter incidental to, or derived from the normal operations of ships, other man-made structures at sea or aircraft and their equipment, other than wastes or other matter transported by or to ships, other man-made structures at sea or aircraft, operating for the purpose of disposal of such matter or derived from the treatment of such wastes or other matter on such ships, structures or aircraft;

Entschlossen, Entwicklungen in der internationalen Umweltpolitik und im internationalen Umweltrecht in einem neuen Übereinkommen zu verankern, um dadurch das Rechtssystem zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets zu erweitern, zu verstärken und auf den neuesten Stand zu bringen –

Haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Geltungsbereich des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf das Ostseegebiet. Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck „Ostseegebiet“ die Ostsee und den im Skagerrak durch den Breitengrad von Kap Skagen auf 57° 44,43'N begrenzten Eingang zur Ostsee. Er umfaßt die inneren Gewässer, d. h. im Sinne dieses Übereinkommens die landwärts der Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeers gemessen wird, bis zu der durch die Vertragsparteien festgelegten landwärtigen Grenze gelegenen Gewässer.

Eine Vertragspartei unterrichtet den Verwahrer zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde über die Festlegung ihrer inneren Gewässer für die Zwecke dieses Übereinkommens.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. Der Ausdruck „Verschmutzung“ bezeichnet die unmittelbare oder mittelbare Zuführung von Stoffen oder Energie durch den Menschen ins Meer einschließlich der Flußmündungen, aus der sich eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Ressourcen und der Meeresökosysteme, eine Behinderung der rechtmäßigen Nutzung des Meeres einschließlich der Fischerei, eine Beeinträchtigung des Gebrauchswerts des Meerwassers sowie eine Verringerung der Annehmlichkeiten der Umwelt ergeben können.
2. Der Ausdruck „Verschmutzung vom Lande aus“ bezeichnet die Verschmutzung des Meeres durch punktuelle oder diffuse Einträge aus allen Quellen an Land, die auf dem Wasser- oder Luftweg oder unmittelbar von der Küste aus ins Meer gelangen. Er umfaßt auch die Verschmutzung durch eine vorsätzliche Beseitigung unter dem Meeresboden mit Zugang vom Land aus durch Tunnel, Rohrleitungen oder andere Mittel.
3. Der Ausdruck „Schiff“ bezeichnet ein Fahrzeug jeder Art, das in der Meeresumwelt betrieben wird; er umfaßt Tragflächenboote, Luftkissenfahrzeuge, Unterwassergerät, schwimmendes Gerät und feste oder schwimmende Plattformen.
4. a) Der Ausdruck „Einbringen“ (dumping) bezeichnet
 - i) jede auf See oder in den Meeresboden erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen von Schiffen, sonstigen auf See errichteten Bauwerken oder Luftfahrzeugen aus;
 - ii) jede auf See erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Schiffen, sonstigen auf See errichteten Bauwerken oder Luftfahrzeugen.
- b) Der Ausdruck „Einbringen“ umfaßt nicht
 - i) die auf See erfolgende Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen, sonstigen auf See errichteten Bauwerken oder Luftfahrzeugen sowie mit ihrer Ausrüstung zusammenhängen oder davon herrühren, mit Ausnahme von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die durch zur Beseitigung dieser Stoffe betriebene Schiffe, sonstige auf See errichtete Bauwerke oder Luftfahrzeuge befördert oder auf sie verladen werden, sowie von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die aus der Behandlung solcher Abfälle oder sonstigen Stoffe auf solchen Schiffen, Bauwerken oder Luftfahrzeugen herrühren;

- ii) placement of matter for a purpose other than the mere disposal thereof, provided that such placement is not contrary to the aims of the present Convention;
5. "Incineration" means the deliberate combustion of wastes or other matter at sea for the purpose of their thermal destruction. Activities incidental to the normal operation of ships or other man-made structures are excluded from the scope of this definition;
6. "Oil" means petroleum in any form including crude oil, fuel oil, sludge, oil refuse and refined products;
7. "Harmful substance" means any substance, which, if introduced into the sea, is liable to cause pollution;
8. "Hazardous substance" means any harmful substance which due to its intrinsic properties is persistent, toxic or liable to bioaccumulate;
9. "Pollution incident" means an occurrence or series of occurrences having the same origin, which results or may result in a discharge of oil or other harmful substances and which poses or may pose a threat to the marine environment of the Baltic Sea or to the coastline or related interests of one or more Contracting Parties, and which requires emergency actions or other immediate response;
10. "Regional economic integration organization" means any organization constituted by sovereign states, to which their member states have transferred competence in respect of matters governed by this Convention, including the competence to enter into international agreements in respect of these matters;
11. The "Commission" means the Baltic Marine Environment Protection Commission referred to in Article 19.
- ii) das Absetzen von Stoffen zu einem anderen Zweck als dem der bloßen Beseitigung, sofern es nicht den Zielen dieses Übereinkommens widerspricht.
5. Der Ausdruck „Verbrennung“ bezeichnet das vorsätzliche Verbrennen von Abfällen oder sonstigen Stoffen auf See zum Zweck ihrer thermischen Vernichtung. Tätigkeiten, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen oder sonstigen Bauwerken zusammenhängen, sind von dieser Begriffsbestimmung ausgenommen.
6. Der Ausdruck „Öl“ bezeichnet Erdöl in jeder Form einschließlich Rohöl, Heizöl, Ölschlamm, Ölrückstände und Raffinerieerzeugnisse.
7. Der Ausdruck „Schadstoff“ bezeichnet jeden Stoff der bei Zuführung ins Meer Verschmutzung verursachen kann.
8. Der Ausdruck „gefährlicher Stoff“ bezeichnet jeden Schadstoff, der aufgrund der ihm eigenen Eigenschaften beständig oder giftig ist oder zur biologischen Anreicherung neigt.
9. Der Ausdruck „Verschmutzungsereignis“ bezeichnet einen Zwischenfall oder eine Reihe von Zwischenfällen gleichen Ursprungs, die zu einem Einleiten von Öl oder sonstigen Schadstoffen führen oder führen können und die Meeresumwelt der Ostsee beziehungsweise die Küstenlinie oder damit zusammenhängende Interessen einer oder mehrerer Vertragsparteien bedrohen oder bedrohen können und Sofortmaßnahmen oder andere sofortige Bekämpfungsmaßnahmen erfordern.
10. Der Ausdruck „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“ bezeichnet eine von souveränen Staaten gebildete Organisation, der ihre Mitgliedstaaten Zuständigkeiten in bezug auf die durch dieses Übereinkommen erfaßten Angelegenheiten übertragen haben, einschließlich der Zuständigkeit, in bezug auf diese Angelegenheiten internationale Übereinkünfte zu schließen.
11. Der Ausdruck „Kommission“ bezeichnet die in Artikel 19 genannte Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee.

Article 3

Fundamental principles and obligations

1. The Contracting Parties shall individually or jointly take all appropriate legislative, administrative or other relevant measures to prevent and eliminate pollution in order to promote the ecological restoration of the Baltic Sea Area and the preservation of its ecological balance.
2. The Contracting Parties shall apply the precautionary principle, i.e., to take preventive measures when there is reason to assume that substances or energy introduced, directly or indirectly, into the marine environment may create hazards to human health, harm living resources and marine ecosystems, damage amenities or interfere with other legitimate uses of the sea even when there is no conclusive evidence of a causal relationship between inputs and their alleged effects.
3. In order to prevent and eliminate pollution of the Baltic Sea Area the Contracting Parties shall promote the use of Best Environmental Practice and Best Available Technology. If the reduction of inputs, resulting from the use of Best Environmental Practice and Best Available Technology, as described in Annex II, does not lead to environmentally acceptable results, additional measures shall be applied.
4. The Contracting Parties shall apply the polluter-pays principle.
5. The Contracting Parties shall ensure that measurements and calculations of emissions from point sources to water and air and of inputs from diffuse sources to water and air are carried out in a scientifically appropriate manner in order to assess the state of the marine environment of the Baltic Sea Area and ascertain the

Artikel 3

Wesentliche Grundsätze und Pflichten

- (1) Die Vertragsparteien treffen einzeln oder gemeinsam alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder sonstigen einschlägigen Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung, um die ökologische Wiederherstellung des Ostseegebiets und die Erhaltung seines ökologischen Gleichgewichts zu fördern.
- (2) Die Vertragsparteien wenden das Vorsorgeprinzip an, d. h. sie treffen Verhütungsmaßnahmen, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß unmittelbar oder mittelbar der Meeresumwelt zugeführte Stoffe oder Energie eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Ressourcen und der Meeresökosysteme, eine Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt oder eine Behinderung der sonstigen rechtmäßigen Nutzung des Meeres verursachen können, auch wenn es keinen schlüssigen Beweis für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den Einträgen und ihren angeblichen Auswirkungen gibt.
- (3) Zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung des Ostseegebiets fördern die Vertragsparteien die Anwendung der besten Umweltpaxis und der besten verfügbaren Technologie. Führt die Verringerung der Einträge, die sich aus der Anwendung der besten Umweltpaxis und der besten verfügbaren Technologie im Sinne der Anlage II ergibt, nicht zu Ergebnissen, die für die Umwelt tragbar sind, so werden zusätzliche Maßnahmen ergriffen.
- (4) Die Vertragsparteien wenden das Verursacherprinzip an.
- (5) Die Vertragsparteien stellen sicher, daß die Messungen und Berechnungen von Emissionen aus Punktquellen in das Wasser und in die Luft und von Einträgen aus diffusen Quellen in das Wasser und in die Luft in wissenschaftlich angemessener Weise vorgenommen werden, um den Zustand der Meeresumwelt des

implementation of this Convention.

6. The Contracting Parties shall use their best endeavours to ensure that the implementation of this Convention does not cause transboundary pollution in areas outside the Baltic Sea Area. Furthermore, the relevant measures shall not lead either to unacceptable environmental strains on air quality and the atmosphere or on waters, soil and ground water, to unacceptably harmful or increasing waste disposal, or to increased risks to human health.

Article 4

Application

1. This Convention shall apply to the protection of the marine environment of the Baltic Sea Area which comprises the water-body and the seabed including their living resources and other forms of marine life.

2. Without prejudice to its sovereignty each Contracting Party shall implement the provisions of this Convention within its territorial sea and its internal waters through its national authorities.

3. This Convention shall not apply to any warship, naval auxiliary, military aircraft or other ship and aircraft owned or operated by a state and used, for the time being, only on government non-commercial service. However, each Contracting Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures not impairing the operations or operational capabilities of such ships and aircraft owned or operated by it, that such ships and aircraft act in a manner consistent, so far as is reasonable and practicable, with this Convention.

Article 5

Harmful substances

The Contracting Parties undertake to prevent and eliminate pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area caused by harmful substances from all sources, according to the provisions of this Convention and, to this end, to implement the procedures and measures of Annex I.

Article 6

Principles and obligations concerning pollution from land-based sources

1. The Contracting Parties undertake to prevent and eliminate pollution of the Baltic Sea Area from land-based sources by using, *inter alia*, Best Environmental Practice for all sources and Best Available Technology for point sources. The relevant measures to this end shall be taken by each Contracting Party in the catchment area of the Baltic Sea without prejudice to its sovereignty.

2. The Contracting Parties shall implement the procedures and measures set out in Annex III. To this end they shall, *inter alia*, as appropriate co-operate in the development and adoption of specific programmes, guidelines, standards or regulations concerning emissions and inputs to water and air, environmental quality, and products containing harmful substances and materials and the use thereof.

3. Harmful substances from point sources shall not, except in negligible quantities, be introduced directly or indirectly into the marine environment of the Baltic Sea Area, without a prior special permit, which may be periodically reviewed, issued by the appropriate national authority in accordance with the principles contained in Annex III, Regulation 3. The Contracting Parties shall

Ostseegebiets zu bewerten und die Durchführung dieses Übereinkommens zu überwachen.

(6) Die Vertragsparteien sorgen nach besten Kräften dafür, daß die Durchführung dieses Übereinkommens keine grenzüberschreitende Verschmutzung in Gebieten außerhalb des Ostseegebiets verursacht. Darüber hinaus dürfen die einschlägigen Maßnahmen nicht zu unverhältnismäßigen Umweltbelastungen in Bezug auf die Luftqualität und die Atmosphäre, die Gewässer, den Boden und das Grundwasser, zu unverhältnismäßig schädlicher oder wachsender Abfallentsorgung oder zu erhöhten Gefahren für die Gesundheit des Menschen führen.

Artikel 4

Anwendung

(1) Dieses Übereinkommen betrifft den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets, welche die Wassersäule und den Meeresboden einschließlich ihrer lebenden Ressourcen sowie sonstige Formen der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres umfaßt.

(2) Unbeschadet ihrer Souveränität wendet jede Vertragspartei dieses Übereinkommen innerhalb ihres Küstenmeeres und ihrer inneren Gewässer durch ihre innerstaatlichen Behörden an.

(3) Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe, militärische Luftfahrzeuge oder sonstige einem Staat gehörende oder von ihm betriebene Schiffe und Luftfahrzeuge, die derzeit im Staatsdienst stehen und ausschließlich anderen als Handelszwecken dienen. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete, den Betrieb oder die Betriebsfähigkeit nicht beeinträchtigende Maßnahmen sicher, daß derartige ihr gehörende oder von ihr betriebene Schiffe und Luftfahrzeuge soweit zumutbar und durchführbar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen handeln.

Artikel 5

Schadstoffe

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets durch Schadstoffe aus allen Quellen in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen zu verhüten und zu beseitigen und zu diesem Zweck die in Anlage I aufgeführten Verfahren und Maßnahmen durchzuführen.

Artikel 6

Grundsätze und Pflichten bezüglich der Verschmutzung vom Lande aus

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Verschmutzung des Ostseegebiets vom Lande aus zu verhüten und zu beseitigen, indem sie unter anderem die beste Umweltpolitik für alle Quellen und die beste verfügbare Technologie für Punktquellen anwenden. Die hierfür erforderlichen einschlägigen Maßnahmen werden im Einzugsgebiet der Ostsee von jeder Vertragspartei unbeschadet ihrer Souveränität getroffen.

(2) Die Vertragsparteien führen die in Anlage III aufgeführten Verfahren und Maßnahmen durch. Zu diesem Zweck arbeiten sie unter anderem gegebenenfalls bei der Entwicklung und Annahme besonderer Programme, Richtlinien, Normen oder Vorschriften über Emissionen und Einträge in Wasser und Luft, Umweltqualität sowie Schadstoffe enthaltende Erzeugnisse und Materialien und deren Verwendung zusammen.

(3) Schadstoffe aus Punktquellen dürfen der Meeresumwelt des Ostseegebiets außer in unbedeutenden Mengen nur mit vorheriger besonderer Erlaubnis zugeführt werden; die Erlaubnis wird nach den in Anlage III Regel 3 enthaltenen Grundsätzen von den zuständigen innerstaatlichen Behörden erteilt und regelmäßig überprüft. Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß genehmigte

ensure that authorized emissions to water and air are monitored and controlled.

4. If the input from a watercourse, flowing through the territories of two or more Contracting Parties or forming a boundary between them, is liable to cause pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area, the Contracting Parties concerned shall jointly and, if possible, in co-operation with a third state interested or concerned, take appropriate measures in order to prevent and eliminate such pollution.

Article 7

Environmental impact assessment

1. Whenever an environmental impact assessment of a proposed activity that is likely to cause a significant adverse impact on the marine environment of the Baltic Sea Area is required by international law or supra-national regulations applicable to the Contracting Party of origin, that Contracting Party shall notify the Commission and any Contracting Party which may be affected by a transboundary impact on the Baltic Sea Area.

2. The Contracting Party of origin shall enter into consultations with any Contracting Party which is likely to be affected by such transboundary impact, whenever consultations are required by international law or supra-national regulations applicable to the Contracting Party of origin.

3. Where two or more Contracting Parties share transboundary waters within the catchment area of the Baltic Sea, these Parties shall cooperate to ensure that potential impacts on the marine environment of the Baltic Sea Area are fully investigated within the environmental impact assessment referred to in paragraph 1 of this Article. The Contracting Parties concerned shall jointly take appropriate measures in order to prevent and eliminate pollution including cumulative deleterious effects.

Article 8

Prevention of pollution from ships

1. In order to protect the Baltic Sea Area from pollution from ships, the Contracting Parties shall take measures as set out in Annex IV.

2. The Contracting Parties shall develop and apply uniform requirements for the provision of reception facilities for ship-generated wastes, taking into account, *inter alia*, the special needs of passenger ships operating in the Baltic Sea Area.

Article 9

Pleasure craft

The Contracting Parties shall, in addition to implementing those provisions of this Convention which can appropriately be applied to pleasure craft, take special measures in order to abate harmful effects on the marine environment of the Baltic Sea Area caused by pleasure craft activities. The measures shall, *inter alia*, deal with air pollution, noise and hydrodynamic effects as well as with adequate reception facilities for wastes from pleasure craft.

Article 10

Prohibition of incineration

1. The Contracting Parties shall prohibit incineration in the Baltic Sea Area.

2. Each Contracting Party undertakes to ensure compliance with the provisions of this Article by ships:

Emissionen in das Wasser und in die Luft überwacht und kontrolliert werden.

(4) Kann der Eintrag über einen Wasserlauf, der die Hoheitsgebiete von zwei oder mehr Vertragsparteien durchfließt oder eine Grenze zwischen ihnen bildet, eine Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets verursachen, so ergreifen die betreffenden Vertragsparteien gemeinsam und, wenn möglich, in Zusammenarbeit mit einem interessierten oder betroffenen Drittstaat geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung dieser Verschmutzung.

Artikel 7

Umweltverträglichkeitsprüfung

(1) Wenn aufgrund des Völkerrechts oder einer für die Ursprungs-Vertragspartei geltenden supranationalen Vorschrift eine Umweltverträglichkeitsprüfung für eine beabsichtigte Tätigkeit erforderlich ist, die wahrscheinlich eine erhebliche nachteilige Auswirkung auf die Meeresumwelt des Ostseegebiets haben wird, benachrichtigt diese Vertragspartei die Kommission und jede Vertragspartei, die durch eine grenzüberschreitende Auswirkung auf das Ostseegebiet betroffen sein kann.

(2) Die Ursprungs-Vertragspartei nimmt mit jeder Vertragspartei, die wahrscheinlich von einer derartigen grenzüberschreitenden Auswirkung betroffen ist, Konsultationen auf, wenn aufgrund des Völkerrechts oder einer für die Ursprungs-Vertragspartei geltenden supranationalen Vorschrift Konsultationen erforderlich sind.

(3) Haben zwei oder mehr Vertragsparteien gemeinsame grenzüberschreitende Gewässer im Einzugsgebiet der Ostsee, so arbeiten sie zusammen, um sicherzustellen, daß mögliche Auswirkungen auf die Meeresumwelt des Ostseegebiets durch die in Absatz 1 genannte Umweltverträglichkeitsprüfung umfassend untersucht werden. Die betreffenden Vertragsparteien treffen gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung einschließlich schädlicher kumulativer Wirkungen.

Artikel 8

Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe

(1) Zum Schutz des Ostseegebiets vor Verschmutzung durch Schiffe treffen die Vertragsparteien die in Anlage IV aufgeführten Maßnahmen.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten einheitliche Anforderungen für die Einrichtung von Auffanganlagen für die auf Schiffen erzeugten Abfälle aus und wenden sie an, wobei sie unter anderem die besonderen Erfordernisse von Fahrgastschiffen im Ostseegebiet berücksichtigen.

Artikel 9

Vergnügungsschiffe

Zusätzlich zu der Durchführung derjenigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, die für eine Anwendung auf Vergnügungsschiffe geeignet sind, treffen die Vertragsparteien Sondermaßnahmen zur Bekämpfung schädlicher Auswirkungen auf die Meeresumwelt des Ostseegebiets, die durch den Betrieb von Vergnügungsschiffen verursacht werden. Die Maßnahmen betreffen unter anderem Luftverschmutzung, Lärm und hydrodynamische Auswirkungen sowie angemessene Anlagen zur Aufnahme von Abfällen aus Vergnügungsschiffen.

Artikel 10

Verbot der Verbrennung

(1) Die Vertragsparteien verbieten die Verbrennung im Ostseegebiet.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die Einhaltung dieses Artikels durch Schiffe sicherzustellen,

- a) registered in its territory or flying its flag;
- b) loading, within its territory or territorial sea, matter which is to be incinerated; or
- c) believed to be engaged in incineration within its internal waters and territorial sea.

3. In case of suspected incineration the Contracting Parties shall co-operate in investigating the matter in accordance with Regulation 2 of Annex IV.

Article 11

Prevention of dumping

1. The Contracting Parties shall, subject to exemptions set forth in paragraphs 2 and 4 of this Article, prohibit dumping in the Baltic Sea Area.

2. Dumping of dredged material shall be subject to a prior special permit issued by the appropriate national authority in accordance with the provisions of Annex V.

3. Each Contracting Party undertakes to ensure compliance with the provisions of this Article by ships and aircraft:

- a) registered in its territory or flying its flag;
- b) loading, within its territory or territorial sea, matter which is to be dumped; or
- c) believed to be engaged in dumping within its internal waters and territorial sea.

4. The provisions of this Article shall not apply when the safety of human life or of a ship or aircraft at sea is threatened by the complete destruction or total loss of the ship or aircraft, or in any case which constitutes a danger to human life, if dumping appears to be the only way of averting the threat and if there is every probability that the damage consequent upon such dumping will be less than would otherwise occur. Such dumping shall be so conducted as to minimize the likelihood of damage to human or marine life.

5. Dumping made under the provisions of paragraph 4 of this Article shall be reported and dealt with in accordance with Annex VII and shall be reported forthwith to the Commission in accordance with the provisions of Regulation 4 of Annex V.

6. In case of dumping suspected to be in contravention of the provisions of this Article the Contracting Parties shall co-operate in investigating the matter in accordance with Regulation 2 of Annex IV.

Article 12

Exploration and exploitation of the seabed and its subsoil

1. Each Contracting Party shall take all measures in order to prevent pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area resulting from exploration or exploitation of its part of the seabed and the subsoil thereof or from any associated activities thereon as well as to ensure that adequate preparedness is maintained for immediate response actions against pollution incidents caused by such activities.

2. In order to prevent and eliminate pollution from such activities the Contracting Parties undertake to implement the procedures and measures set out in Annex VI, as far as they are applicable.

- a) die in ihrem Hoheitsgebiet eingetragen sind oder ihre Flagge führen;
- b) die in ihrem Hoheitsgebiet oder ihrem Küstenmeer Stoffe laden, welche verbrannt werden sollen, oder
- c) von denen angenommen wird, daß sie in ihren inneren Gewässern oder ihrem Küstenmeer zur Verbrennung eingesetzt werden.

(3) Besteht der Verdacht auf Verbrennung, so arbeiten die Vertragsparteien bei der Untersuchung der Angelegenheit nach Maßgabe der Anlage IV Regel 2 zusammen.

Artikel 11

Verhütung des Einbringens (dumping)

(1) Die Vertragsparteien verbieten vorbehaltlich der in den Absätzen 2 und 4 aufgeführten Ausnahmen das Einbringen im Ostseegebiet.

(2) Baggergut darf mit vorheriger Sondererlaubnis der zuständigen innerstaatlichen Behörde nach Maßgabe der Anlage V eingebracht werden.

(3) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die Einhaltung dieses Artikels durch Schiffe und Luftfahrzeuge sicherzustellen,

- a) die in ihrem Hoheitsgebiet eingetragen sind oder ihre Flagge führen;
- b) die in ihrem Hoheitsgebiet oder Küstenmeer Stoffe laden, welche eingebracht werden sollen, oder
- c) von denen angenommen wird, daß sie in ihren inneren Gewässern und ihrem Küstenmeer zum Einbringen eingesetzt werden.

(4) Dieser Artikel findet keine Anwendung, wenn der Schutz des menschlichen Lebens oder die Sicherheit eines Schiffes oder Luftfahrzeugs auf See durch die völlige Zerstörung oder den völligen Verlust des Schiffes oder Luftfahrzeugs bedroht ist, oder in Fällen, die eine Gefahr für das menschliche Leben darstellen, wenn das Einbringen die einzige Möglichkeit zur Abwendung der Bedrohung zu sein scheint und wenn der aus dem Einbringen entstehende Schaden aller Wahrscheinlichkeit nach geringer ist als der Schaden, der sonst eintreten würde. Das Einbringen ist so durchzuführen, daß die Wahrscheinlichkeit eines Schadens für das menschliche Leben oder die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres auf ein Mindestmaß beschränkt wird.

(5) Ein nach Absatz 4 erfolgtes Einbringen ist nach Maßgabe der Anlage VII zu melden und zu behandeln sowie nach Maßgabe der Anlage V Regel 4 umgehend der Kommission zu melden.

(6) Besteht der Verdacht auf Einbringen unter Verletzung dieses Artikels, so arbeiten die Vertragsparteien bei der Untersuchung der Angelegenheit nach Maßgabe der Anlage IV Regel 2 zusammen.

Artikel 12

Erforschung und Ausbeutung des Meeresbodens und seines Untergrunds

(1) Jede Vertragspartei trifft alle Maßnahmen, um eine Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets durch die Erforschung oder Ausbeutung ihres Teiles des Meeresbodens und seines Untergrunds oder durch damit zusammenhängende Tätigkeiten zu verhüten und um eine ausreichende Vorbereitung auf sofortige Bekämpfungsmaßnahmen bei Verschmutzungsereignissen sicherzustellen, die durch solche Tätigkeiten verursacht werden.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, zur Verhütung und Beseitigung der durch solche Tätigkeiten verursachten Verschmutzung die in Anlage VI aufgeführten Verfahren und Maßnahmen durchzuführen, soweit diese anwendbar sind.

Article 13**Notification and consultation
on pollution incidents**

1. Whenever a pollution incident in the territory of a Contracting Party is likely to cause pollution to the marine environment of the Baltic Sea Area outside its territory and adjacent maritime area in which it exercises sovereign rights and jurisdiction according to international law, this Contracting Party shall notify without delay such Contracting Parties whose interests are affected or likely to be affected.

2. Whenever deemed necessary by the Contracting Parties referred to in paragraph 1, consultations should take place with a view to preventing, reducing and controlling such pollution.

3. Paragraphs 1 and 2 shall also apply in cases where a Contracting Party has sustained such pollution from the territory of a third state.

Article 14**Co-operation in combating
marine pollution**

The Contracting Parties shall individually and jointly take, as set out in Annex VII, all appropriate measures to maintain adequate ability and to respond to pollution incidents in order to eliminate or minimize the consequences of these incidents to the marine environment of the Baltic Sea Area.

Article 15**Nature conservation and biodiversity**

The Contracting Parties shall individually and jointly take all appropriate measures with respect to the Baltic Sea Area and its coastal ecosystems influenced by the Baltic Sea to conserve natural habitats and biological diversity and to protect ecological processes. Such measures shall also be taken in order to ensure the sustainable use of natural resources within the Baltic Sea Area. To this end, the Contracting Parties shall aim at adopting subsequent instruments containing appropriate guidelines and criteria.

Article 16**Reporting and exchange of information**

1. The Contracting Parties shall report to the Commission at regular intervals on:

- a) the legal, regulatory, or other measures taken for the implementation of the provisions of this Convention, of its Annexes and of recommendations adopted thereunder;
- b) the effectiveness of the measures taken to implement the provisions referred to in sub-paragraph a) of this paragraph; and
- c) problems encountered in the implementation of the provisions referred to in sub-paragraph a) of this paragraph.

2. On the request of a Contracting Party or of the Commission, the Contracting Parties shall provide information on discharge permits, emission data or data on environmental quality, as far as available.

Article 17**Information to the public**

1. The Contracting Parties shall ensure that information is made available to the public on the condition of the Baltic Sea and the waters in its catchment area, measures taken or planned to be taken to prevent and eliminate pollution and the effectiveness of those measures. For this purpose, the Contracting Parties shall

Artikel 13**Unterrichtung und Konsultation
bei Verschmutzungsereignissen**

(1) Führt ein Verschmutzungsereignis im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wahrscheinlich zu einer Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets außerhalb ihres Hoheitsgebiets und des angrenzenden Meeresgebiets, in denen die Vertragspartei nach dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnis ausübt, so unterrichtet die Vertragspartei unverzüglich die Vertragsparteien, deren Interessen berührt sind oder wahrscheinlich berührt werden.

(2) Halten die in Absatz 1 genannten Vertragsparteien es für erforderlich, so sollen Konsultationen zur Verhütung, Verringerung und Überwachung dieser Verschmutzung stattfinden.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auch in den Fällen Anwendung, in denen eine Vertragspartei von einer vom Hoheitsgebiet eines Drittstaats ausgehenden Verschmutzung betroffen ist.

Artikel 14**Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
der Meeresverschmutzung**

Die Vertragsparteien treffen einzeln und gemeinsam nach Anlage VII alle geeigneten Maßnahmen, um ausreichend in der Lage zu sein, Verschmutzungsereignisse zu bekämpfen, damit die Folgen dieser Ereignisse für die Meeresumwelt des Ostseegebiets beseitigt oder auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Artikel 15**Naturschutz und biologische Vielfalt**

Die Vertragsparteien treffen einzeln und gemeinsam alle geeigneten Maßnahmen hinsichtlich des Ostseegebiets und seiner von der Ostsee beeinflussten Küstenökosysteme, um natürliche Lebensräume und die biologische Vielfalt zu erhalten und ökologische Abläufe zu schützen. Sie treffen solche Maßnahmen auch, um die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen im Ostseegebiet zu gewährleisten. Zu diesem Zweck streben die Vertragsparteien die Annahme späterer Übereinkünfte an, die geeignete Richtlinien und Kriterien enthalten.

Artikel 16**Berichterstattung und Informationsaustausch**

(1) Die Vertragsparteien berichten der Kommission in regelmäßigen Zeitabständen

- a) über die gesetzgeberischen, verordnungsrechtlichen oder sonstigen Maßnahmen, die zur Durchführung dieses Übereinkommens, seiner Anlagen und der auf der Grundlage dieses Übereinkommens angenommenen Empfehlungen ergriffen werden,
- b) über die Wirksamkeit der Maßnahmen, die zur Durchführung der unter Buchstabe a genannten Bestimmungen ergriffen werden, und
- c) über die Probleme, die bei der Durchführung der unter Buchstabe a genannten Bestimmungen auftreten.

(2) Auf Ersuchen einer Vertragspartei oder der Kommission stellen die Vertragsparteien Informationen über Einleiterlaubnisse, Emissionsdaten oder Umweltqualitätsdaten zur Verfügung, soweit solche Angaben verfügbar sind.

Artikel 17**Unterrichtung der Öffentlichkeit**

(1) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß die Öffentlichkeit über den Zustand der Ostsee und der Gewässer in ihrem Einzugsgebiet, über bereits ergriffene oder vorgesehene Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Verschmutzung sowie über die Wirksamkeit dieser Maßnahmen unterrichtet wird. Zu

ensure that the following information is made available to the public:

- a) permits issued and the conditions required to be met;
- b) results of water and effluent sampling carried out for the purposes of monitoring and assessment, as well as results of checking compliance with water-quality objectives or permit conditions; and
- c) water-quality objectives.

2. Each Contracting Party shall ensure that this information shall be available to the public at all reasonable times and shall provide members of the public with reasonable facilities for obtaining, on payment of reasonable charges, copies of entries in its registers.

Article 18

Protection of information

1. The provisions of this Convention shall not affect the right or obligation of any Contracting Party under its national law and applicable supra-national regulation to protect information related to intellectual property including industrial and commercial secrecy or national security and the confidentiality of personal data.

2. If a Contracting Party nevertheless decides to supply such protected information to another Contracting Party, the Party receiving such protected information shall respect the confidentiality of the information received and the conditions under which it is supplied, and shall use that information only for the purposes for which it was supplied.

Article 19

Commission

1. The Baltic Marine Environment Protection Commission, referred to as "the Commission", is established for the purposes of this Convention.

2. The Baltic Marine Environment Protection Commission, established pursuant to the Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area of 1974, shall be the Commission.

3. The chairmanship of the Commission shall be given to each Contracting Party in turn in alphabetical order of the names of the Contracting Parties in the English language. The Chairman shall serve for a period of two years, and cannot during the period of chairmanship serve as a representative of the Contracting Party holding the chairmanship. Should the chairman fail to complete his term, the Contracting Party holding the chairmanship shall nominate a successor to remain in office until the term of that Contracting Party expires.

4. Meetings of the Commission shall be held at least once a year upon convocation by the Chairman. Extraordinary meetings shall, upon the request of any Contracting Party endorsed by another Contracting Party, be convened by the Chairman to be held as soon as possible, however, not later than ninety days after the date of submission of the request.

5. Unless otherwise provided under this Convention, the Commission shall take its decisions unanimously.

Article 20

The duties of the Commission

- 1. The duties of the Commission shall be:
 - a) to keep the implementation of this Convention under continuous observation;

diesem Zweck stellen die Vertragsparteien sicher, daß der Öffentlichkeit folgende Informationen zugänglich gemacht werden:

- a) die ausgestellten Erlaubnisse und die damit verknüpften Auflagen;
- b) die Ergebnisse der Entnahme von Gewässer- und Abwasserproben, die zum Zweck der Überwachung und Beurteilung durchgeführt wurde, sowie die Ergebnisse von Überprüfungen, inwieweit die Qualitätsziele für Gewässer erreicht oder die mit der Erlaubnis verknüpften Auflagen eingehalten werden, und
- c) die Qualitätsziele für Gewässer.

(2) Jede Vertragspartei gewährleistet, daß der Öffentlichkeit diese Informationen zu jeder vernünftigen Zeit zugänglich sind, und sorgt für ausreichende Einrichtungen, damit der einzelne gegen Zahlung einer angemessenen Gebühr Kopien der Einträge in die Register der Vertragspartei erhalten kann.

Artikel 18

Schutz von Informationen

(1) Dieses Übereinkommen läßt die Rechte oder Pflichten einer Vertragspartei aufgrund ihres innerstaatlichen Rechts und geltender supranationaler Vorschriften zum Schutz von Informationen im Zusammenhang mit geistigem Eigentum einschließlich Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen oder der nationalen Sicherheit und der Vertraulichkeit personenbezogener Daten unberührt.

(2) Beschließt eine Vertragspartei dennoch, einer anderen Vertragspartei solche geschützten Informationen zu liefern, so hat die Vertragspartei, welche die Informationen erhält, die Vertraulichkeit der Informationen und die Bedingungen, unter denen sie geliefert wurden, zu beachten und die Informationen ausschließlich für die Zwecke zu verwenden, für die sie geliefert wurden.

Artikel 19

Kommission

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird die als „Kommission“ bezeichnete Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee gebildet.

(2) Die Kommission ist die aufgrund des Übereinkommens von 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets gebildete Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee.

(3) Den Vorsitz in der Kommission nehmen die Vertragsparteien abwechselnd in alphabetischer Reihenfolge ihrer Namen in englischer Sprache wahr. Der Vorsitzende nimmt sein Amt für die Dauer von zwei Jahren wahr; während dieser Zeit kann er die Vertragspartei, die den Vorsitz innehat, nicht vertreten. Kann der Vorsitzende sein Amt nicht bis zum Ablauf seiner Amtszeit wahrnehmen, so benennt die Vertragspartei, die den Vorsitz innehat, einen Nachfolger, der im Amt bleibt, solange diese Vertragspartei den Vorsitz führt.

(4) Die Kommission tritt nach Einberufung durch den Vorsitzenden mindestens einmal jährlich zu einer Sitzung zusammen. Außerordentliche Sitzungen werden auf Antrag einer Vertragspartei, der von einer anderen Vertragspartei unterstützt wird, vom Vorsitzenden so bald wie möglich einberufen, spätestens jedoch neunzig Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag gestellt wurde.

(5) Sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, faßt die Kommission ihre Beschlüsse einstimmig.

Artikel 20

Aufgaben der Kommission

- (1) Die Kommission hat die Aufgabe,
 - a) die Durchführung dieses Übereinkommens ständig zu beobachten;

- b) to make recommendations on measures relating to the purposes of this Convention;
- c) to keep under review the contents of this Convention including its Annexes and to recommend to the Contracting Parties such amendments to this Convention including its Annexes as may be required including changes in the lists of substances and materials as well as the adoption of new Annexes;
- d) to define pollution control criteria, objectives for the reduction of pollution, and objectives concerning measures, particularly those described in Annex III;
- e) to promote in close co-operation with appropriate governmental bodies, taking into consideration sub-paragraph f) of this Article, additional measures to protect the marine environment of the Baltic Sea Area and for this purpose:
- i) to receive, process, summarize and disseminate relevant scientific, technological and statistical information from available sources; and
 - ii) to promote scientific and technological research; and
- f) to seek, when appropriate, the services of competent regional and other international organizations to collaborate in scientific and technological research as well as other relevant activities pertinent to the objectives of this Convention.
2. The Commission may assume such other functions as it deems appropriate to further the purposes of this Convention.

Article 21

Administrative provisions for the Commission

1. The working language of the Commission shall be English.
2. The Commission shall adopt its Rules of Procedure.
3. The office of the Commission, known as "the Secretariat", shall be in Helsinki.
4. The Commission shall appoint an Executive Secretary and make provisions for the appointment of such other personnel as may be necessary, and determine the duties, terms and conditions of service of the Executive Secretary.
5. The Executive Secretary shall be the chief administrative official of the Commission and shall perform the functions that are necessary for the administration of this Convention, the work of the Commission and other tasks entrusted to the Executive Secretary by the Commission and its Rules of Procedure.

Article 22

Financial provisions for the Commission

1. The Commission shall adopt its Financial Rules.
2. The Commission shall adopt an annual or biennial budget of proposed expenditures and consider budget estimates for the fiscal period following thereafter.
3. The total amount of the budget, including any supplementary budget adopted by the Commission shall be contributed by the Contracting Parties other than the European Economic Community, in equal parts, unless unanimously decided otherwise by the Commission.
4. The European Economic Community shall contribute no more than 2.5% of the administrative costs to the budget.
5. Each Contracting Party shall pay the expenses related to the participation in the Commission of its representatives, experts and advisers.

Artikel 21

Verwaltungsbestimmungen für die Kommission

- (1) Die Arbeitssprache der Kommission ist Englisch.
- (2) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Das Büro der Kommission, bekannt als „Sekretariat“, befindet sich in Helsinki.
- (4) Die Kommission ernennt einen Exekutivsekretär und trifft Vorkehrungen für die Einstellung des übrigen etwa erforderlichen Personals; sie legt die Aufgaben und Arbeitsbedingungen des Exekutivsekretärs fest.
- (5) Der Exekutivsekretär ist der Leiter der Verwaltung der Kommission; er nimmt die für die Anwendung dieses Übereinkommens erforderlichen Verwaltungsaufgaben sowie die für die Arbeit der Kommission erforderlichen Aufgaben und sonstige ihm durch die Kommission und deren Geschäftsordnung übertragene Aufgaben wahr.

Artikel 22

Finanzielle Bestimmungen für die Kommission

- (1) Die Kommission gibt sich eine Finanzordnung.
- (2) Die Kommission nimmt einen Haushaltsplan der vorgesehenen Ausgaben für ein oder zwei Jahre an und prüft den Haushaltsvoranschlag für die darauffolgende Haushaltsperiode.
- (3) Sofern die Kommission nicht einstimmig etwas anderes beschließt, tragen die Vertragsparteien, ausgenommen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, zu gleichen Teilen die Gesamtsumme des Haushalts einschließlich aller etwa von der Kommission angenommenen zusätzlichen Haushalte.
- (4) Der Beitrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Haushalt beträgt höchstens 2,5 v.H. der Verwaltungskosten.
- (5) Jede Vertragspartei trägt die Ausgaben, die durch Mitwirkung ihrer Vertreter, Sachverständigen und Berater in der Kommission entstehen.

Article 23**Right to vote**

1. Except as provided for in Paragraph 2 of this Article, each Contracting Party shall have one vote in the Commission.

2. The European Economic Community and any other regional economic integration organization, in matters within their competence, shall exercise their right to vote with a number of votes equal to the number of their member states which are Contracting Parties to this Convention. Such organizations shall not exercise their right to vote if their member states exercise theirs, and vice versa.

Article 24**Scientific and technological co-operation**

1. The Contracting Parties undertake directly, or when appropriate through competent regional or other international organizations, to co-operate in the fields of science, technology and other research, and to exchange data and other scientific information for the purposes of this Convention. In order to facilitate research and monitoring activities in the Baltic Sea Area the Contracting Parties undertake to harmonize their policies with respect to permission procedures for conducting such activities.

2. Without prejudice to Article 4, paragraph 2 of this Convention the Contracting Parties undertake directly, or when appropriate, through competent regional or other international organizations, to promote studies and to undertake, support or contribute to programmes aimed at developing methods assessing the nature and extent of pollution, pathways, exposures, risks and remedies in the Baltic Sea Area. In particular, the Contracting Parties undertake to develop alternative methods of treatment, disposal and elimination of such matter and substances that are likely to cause pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area.

3. Without prejudice to Article 4, Paragraph 2 of this Convention the Contracting Parties undertake directly, or when appropriate through competent regional or other international organizations, and, on the basis of the information and data acquired pursuant to paragraphs 1 and 2 of this Article, to co-operate in developing inter-comparable observation methods, in performing baseline studies and in establishing complementary or joint programmes for monitoring.

4. The organization and scope of work connected with the implementation of tasks referred to in the preceding paragraphs should primarily be outlined by the Commission.

Article 25**Responsibility for damage**

The Contracting Parties undertake jointly to develop and accept rules concerning responsibility for damage resulting from acts or omissions in contravention of this Convention, including, *inter alia*, limits of responsibility, criteria and procedures for the determination of liability and available remedies.

Article 26**Settlement of disputes**

1. In case of a dispute between Contracting Parties as to the interpretation or application of this Convention, they should seek a solution by negotiation. If the Parties concerned cannot reach agreement they should seek the good offices of or jointly request mediation by a third Contracting Party, a qualified international

Artikel 23**Stimmrecht**

(1) Sofern in Absatz 2 nichts anderes vorgesehen ist, hat jede Vertragspartei eine Stimme in der Kommission.

(2) Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und jede andere Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration üben in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht mit der Anzahl der Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, welche Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

Artikel 24**Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, unmittelbar oder gegebenenfalls im Rahmen der geeigneten regionalen oder sonstigen internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik und sonstigen Forschung zusammenzuarbeiten und Daten sowie sonstige wissenschaftliche Informationen für die Zwecke dieses Übereinkommens auszutauschen. Um die Forschungs- und Überwachungstätigkeiten im Ostseegebiet zu erleichtern, verpflichten sich die Vertragsparteien, ihr Vorgehen bei Genehmigungsverfahren hinsichtlich der Durchführung solcher Tätigkeiten aufeinander abzustimmen.

(2) Unbeschadet des Artikels 4 Absatz 2 verpflichten sich die Vertragsparteien, unmittelbar oder gegebenenfalls im Rahmen der geeigneten regionalen oder sonstigen Organisationen Studien zu fördern und Programme durchzuführen, zu unterstützen oder daran mitzuwirken, durch die Methoden zur Beurteilung von Art und Umfang der Verschmutzung, ihrer Wege, Angriffsstellen und Gefahren im Ostseegebiet sowie Möglichkeiten der Abhilfe entwickelt werden sollen. Insbesondere verpflichten sich die Vertragsparteien, alternative Methoden der Behandlung, Beseitigung und Ausscheidung von Stoffen zu erarbeiten, die eine Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets verursachen können.

(3) Unbeschadet des Artikels 4 Absatz 2 verpflichten sich die Vertragsparteien unmittelbar oder gegebenenfalls im Rahmen der geeigneten regionalen oder sonstigen internationalen Organisationen und auf der Grundlage der nach den Absätzen 1 und 2 gewonnenen Informationen und Daten bei der Entwicklung untereinander vergleichbarer Beobachtungsmethoden, der Durchführung grundlegender Untersuchungen und der Erstellung einander ergänzender oder gemeinsamer Überwachungsprogramme zusammenzuarbeiten.

(4) Organisation und Umfang der Arbeit im Zusammenhang mit der Durchführung der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Aufgaben sollen in erster Linie von der Kommission festgelegt werden.

Artikel 25**Verantwortlichkeit für Schäden**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemeinsam Vorschriften zu erarbeiten und anzunehmen, welche die Verantwortlichkeit für Schäden aufgrund von Handlungen oder Unterlassungen entgegen diesem Übereinkommen betreffen; darin sind unter anderem die Grenzen der Verantwortlichkeit, die Kriterien und Verfahren für die Festlegung der Haftung sowie die möglichen Rechtsmittel vorzusehen.

Artikel 26**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Bei Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens sollen diese Vertragsparteien eine Lösung auf dem Verhandlungsweg anstreben. Können die betreffenden Parteien keine Einigung erzielen, so sollen sie die guten Dienste einer dritten Vertragspartei, einer

organization or a qualified person.

2. If the Parties concerned have not been able to resolve their dispute through negotiation or have been unable to agree on measures as described above, such disputes shall be, upon common agreement, submitted to an *ad hoc* arbitration tribunal, to a permanent arbitration tribunal, or to the International Court of Justice.

Article 27

Safeguard of certain freedoms

Nothing in this Convention shall be construed as infringing upon the freedom of navigation, fishing, marine scientific research and other legitimate uses of the high seas, as well as upon the right of innocent passage through the territorial sea.

Article 28

Status of Annexes

The Annexes attached to this Convention form an integral part of this Convention.

Article 29

Relation to other Conventions

The provisions of this Convention shall be without prejudice to the rights and obligations of the Contracting Parties under existing and future treaties which further and develop the general principles of the Law of the Sea underlying this Convention and, in particular, provisions concerning the prevention of pollution of the marine environment.

Article 30

Conference for the revision or amendment of the Convention

A conference for the purpose of a general revision of or an amendment to this Convention may be convened with the consent of the Contracting Parties or at the request of the Commission.

Article 31

Amendments to the Articles of the Convention

1. Each Contracting Party may propose amendments to the Articles of this Convention. Any such proposed amendment shall be submitted to the Depositary and communicated by it to all Contracting Parties, which shall inform the Depositary of either their acceptance or rejection of the amendment as soon as possible after receipt of the communication. A proposed amendment shall, at the request of a Contracting Party, be considered in the Commission. In such a case Article 19 paragraph 4 shall apply. If an amendment is adopted by the Commission, the procedure in paragraph 2 of this Article shall apply.

2. The Commission may recommend amendments to the Articles of this Convention. Any such recommended amendment shall be submitted to the Depositary and communicated by it to all Contracting Parties, which shall notify the Depositary of either their acceptance or rejection of the amendment as soon as possible after receipt of the communication.

3. The amendment shall enter into force ninety days after the Depositary has received notifications of acceptance of that amendment from all Contracting Parties.

Article 32

Amendments to the Annexes and the adoption of Annexes

1. Any amendment to the Annexes proposed by a Contracting Party shall be communicated to the other Contracting Parties by

geeigneten internationalen Organisation oder einer geeigneten Persönlichkeit in Anspruch nehmen oder diese gemeinsam um Vermittlung ersuchen.

(2) Waren die betreffenden Parteien nicht in der Lage, ihre Streitigkeit auf dem Verhandlungsweg beizulegen, oder konnten sie sich nicht auf Maßnahmen der oben beschriebenen Art einigen, so werden derartige Streitigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen einem Ad-hoc-Schiedsgericht, einem ständigen Schiedsgericht oder dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt.

Artikel 27

Sicherung bestimmter Freiheiten

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt es die Freiheit der Schifffahrt, der Fischerei, der wissenschaftlichen Meeresforschung und der sonstigen rechtmäßigen Nutzung der Hohen See sowie das Recht der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer.

Artikel 28

Status der Anlagen

Die Anlagen zu diesem Übereinkommen sind Bestandteil des Übereinkommens.

Artikel 29

Verhältnis zu anderen Übereinkünften

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus bestehenden und künftigen Verträgen zur Förderung und Entwicklung der diesem Übereinkommen zugrundeliegenden allgemeinen Grundsätze des Seerechts und insbesondere von Bestimmungen zur Verhütung der Verschmutzung der Meeresumwelt.

Artikel 30

Konferenz zur Revision oder Änderung des Übereinkommens

Mit Zustimmung der Vertragsparteien oder auf Ersuchen der Kommission kann eine Konferenz zur allgemeinen Revision oder zur Änderung dieses Übereinkommens einberufen werden.

Artikel 31

Änderungen der Artikel des Übereinkommens

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen der Artikel dieses Übereinkommens vorschlagen. Jede vorgeschlagene Änderung wird dem Verwahrer vorgelegt und von diesem allen Vertragsparteien mitgeteilt; diese unterrichten den Verwahrer so bald wie möglich nach Eingang der Mitteilung davon, ob sie die Änderung annehmen oder ablehnen. Eine vorgeschlagene Änderung wird auf Ersuchen einer Vertragspartei in der Kommission geprüft. In diesem Fall findet Artikel 19 Absatz 4 Anwendung. Wird eine Änderung von der Kommission angenommen, so findet das Verfahren nach Absatz 2 Anwendung.

(2) Die Kommission kann Änderungen der Artikel dieses Übereinkommens empfehlen. Jede auf diese Weise empfohlene Änderung wird dem Verwahrer vorgelegt und von diesem allen Vertragsparteien mitgeteilt; diese unterrichten den Verwahrer so bald wie möglich nach Eingang der Mitteilung davon, ob sie die Änderung annehmen oder ablehnen.

(3) Die Änderung tritt neunzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem alle Vertragsparteien dem Verwahrer die Annahme der Änderung notifiziert haben.

Artikel 32

Änderungen der Anlagen und Annahme von Anlagen

(1) Jede von einer Vertragspartei vorgeschlagene Änderung der Anlagen wird den anderen Vertragsparteien vom Verwahrer mit-

the Depositary and considered in the Commission. If adopted by the Commission, the amendment shall be communicated to the Contracting Parties and recommended for acceptance.

2. Any amendment to the Annexes recommended by the Commission shall be communicated to the Contracting Parties by the Depositary and recommended for acceptance.

3. Such amendment shall be deemed to have been accepted at the end of a period determined by the Commission unless within that period any one of the Contracting Parties has, by written notification to the Depositary, objected to the amendment. The accepted amendment shall enter into force on a date determined by the Commission. The period determined by the Commission shall be prolonged for an additional period of six months and the date of entry into force of the amendment postponed accordingly, if, in exceptional cases, any Contracting Party informs the Depositary before the expiration of the period determined by the Commission that, although it intends to accept the amendment, the constitutional requirements for such an acceptance are not yet fulfilled.

4. An Annex to this Convention may be adopted in accordance with the provisions of this Article.

Article 33

Reservations

1. The provisions of this Convention shall not be subject to reservations.

2. The provision of paragraph 1 of this Article does not prevent a Contracting Party from suspending for a period not exceeding one year the application of an Annex of this Convention or part thereof or an amendment thereto after the Annex in question or the amendment thereto has entered into force. Any Contracting Party to the 1974 Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area, which upon the entry into force of this Convention, suspends the application of an Annex or part thereof, shall apply the corresponding Annex or part thereof to the 1974 Convention for the period of suspension.

3. If after the entry into force of this Convention a Contracting Party invokes the provisions of paragraph 2 of this Article it shall inform the other Contracting Parties, at the time of the adoption by the Commission of an amendment to an Annex, or a new Annex, of those provisions which will be suspended in accordance with paragraph 2 of this Article.

Article 34

Signature

This Convention shall be open for signature in Helsinki from 9 April 1992 until 9 October 1992 by States and by the European Economic Community participating in the Diplomatic Conference on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area held in Helsinki on 9 April 1992.

Article 35

Ratification, approval and accession

1. This Convention shall be subject to ratification or approval.

2. This Convention shall, after its entry into force, be open for accession by any other State or regional economic integration organization interested in fulfilling the aims and purposes of this Convention, provided that this State or organization is invited by all the Contracting Parties. In the case of limited competence of a regional economic integration organization, the terms and conditions of its participation may be agreed upon between the Commission and the interested organization.

3. The instruments of ratification, approval or accession shall be deposited with the Depositary.

geteilt und in der Kommission geprüft. Nimmt die Kommission die Änderung an, so wird sie den Vertragsparteien mitgeteilt und zur Annahme empfohlen.

(2) Jede von der Kommission empfohlene Änderung der Anlagen wird den Vertragsparteien vom Verwahrer mitgeteilt und zur Annahme empfohlen.

(3) Eine solche Änderung gilt nach Ablauf einer von der Kommission bestimmten Frist als angenommen, sofern nicht innerhalb dieser Frist eine Vertragspartei durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer Einspruch gegen die Änderung erhoben hat. Die angenommene Änderung tritt zu einem von der Kommission bestimmten Zeitpunkt in Kraft. Teilt in Ausnahmefällen eine Vertragspartei vor Ablauf der von der Kommission bestimmten Frist dem Verwahrer mit, daß sie zwar beabsichtige, die Änderung anzunehmen, daß jedoch die verfassungsrechtlichen Erfordernisse für die Annahme noch nicht erfüllt seien, so wird die von der Kommission bestimmte Frist um eine zusätzliche Frist von sechs Monaten verlängert und der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung entsprechend verschoben.

(4) Nach Maßgabe dieses Artikels kann eine Anlage zu diesem Übereinkommen angenommen werden.

Artikel 33

Vorbehalte

(1) Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

(2) Absatz 1 hindert eine Vertragspartei nicht daran, die Anwendung einer Anlage zu diesem Übereinkommen oder eines Teiles oder einer Änderung einer solchen Anlage nach Inkrafttreten der entsprechenden Anlage oder Änderung für höchstens ein Jahr auszusetzen. Jede Vertragspartei des Übereinkommens von 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets, die nach Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens die Anwendung einer Anlage oder eines Teiles davon aussetzt, wendet während der Zeit der Aussetzung die entsprechende Anlage oder den entsprechenden Teil der Anlage des Übereinkommens von 1974 an.

(3) Beruft sich eine Vertragspartei nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens auf Absatz 2, so teilt sie den anderen Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Annahme einer Änderung einer Anlage oder der Annahme einer neuen Anlage durch die Kommission diejenigen Bestimmungen mit, die nach Absatz 2 ausgesetzt werden.

Artikel 34

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt vom 9. April 1992 bis zum 9. Oktober 1992 in Helsinki für die Staaten und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die an der am 9. April 1992 in Helsinki abgehaltenen diplomatischen Konferenz über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets teilgenommen haben, zur Unterzeichnung auf.

Artikel 35

Ratifikation, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung.

(2) Dieses Übereinkommen steht nach seinem Inkrafttreten jedem anderen Staat oder jeder anderen Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die an der Verwirklichung der Ziele und Zwecke dieses Übereinkommens interessiert sind, zum Beitritt offen, sofern dieser Staat oder diese Organisation von allen Vertragsparteien eingeladen wurde. Bei eingeschränkter Zuständigkeit einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration können die Bedingungen ihrer Teilnahme zwischen der Kommission und der interessierten Organisation vereinbart werden.

(3) Die Ratifikations-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

4. The European Economic Community and any other regional economic integration organization which becomes a Contracting Party to this Convention shall in matters within their competence, on their own behalf, exercise the rights and fulfill the responsibilities which this Convention attributes to their member states. In such cases, the member states of these organizations shall not be entitled to exercise such rights individually.

Article 36

Entry into force

1. This Convention shall enter into force two months after the deposit of the instruments of ratification or approval by all signatory States bordering the Baltic Sea and by the European Economic Community.

2. For each State which ratifies or approves this Convention before or after the deposit of the last instrument of ratification or approval referred to in paragraph 1 of this Article, this Convention shall enter into force two months after the date of deposit by such State of its instrument of ratification or approval or on the date of the entry into force of this Convention, whichever is the latest date.

3. For each acceding State or regional economic integration organization this Convention shall enter into force two months after the date of deposit by such State or regional economic integration organization of its instrument of accession.

4. Upon entry into force of this Convention the Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area, signed in Helsinki on 22 March 1974 as amended, shall cease to apply.

5. Notwithstanding paragraph 4 of this Article, amendments to the annexes of the said Convention adopted by the Contracting Parties to the said Convention between the signing of this Convention and its entry into force, shall continue to apply until the corresponding annexes of this Convention have been amended accordingly.

6. Notwithstanding paragraph 4 of this Article, recommendations and decisions adopted under the said Convention shall continue to be applicable to the extent that they are compatible with, or not explicitly terminated by this Convention or any decision adopted thereunder.

Article 37

Withdrawal

1. At any time after the expiry of five years from the date of entry into force of this Convention any Contracting Party may, by giving written notification to the Depositary, withdraw from this Convention. The withdrawal shall take effect for such Contracting Party on the thirtieth day of June of the year which follows the year in which the Depositary was notified of the withdrawal.

2. In case of notification of withdrawal by a Contracting Party the Depositary shall convene a meeting of the Contracting Parties for the purpose of considering the effect of the withdrawal.

Article 38

Depositary

The Government of Finland, acting as Depositary, shall:

- a) notify all Contracting Parties and the Executive Secretary of:
 - i) the signatures;
 - ii) the deposit of any instrument of ratification, approval or accession;
 - iii) any date of entry into force of this Convention;

(4) Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und jede andere Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, üben in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit im eigenen Namen die Rechte aus und erfüllen die Verantwortlichkeiten, die das Übereinkommen ihren Mitgliedstaaten zuweist. In diesen Fällen sind die Mitgliedstaaten dieser Organisationen nicht berechtigt, die Rechte einzeln auszuüben.

Artikel 36

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt zwei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden aller Unterzeichnerstaaten, die Ostsee-Anrainer sind, und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen vor oder nach Hinterlegung der letzten in Absatz 1 bezeichneten Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde ratifiziert oder genehmigt, tritt das Übereinkommen zwei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde durch den Staat oder am Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens in Kraft, je nachdem, welches der spätere Zeitpunkt ist.

(3) Für jeden beitretenden Staat oder jede beitretende Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration tritt dieses Übereinkommen zwei Monate nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde durch den Staat oder die Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft.

(4) Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens tritt das am 22. März 1974 in Helsinki unterzeichnete Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets außer Kraft.

(5) Unbeschadet des Absatzes 4 gelten Änderungen der Anlagen jenes Übereinkommens, die von den Vertragsparteien jenes Übereinkommens zwischen der Unterzeichnung des vorliegenden Übereinkommens und seinem Inkrafttreten angenommen wurden, so lange fort, bis die betreffenden Anlagen des vorliegenden Übereinkommens entsprechend geändert sind.

(6) Unbeschadet des Absatzes 4 gelten Empfehlungen und Beschlüsse, die aufgrund jenes Übereinkommens angenommen wurden, fort, soweit sie mit dem vorliegenden Übereinkommen vereinbar sind oder nicht ausdrücklich durch dieses Übereinkommen oder einen in seinem Rahmen angenommenen Beschluß außer Kraft gesetzt werden.

Artikel 37

Rücktritt

(1) Nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jede Vertragspartei durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer jederzeit von dem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird für diese Vertragspartei am 30. Juni des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem der Rücktritt dem Verwahrer notifiziert wurde.

(2) Notifiziert eine Vertragspartei ihren Rücktritt, so beraumt der Verwahrer eine Sitzung der Vertragsparteien mit dem Ziel an, die Auswirkung des Rücktritts zu prüfen.

Artikel 38

Verwahrer

Die Regierung von Finnland in ihrer Eigenschaft als Verwahrer

- a) notifiziert allen Vertragsparteien und dem Exekutivsekretär
 - i) die Unterzeichnungen;
 - ii) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
 - iii) jedes Inkrafttreten dieses Übereinkommens;

- | | |
|--|--|
| <p>iv) any proposed or recommended amendment to any Article or Annex or the adoption of a new Annex as well as the date on which such amendment or new Annex enters into force;</p> <p>v) any notification, and the date of its receipt, under Articles 31 and 32;</p> <p>vi) any notification of withdrawal and the date on which such withdrawal takes effect;</p> <p>vii) any other act or notification relating to this Convention;</p> <p>b) transmit certified copies of this Convention to acceding States and regional economic integration organizations.</p> | <p>iv) jede vorgeschlagene oder empfohlene Änderung eines Artikels oder einer Anlage oder die Annahme einer neuen Anlage sowie den Zeitpunkt zu dem die Änderung oder die neue Anlage in Kraft tritt;</p> <p>v) jede Notifikation und den Tag ihres Eingangs nach den Artikeln 31 und 32;</p> <p>vi) jede Notifikation eines Rücktritts und den Tag, an dem der Rücktritt wirksam wird;</p> <p>vii) jede sonstige Maßnahme oder Notifikation im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen;</p> <p>b) übermittelt den beitretenen Staaten und den beitretenen Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration beglaubigte Abschriften dieses Übereinkommens.</p> |
|--|--|

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Done at Helsinki, this ninth day of April one thousand nine hundred and ninety two in a single authentic copy in the English language which shall be deposited with the Government of Finland. The Government of Finland shall transmit certified copies to all Signatories.

Geschehen zu Helsinki am 9. April 1992 in einer Urschrift in englischer Sprache, die bei der Regierung von Finnland hinterlegt wird. Die Regierung von Finnland übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften.

Annex I

Harmful substances

Part 1 General Principles

1.0 Introduction

In order to fulfil the requirements of relevant parts of this Convention the following procedure shall be used by the Contracting Parties in identifying and evaluating harmful substances, as defined in Article 2, paragraph 7.

1.1 Criteria on the allocation of substances

The identification and evaluation of substances shall be based on the intrinsic properties of substances, namely:

- persistency;
- toxicity or other noxious properties;
- tendency to bio-accumulation,

as well as on characteristics liable to cause pollution, such as

- the ratio between observed concentrations and concentrations having no observed effect;
- anthropogenically caused risk of eutrophication;
- transboundary or long-range significance;
- risk of undesirable changes in the marine ecosystem and irreversibility or durability of effects;
- radioactivity;
- serious interference with harvesting of sea-foods or with other legitimate uses of the sea;
- distribution pattern (i.e. quantities involved, use pattern and liability to reach the marine environment);
- proven carcinogenic, teratogenic or mutagenic properties in or through the marine environment.

These characteristics are not necessarily of equal importance for the identification and evaluation of a particular substance or group of substances.

1.2 Priority groups of harmful substances.

The Contracting Parties shall, in their preventive measures, give priority to the following groups of substances which are generally recognized as harmful substances:

- a) heavy metals and their compounds;
- b) organohalogen compounds;
- c) organic compounds of phosphorus and tin;
- d) pesticides, such as fungicides, herbicides, insecticides, slimicides and chemicals used for the preservation of wood, timber, wood pulp, cellulose, paper, hides and textiles;
- e) oils and hydrocarbons of petroleum origin;
- f) other organic compounds especially harmful to the marine environment;
- g) nitrogen and phosphorus compounds;
- h) radioactive substances, including wastes;
- i) persistent materials which may float, remain in suspension or sink;
- j) substances which cause serious effects on taste and/or smell of products for human consumption from the sea, or effects on taste, smell, colour, transparency or other characteristics of the water.

Anlage 1

Schadstoffe

Teil 1 Allgemeine Grundsätze

1.0 Einleitung

Um die Vorschriften der einschlägigen Teile dieses Übereinkommens zu erfüllen, wenden die Vertragsparteien zur Bestimmung und Bewertung von Schadstoffen nach Artikel 2 Absatz 7 das folgende Verfahren an:

1.1 Kriterien für die Zuordnung von Stoffen

Die Bestimmung und Bewertung von Stoffen stützt sich auf die den Stoffen eigenen Eigenschaften, nämlich

- Beständigkeit;
- Giftigkeit oder sonstige schädliche Eigenschaften;
- Neigung zu biologischer Anreicherung

sowie die Merkmale, durch die Verschmutzungen verursacht werden können, wie z. B.

- das Verhältnis zwischen den beobachteten Konzentrationen und den Konzentrationen, die keine beobachtete Wirkung aufweisen;
- durch den Menschen verursachte Gefahr der Eutrophierung;
- grenzüberschreitende oder weiträumige Bedeutung;
- Risiko unerwünschter Veränderungen des Meeresökosystems sowie Unumkehrbarkeit oder Dauerhaftigkeit der Wirkungen;
- Radioaktivität;
- schwerwiegende Behinderung des Erntens von Meeresprodukten oder einer sonstigen rechtmäßigen Nutzung des Meeres;
- Verteilungsmuster (d. h. betroffene Mengen, Nutzungsgewohnheiten und Wahrscheinlichkeit, daß die Stoffe in die Meeresumwelt gelangen);
- nachgewiesene karzinogene, teratogene oder mutagene Eigenschaften in der oder durch die Meeresumwelt.

Diese Eigenschaften haben für die Bestimmung und Bewertung eines bestimmten Stoffes oder einer bestimmten Gruppe von Stoffen nicht unbedingt die gleiche Bedeutung.

1.2 Vorrangige Schadstoffgruppen

Die Vertragsparteien achten bei ihren Verhütungsmaßnahmen in erster Linie auf folgende Gruppen von Stoffen, die im allgemeinen als Schadstoffe anerkannt sind:

- a) Schwermetalle und ihre Verbindungen;
- b) organohalogene Verbindungen;
- c) organische Verbindungen von Phosphor und Zinn;
- d) Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel wie etwa Fungizide, Herbizide, Insektizide, Schlammbehandlungsmittel und Chemikalien, die zur Konservierung von Holz, Nutzholz, Holzschliff, Zellulose, Papier, Häuten und Textilien verwendet werden;
- e) aus Erdöl gewonnene Öle und Kohlenwasserstoffe;
- f) sonstige für die Meeresumwelt besonders schädliche organische Verbindungen;
- g) Stickstoff- und Phosphorverbindungen;
- h) radioaktive Stoffe einschließlich Abfällen;
- i) beständiges Material, das treiben, schweben oder absinken kann;
- j) Stoffe, die ernsthafte Auswirkungen auf den Geschmack und/oder Geruch von Erzeugnissen haben, die für den menschlichen Verzehr aus dem Meer gewonnen werden, oder die Auswirkungen auf den Geschmack, den Geruch, die Farbe, die Klarheit oder sonstige Eigenschaften des Wassers haben.

Part 2 Banned substances

In order to protect the Baltic Sea Area from hazardous substances, the Contracting Parties shall prohibit, totally or partially, the use of the following substances or groups of substances in the Baltic Sea Area and its catchment area:

2.1 Substances banned for all final uses, except for drugs

DDT (1,1,1-trichloro-2,2-bis-(chlorophenyl)-ethane) and its derivatives DDE and DDD;

2.2 Substances banned for all uses, except in existing closed system equipment until the end of service life or for research, development and analytical purposes

a) PCB's (polychlorinated biphenyls);

b) PCT's (polychlorinated terphenyls).

2.3 Substances banned for certain applications

Organotin compounds for anti fouling paints for pleasure craft under 25 m and fish net cages.

Part 3 Pesticides

In order to protect the Baltic Sea Area from hazardous substances, the Contracting Parties shall endeavour to minimize and, whenever possible, to ban the use of the following substances as pesticides in the Baltic Sea Area and its catchment area:

	CAS-number
Acrylonitrile	107131
Aldrin	309002
Aramite	140578
Cadmium-compounds	—
Chlordane	57749
Chlordecone	143500
Chlordimeform	6164983
Chloroform	67663
1,2-Dibromoethane	106934
Dieldrin	60571
Endrin	72208
Fluoroacetic acid and derivatives	7664393, 144490
Heptachlor	76448
Isobenzane	297789
Isodrin	465736
Kelevan	4234791
Lead-compounds	—
Mercury-compounds	—
Morfamquat	4636833
Nitrophen	1836755
Pentachlorophenol	87865
Polychlorinated terpenes	8001501
Quintozene	82688
Selenium-compounds	—
2,4,5-T	93765
Toxaphene	8001352

Teil 2 Verbotene Stoffe

Zum Schutz des Ostseegebiets vor gefährlichen Stoffen verbieten die Vertragsparteien im Ostseegebiet und seinem Einzugsgebiet ganz oder teilweise die Verwendung folgender Stoffe oder Gruppen von Stoffen:

2.1 Stoffe, die für alle endgültigen Verwendungszwecke verboten sind, außer für Arzneimittel

DDT [1,1,1-Trichlor-2,2-bis-(chlorphenyl)-ethan] und seine Derivate DDE und DDD.

2.2 Stoffe, die für alle Verwendungszwecke verboten sind, außer in bereits vorhandenen Geräten mit geschlossenen Systemen bis zum Ende ihrer Nutzungsdauer oder für Forschungs-, Entwicklungs- und Analysezwecke

a) PCB (polychlorierte Biphenyle);

b) PCT (polychlorierte Terphenyle).

2.3 Stoffe, die für bestimmte Anwendungen verboten sind Zinnhaltige organische Verbindungen für Schutzfarbe gegen Bewuchs (Antifouling) für Vergnügungsschiffe unter 25 m und Fischnetzkäfige.

Teil 3 Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel

Zum Schutz des Ostseegebiets vor gefährlichen Stoffen bemühen sich die Vertragsparteien, die Verwendung folgender Stoffe als Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im Ostseegebiet und seinem Einzugsgebiet auf ein Mindestmaß zu beschränken und nach Möglichkeit zu verbieten:

	CAS-Nummer
Acrylnitril	107131
Aldrin	309002
Aramit	140578
Bleiverbindungen	—
Cadmiumverbindungen	—
Chlordan	57749
Chlordecone	143500
Chlordimeform	6164983
Chloroform	67663
1,2-Dibromethan	106934
Dieldrin	60571
Endrin	72208
Fluoressigsäure und Derivate	7664393, 144490
Heptachlor	76448
Isobenzan	297789
Isodrin	465736
Kelevan	4234791
Morfamquat	4636833
Nitrophen	1836755
Pentachlorphenol	87865
Polychlorierte Terpene	8001501
Quecksilberverbindungen	—
Quintozen	82688
Selenverbindungen	—
2,4,5-T	93765
Toxaphen	8001352

Annex II**Criteria for the use
of Best Environmental Practice
and Best Available Technology****Regulation 1; General provisions**

1. In accordance with the relevant parts of this Convention the Contracting Parties shall apply the criteria for Best Environmental Practice and Best Available Technology described below.

2. In order to prevent and eliminate pollution the Contracting Parties shall use Best Environmental Practice for all sources and Best Available Technology for point sources, minimizing or eliminating inputs to water and air from all sources by providing control strategies.

Regulation 2; Best Environmental Practice

1. The term "Best Environmental Practice" is taken to mean the application of the most appropriate combination of measures. In selecting for individual cases, at least the following graduated range of measures should be considered:

- provision of information and education to the public and to users about the environmental consequences of choosing particular activities and products, their use and final disposal;
- the development and application of Codes of Good Environmental Practice covering all aspects of activity in the product's life;
- mandatory labels informing the public and users of environmental risks related to a product, its use and final disposal;
- availability of collection and disposal systems;
- saving of resources, including energy;
- recycling, recovery and re-use;
- avoiding the use of hazardous substances and products and the generation of hazardous waste;
- application of economic instruments to activities, products or groups of products and emissions;
- a system of licencing involving a range of restrictions or a ban.

2. In determining in general or individual cases what combination of measures constitute Best Environmental Practice, particular consideration should be given to:

- the precautionary principle;
- the ecological risk associated with the product, its production, use and final disposal;
- avoidance or substitution by less polluting activities or substances;
- scale of use;
- potential environmental benefit or penalty of substitute materials or activities;
- advances and changes in scientific knowledge and understanding;
- time limits for implementation;
- social and economic implications.

Regulation 3; Best Available Technology

1. The term "Best Available Technology" is taken to mean the latest stage of development (state of the art) of processes, of

Anlage II**Kriterien für die Anwendung
der besten Umweltpraxis
und der besten verfügbaren Technologie****Regel 1: Allgemeine Bestimmungen**

(1) In Übereinstimmung mit den entsprechenden Teilen dieses Übereinkommens wenden die Vertragsparteien die im folgenden beschriebenen Kriterien für die beste Umweltpraxis und die besten verfügbaren Technologien an.

(2) Zur Verhütung und Beseitigung von Verschmutzung wenden die Vertragsparteien für alle Quellen die beste Umweltpraxis und für Punktquellen die beste verfügbare Technologie an, wobei durch die Einführung von Überwachungsstrategien Einträge aus allen Quellen in das Wasser oder in die Luft auf ein Mindestmaß beschränkt oder ganz beseitigt werden.

Regel 2: Beste Umweltpraxis

(1) Der Ausdruck „beste Umweltpraxis“ bezeichnet die Anwendung der geeignetsten Kombination von Maßnahmen. Bei der Auswahl für den Einzelfall soll zumindest folgender abgestufter Maßnahmenkatalog geprüft werden:

- Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit und der Benutzer über Umweltfolgen, die durch die Wahl bestimmter Tätigkeiten und Erzeugnisse, deren Verwendung und endgültige Entsorgung entstehen;
- Ausarbeitung und Anwendung von Verhaltensvorschriften für eine gute Umweltpraxis, die alle Aspekte der Tätigkeit während der Lebensdauer eines Erzeugnisses umfaßt;
- zwingend vorgeschriebene Etikettierung mit Hinweisen für die Öffentlichkeit und die Benutzer auf die Umweltrisiken eines Erzeugnisses, seiner Verwendung und endgültigen Entsorgung;
- Bereitstellung von Sammel- und Entsorgungssystemen;
- Einsparung von Ressourcen einschließlich Energie;
- Wiederverwertung, Rückgewinnung und Wiederverwendung;
- Vermeidung der Verwendung gefährlicher Stoffe und gefährlicher Erzeugnisse und der Erzeugung gefährlicher Abfälle;
- Anwendung marktwirtschaftlicher Instrumente auf Tätigkeiten, Erzeugnisse oder Gruppen von Erzeugnissen und Emissionen;
- Einführung eines Genehmigungssystems, das eine Reihe von Beschränkungen oder ein Verbot umfaßt.

(2) Für die Feststellung, welche Kombination von Maßnahmen im allgemeinen oder im Einzelfall die beste Umweltpraxis darstellt, soll vor allem folgendes berücksichtigt werden:

- Vorsorgeprinzip;
- Umweltgefährdung durch das Erzeugnis, seine Herstellung, seine Verwendung und seine endgültige Entsorgung;
- Vermeidung beziehungsweise Ersatz durch weniger verschmutzende Tätigkeiten oder Stoffe;
- Umfang der Verwendung;
- mögliche Vor- oder Nachteile von Ersatzstoffen oder -tätigkeiten für die Umwelt;
- Fortschritte und Veränderungen in den wissenschaftlichen Kenntnissen und dem wissenschaftlichen Verständnis;
- Fristen für die Durchführung;
- soziale und wirtschaftliche Folgen.

Regel 3: Beste verfügbare Technologie

(1) Der Ausdruck „beste verfügbare Technologie“ bezeichnet den neuesten Stand der Entwicklung (Stand der Technik) bei Verfah-

facilities or of methods of operation which indicate the practical suitability of a particular measure for limiting discharges.

2. In determining whether a set of processes, facilities and methods of operation constitute the Best Available Technology in general or individual cases, special consideration should be given to:

- comparable processes, facilities or methods of operation which have recently been successfully tried out;
- technological advances and changes in scientific knowledge and understanding;
- the economic feasibility of such technology;
- time limits for application;
- the nature and volume of the emissions concerned;
- non-waste/low-waste technology;
- the precautionary principle.

Regulation 4; Future developments

It therefore follows that "Best Environmental Practice" and "Best Available Technology" will change with time in the light of technological advances and economic and social factors, as well as changes in scientific knowledge and understanding.

ren, Einrichtungen oder Betriebsmethoden, welche die praktische Eignung einer bestimmten Maßnahme zur Begrenzung des Einleitens anzeigen.

(2) Für die Feststellung, ob eine Reihe von Verfahren, Einrichtungen und Betriebsmethoden die beste verfügbare Technologie im allgemeinen oder im Einzelfall darstellt, ist insbesondere folgendes zu berücksichtigen:

- vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsmethoden, die in jüngster Zeit erfolgreich erprobt wurden;
- technische Fortschritte und Veränderungen in den wissenschaftlichen Kenntnissen und dem wissenschaftlichen Verständnis;
- die wirtschaftliche Durchführbarkeit einer solchen Technologie;
- Fristen für die Anwendung;
- Art und Umfang der betreffenden Emissionen;
- abfallfreie/abfallarme Technologie;
- das Vorsorgeprinzip.

Regel 4: Künftige Entwicklungen

Hieraus ergibt sich, daß sich die „beste Umweltpraxis“ und die „beste verfügbare Technologie“ im Lauf der Zeit angesichts technischer Fortschritte, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren sowie von Veränderungen in den wissenschaftlichen Kenntnissen und dem wissenschaftlichen Verständnis ändern.

Annex III**Criteria and measures
concerning the prevention of pollution
from land-based sources****Regulation 1; General provisions**

In accordance with the relevant parts of this Convention the Contracting Parties shall apply the criteria and measures in this Annex in the whole catchment area and take into account Best Environmental Practice (BEP) and Best Available Technology (BAT) as described in Annex II.

Regulation 2; Specific requirements

1. Municipal sewage water shall be treated at least by biological or other methods equally effective with regard to reduction of significant parameters. Substantial reduction shall be introduced for nutrients.

2. Water management in industrial plants should aim at closed water systems or at a high rate of circulation in order to avoid waste water wherever possible.

3. Industrial waste waters should be separately treated before mixing with diluting waters.

4. Waste waters containing hazardous substances or other relevant substances shall not be jointly treated with other waste waters unless an equal reduction of the pollutant load is achieved compared to the separate purification of each waste water stream. The improvement of waste water quality shall not lead to a significant increase in the amount of harmful sludge.

5. Limit values for emissions containing harmful substances to water and air shall be stated in special permits.

6. Industrial plants and other point sources connected to municipal treatment plants shall use Best Available Technology in order to avoid hazardous substances which cannot be made harmless in the municipal sewage treatment plant or which may disturb the processes in the plant. In addition, measures according to Best Environmental Practice shall be taken.

7. Pollution from fish-farming shall be prevented and eliminated by promoting and implementing Best Environmental Practice and Best Available Technology.

8. Pollution from diffuse sources, including agriculture, shall be eliminated by promoting and implementing Best Environmental Practice.

9. Pesticides used shall comply with the criteria established by the Commission.

Regulation 3; Principles for issuing permits for industrial plants

The Contracting Parties undertake to apply the following principles and procedures when issuing the permits referred to in Article 6, paragraph 3 of this Convention:

1. The operator of the industrial plant shall submit data and information to the appropriate national authority using a form of application. It is recommended that the operator negotiates with the appropriate national authority concerning the data required for the application before submitting the application to the authority (agreement on the scope of required information and surveys).

At least the following data and information shall be included in the application:

General information

– name, branch, location and number of employees.

Anlage III**Kriterien und Maßnahmen
bezüglich der Verhütung der Verschmutzung
vom Lande aus****Regel 1: Allgemeine Bestimmungen**

In Übereinstimmung mit den entsprechenden Teilen dieses Übereinkommens wenden die Vertragsparteien die in dieser Anlage genannten Kriterien und Maßnahmen im gesamten Einzugsgebiet an und berücksichtigen dabei die beste Umweltpraxis und die beste verfügbare Technologie im Sinne der Anlage II.

Regel 2: Besondere Vorschriften

(1) Kommunales Abwasser ist zumindest durch biologische oder andere in bezug auf die Verringerung wichtiger Parameter ebenso wirksam zu behandeln. Bei Nährstoffen ist eine wesentliche Verringerung herbeizuführen.

(2) Bei der Wasserbewirtschaftung in industriellen Anlagen sollen geschlossene Wassersysteme oder eine hohe Rücklaufquote angestrebt werden, damit nach Möglichkeit die Entstehung von Abwasser vermieden wird.

(3) Industrielles Abwasser soll getrennt behandelt werden, bevor es mit Wasser zur Verdünnung gemischt wird.

(4) Abwasser, das gefährliche Stoffe oder entsprechende andere Stoffe enthält, wird nicht zusammen mit anderem Abwasser behandelt, sofern nicht im Vergleich zu einer getrennten Reinigung jedes einzelnen Abwasserstroms eine gleichmäßige Verringerung der Belastung durch Schmutzstoffe erreicht wird. Die Verbesserung der Abwasserqualität darf nicht zu einem bedeutenden Anstieg der Menge an schädlichem Schlamm führen.

(5) In den Sondererlaubnissen werden die Grenzwerte für die Emissionen von Schadstoffen in das Wasser oder in die Luft festgelegt.

(6) Industrieanlagen und andere Punktquellen, die an kommunale Kläranlagen angeschlossen sind, wenden die beste verfügbare Technologie an, um gefährliche Stoffe zu vermeiden, die in kommunalen Kläranlagen nicht unschädlich gemacht werden oder die Vorgänge in den Kläranlagen stören können. Außerdem sind Maßnahmen entsprechend der besten Umweltpraxis zu treffen.

(7) Eine Verschmutzung durch Fischfarmen wird durch Förderung und Anwendung der besten Umweltpraxis und der besten verfügbaren Technologie verhütet und beseitigt.

(8) Eine Verschmutzung aus diffusen Quellen einschließlich der Landwirtschaft wird durch Förderung und Anwendung der besten Umweltpraxis beseitigt.

(9) Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel haben den von der Kommission festgesetzten Kriterien zu entsprechen.

Regel 3: Grundsätze für die Erteilung von Erlaubnissen bei Industrieanlagen

Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Erteilung von Erlaubnissen nach Artikel 6 Absatz 3 folgende Grundsätze und Verfahren anzuwenden:

(1) Der Betreiber einer Industrieanlage legt der zuständigen innerstaatlichen Behörde unter Verwendung eines Antragsvordrucks Daten und Informationen vor. Es wird empfohlen, daß der Betreiber mit der zuständigen innerstaatlichen Behörde die für den Antrag benötigten Angaben abspricht, bevor er der Behörde seinen Antrag einreicht (Vereinbarung über den Umfang der benötigten Informationen und Übersichten).

Der Antrag hat zumindest folgende Angaben und Informationen zu enthalten:

Allgemeine Informationen

– Name, Industriezweig, Ort und Anzahl der Mitarbeiter.

Actual situation and/or planned activities

- site of discharge and/or emission;
- type of production, amount of production and/or processing;
- production processes;
- type and amount of raw materials, agents and/or intermediate products;
- amount and quality of untreated wastewater and raw gas from all relevant sources (e.g. process water, cooling water);
- treatment of wastewater and raw gas with respect to type, process and efficiency of pretreatment and/or final treatment;
- treated wastewater and raw gas with respect to amount and quality at the outlet of the pretreatment and/or final treatment facilities;
- amount and quality of solid and liquid wastes generated during the process and the treatment of wastewater and raw gas;
- treatment of solid and liquid wastes;
- information about measures to prevent process failures and accidental spills;
- present status and possible impact on the environment.

Alternatives and their various impacts concerning, e.g., ecological, economic and safety aspects, if necessary

- other possible production processes;
- other possible raw materials, agents and/or intermediate products;
- other possible treatment technologies.

2. The appropriate national authority shall evaluate the present status and potential impact of the planned activities on the environment.

3. The appropriate national authority issues the permit after comprehensive assessment with special consideration of the above mentioned aspects. At least the following shall be laid down in the permit:

- characterizations of all components (e.g. production capacity) which influence the amount and quality of discharge and/or emissions;
- limit values for amount and quality (load and/or concentration) of direct and indirect discharges and emissions;
- instructions concerning:
 - construction and safety;
 - production processes and/or agents;
 - operation and maintenance of treatment facilities;
 - recovery of materials and substances and waste disposal;
- type and extent of control to be performed by the operator (self-control);
- measures to be taken in case of process failures and accidental spills;
- analytical methods to be used;
- schedule for modernization, retrofitting and investigations done by the operator;
- schedule for reports of the operator on monitoring and/or selfcontrol, retrofitting and investigation measures.

Gegenwärtige Lage und/oder geplante Tätigkeiten

- Ort des Einleitens und/oder der Emission;
- Art der Herstellung, Umfang der Herstellung und/oder der Verarbeitung;
- Herstellungsverfahren;
- Art und Menge der Rohstoffe, Wirkstoffe und/oder Zwischenprodukte;
- Menge und Qualität unbehandelten Abwassers und Rohgases aus allen entsprechenden Quellen (z. B. Prozeßwasser, Kühlwasser);
- Behandlung von Abwasser und Rohgas in Bezug auf Art, Verfahren und Wirksamkeit der Vorbehandlung und/oder Endaufbereitung;
- behandeltes Abwasser und Abgas in Bezug auf Menge und Qualität am Auslaß von Vorbehandlungs- und Endaufbereitungseinrichtungen;
- Menge und Qualität fester und flüssiger Abfälle, die während des Verfahrens und bei der Behandlung von Abwasser und Abgas entstehen;
- Behandlung fester und flüssiger Abfälle;
- Informationen über Maßnahmen zur Verhütung von Betriebsstörungen und unfallbedingten Leckagen;
- gegenwärtiger Zustand und mögliche Auswirkung auf die Umwelt.

Alternativtätigkeiten und gegebenenfalls ihre verschiedenen Auswirkungen z. B. hinsichtlich der Umwelt-, Wirtschafts- und Sicherheitsaspekte

- andere mögliche Herstellungsverfahren;
- andere mögliche Rohstoffe, Wirkstoffe und/oder Zwischenprodukte;
- andere mögliche Aufbereitungstechniken.

(2) Die zuständige innerstaatliche Behörde beurteilt den gegenwärtigen Zustand und die mögliche Auswirkung geplanter Tätigkeiten auf die Umwelt.

(3) Die zuständige innerstaatliche Behörde stellt nach einer umfassenden Prüfung unter besonderer Berücksichtigung der genannten Aspekte eine Erlaubnis aus. In der Erlaubnis wird zumindest folgendes festgelegt:

- Beschreibung aller Faktoren (z. B. Herstellungskapazität), welche die Menge und die Qualität der Einleitungen und/oder Emissionen beeinflussen;
- Grenzwerte für Menge und Qualität (Belastung und/oder Konzentration) mittelbarer und unmittelbarer Einleitungen und Emissionen;
- Auflagen bezüglich
 - Bauweise und Sicherheit;
 - Herstellungsverfahren und/oder Wirkstoffe;
 - Betrieb und Wartung von Aufbereitungsanlagen;
 - Rückgewinnung von Material und Stoffen sowie Abfallentsorgung;
 - Art und Ausmaß der vom Betreiber durchzuführenden Überwachung (Selbstkontrolle);
 - Maßnahmen, die bei Betriebsstörungen und unfallbedingten Leckagen zu ergreifen sind;
 - anzuwendende analytische Methoden;
- Zeitplan für die vom Betreiber vorzunehmende Modernisierung, Nachrüstung und Untersuchung;
- Zeitplan für die Berichte des Betreibers über Überwachungs- und/oder Selbstkontroll-, Nachrüstungs- und Untersuchungsmaßnahmen.

-
- | | |
|--|--|
| <p>4. The appropriate national authority or an independent institution authorized by the appropriate national authority shall:</p> <ul style="list-style-type: none">- inspect the amount and quality of discharges and/or emissions by sampling and analysing;- control the attainment of the permit requirements;- arrange monitoring of the various impacts of wastewater discharges and emissions into the atmosphere;- review the permit when necessary. | <p>(4) Die zuständige innerstaatliche Behörde oder eine von der entsprechenden innerstaatlichen Behörde ermächtigte unabhängige Einrichtung</p> <ul style="list-style-type: none">- prüft Menge und Qualität der Einleitungen und/oder Emissionen durch Probenahmen und Analysen;- überwacht die Einhaltung der in der Erlaubnis festgelegten Auflagen;- sorgt für die Überwachung verschiedener Beeinträchtigungen durch Abwassereinleitungen und Emissionen in die Atmosphäre;- überprüft gegebenenfalls die Erlaubnis. |
|--|--|

Annex IV

Prevention of pollution from ships

Regulation 1; Co-operation

The Contracting Parties shall, in matters concerning the protection of the Baltic Sea Area from pollution by ships, co-operate:

- a) within the International Maritime Organization, in particular in promoting the development of international rules, based, *inter alia*, on the fundamental principles and obligations of this Convention which also includes the promotion of the use of Best Available Technology and Best Environmental Practice as defined in Annex II;
- b) in the effective and harmonized implementation of rules adopted by the International Maritime Organization.

Regulation 2; Assistance in Investigations

The Contracting Parties shall, without prejudice to Article 4, paragraph 3 of this Convention, assist each other as appropriate in investigating violations of the existing legislation on antipollution measures, which have occurred or are suspected to have occurred within the Baltic Sea Area. This assistance may include but is not limited to inspection by the competent authorities of oil record books, cargo record books, log books and engine log books and taking oil samples for analytical identification purposes.

Regulation 3; Definitions

For the purposes of this Annex:

1. "Administration" means the Government of the Contracting Party under whose authority the ship is operating. With respect to a ship entitled to fly a flag of any State, the Administration is the Government of that State. With respect to fixed or floating platforms engaged in exploration and exploitation of the sea-bed and subsoil thereof adjacent to the coast over which the coastal State exercises sovereign rights for the purposes of exploration and exploitation of their natural resources, the Administration is the Government of the coastal State concerned.

- 2. a) "Discharge", in relation to harmful substances or effluents containing such substances, means any release howsoever caused from a ship and includes any escape, disposal, spilling, leaking, pumping, emitting or emptying;
- b) "Discharge" does not include:
 - i) dumping within the meaning of the Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and Other Matter done at London on 29 December 1972; or
 - ii) release of harmful substances directly arising from the exploration, exploitation and associated off-shore processing of sea-bed mineral resources; or
 - iii) release of harmful substances for purposes of legitimate scientific research into pollution abatement or control.

3. The term "from the nearest land" means from the baseline from which the territorial sea of the territory in question is established in accordance with international law.

Anlage IV

Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe

Regel 1: Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten in Angelegenheiten betreffend den Schutz des Ostseegebiets vor Verschmutzung durch Schiffe wie folgt zusammen:

- a) im Rahmen der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, insbesondere bei der Förderung der Weiterentwicklung internationaler Regeln, die sich unter anderem auf die wesentlichen Grundsätze und Verpflichtungen dieses Übereinkommens stützen; dazu gehört auch die Förderung der Anwendung der besten verfügbaren Technologie und der besten Umweltpraxis entsprechend der Begriffsbestimmung in Anlage II;
- b) bei der wirksamen und abgestimmten Durchführung der von der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation beschlossenen Regeln.

Regel 2: Unterstützung bei Untersuchungen

Unbeschadet des Artikels 4 Absatz 3 unterstützen die Vertragsparteien einander in geeigneter Weise bei der Untersuchung von Verstößen gegen die bestehenden Rechtsvorschriften über Maßnahmen zur Verschmutzungsbekämpfung, die innerhalb des Ostseegebiets tatsächlich oder vermutlich vorgekommen sind. Diese Unterstützung kann unter anderem folgendes umfassen: die Einsichtnahme der zuständigen Dienststellen in Örtagebücher, Ladungstagebücher, Schiffs- und Maschinentagebücher sowie die Entnahme von Ölproben für Zwecke der analytischen Bestimmung.

Regel 3: Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- 1. Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung der Vertragspartei, unter deren Hoheitsgewalt das Schiff betrieben wird. Bei einem Schiff, das berechtigt ist, die Flagge eines Staates zu führen, ist die Verwaltung die Regierung dieses Staates. Bei festen oder schwimmenden Plattformen, die zur Erforschung und Ausbeutung des an die Küste angrenzenden Meeresbodens und seines Untergrunds eingesetzt sind, über die der Küstenstaat souveräne Rechte in bezug auf die Erforschung und Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen ausübt, ist die Verwaltung die Regierung des betreffenden Küstenstaats.
- 2. a) Der Ausdruck „Einleiten“ in bezug auf Schadstoffe oder solche Stoffe enthaltende Ausflüsse bezeichnet jedes von einem Schiff aus erfolgende Freisetzen unabhängig von seinem Ursprung; er umfaßt jedes Entweichen, Absetzen, Auslaufen, Lecken, Pumpen, Auswerfen oder Entleeren.
- b) Der Ausdruck „Einleiten“ umfaßt nicht
 - i) das Einbringen im Sinne des Londoner Übereinkommens vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen;
 - ii) das Freisetzen von Schadstoffen, das sich unmittelbar aus der Erforschung, Ausbeutung und der damit zusammenhängenden auf See stattfindenden Verarbeitung von mineralischen Ressourcen des Meeresbodens ergibt, oder
 - iii) das Freisetzen von Schadstoffen für Zwecke der rechtmäßigen wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Bekämpfung oder Überwachung der Verschmutzung.

3. Der Ausdruck „vom nächstgelegenen Land“ bedeutet von der Basislinie aus, von der aus das Küstenmeer des betreffenden Hoheitsgebiets nach dem Völkerrecht bestimmt wird.

4. The term "jurisdiction" shall be interpreted in accordance with international law in force at the time of application or interpretation of this Annex.

5. The term "MARPOL 73/78" means the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973, as modified by the Protocol of 1978 relating thereto.

Regulation 4: Application of the Annexes of MARPOL 73/78

Subject to Regulation 5 the Contracting Parties shall apply the provisions of the Annexes of MARPOL 73/78.

Regulation 5: Sewage

The Contracting Parties shall apply the provisions of paragraphs A to D and F and G of this Regulation on discharge of sewage from ships while operating in the Baltic Sea Area.

A. Definitions

For the purposes of this Regulation:

1. "Sewage" means:

- a) drainage and other wastes from any form of toilets, urinals, and WC scuppers;
- b) drainage from medical premises (dispensary, sick bay, etc.) via wash basins, wash tubs and scuppers located in such premises;
- c) drainage from spaces containing living animals; or
- d) other waste waters when mixed with the drainages defined above.

2. "Holding tank" means a tank used for the collection and storage of sewage.

B. Application

The provisions of this Regulation shall apply to:

- a) ships of 200 tons gross tonnage and above;
- b) ships of less than 200 tons gross tonnage which are certified to carry more than 10 persons;
- c) ships which do not have a measured gross tonnage and are certified to carry more than 10 persons.

C. Discharge of sewage

1. Subject to the provisions of paragraph D of this Regulation, the discharge of sewage into the sea is prohibited, except when:

- a) the ship is discharging comminuted and disinfected sewage using a system approved by the Administration at a distance of more than 4 nautical miles from the nearest land, or sewage which is not comminuted or disinfected at a distance of more than 12 nautical miles from the nearest land, provided that in any case the sewage that has been stored in holding tanks shall not be discharged instantaneously but at a moderate rate when the ship is en route and proceeding at not less than 4 knots; or
- b) the ship has in operation a sewage treatment plant which has been approved by the Administration, and
 - i) the test results of the plant are laid down in a document carried by the ship;
 - ii) additionally, the effluent shall not produce visible floating solids in, nor cause discolouration of the surrounding water.

2. When the sewage is mixed with wastes or waste water having different discharge requirements, the more stringent requirements shall apply.

4. Der Ausdruck „Hoheitsbereich“ ist nach dem zur Zeit der Anwendung oder Auslegung dieser Anlage geltenden Völkerrecht auszulegen.

5. Der Ausdruck „MARPOL 73/78“ bezeichnet das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 zu dem Übereinkommen.

Regel 4: Anwendung der Anlagen zu MARPOL 73/78

Vorbehaltlich der Regel 5 wenden die Vertragsparteien die Bestimmungen der Anlagen zu MARPOL 73/78 an.

Regel 5: Abwasser

Die Vertragsparteien wenden die Abschnitte A bis D und F bis G auf das Einleiten von Abwasser aus Schiffen während der Fahrt im Ostseegebiet an.

A. Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Regel haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. Der Ausdruck „Abwasser“ bezeichnet

- a) Ablauf und sonstigen Abfall aus jeder Art von Toilette, Pissoir und WC-Speigatt;
- b) Ablauf aus dem Sanitätsbereich (Apotheke, Hospital usw.) durch in diesem Bereich gelegene Waschbecken, Waschwan- nen und Speigatte;
- c) Ablauf aus Räumen, in denen sich lebende Tiere befinden, oder
- d) sonstiges Schmutzwasser, wenn es mit einem der vorstehend definierten Abläufe gemischt ist.

2. Der Ausdruck „Sammeltank“ bezeichnet einen Tank, der zum Sammeln und zur Aufbewahrung von Abwasser verwendet wird.

B. Anwendung

Diese Regel gilt

- a) für Schiffe mit einem Bruttoreaumgehalt von 200 und mehr RT;
- b) für Schiffe mit einem Bruttoreumgehalt von weniger als 200 RT, die für eine Beförderung von mehr als 10 Personen zugelassen sind;
- c) für Schiffe, die keinen vermessenen Bruttoreumgehalt haben und die für eine Beförderung von mehr als 10 Personen zugelassen sind.

C. Einleiten von Abwasser

(1) Vorbehaltlich des Abschnitts D ist das Einleiten von Abwasser ins Meer verboten, es sei denn,

- a) daß das Schiff durch eine von der Verwaltung zugelassene Anlage mechanisch behandeltes und desinfiziertes Abwasser in einer Entfernung von mehr als 4 Seemeilen vom nächstge- legenen Land einleitet oder nicht mechanisch behandeltes oder desinfiziertes Abwasser in einer Entfernung von mehr als 12 Seemeilen vom nächstgelegenen Land einleitet, sofern das Abwasser, das in Sammel tanks aufbewahrt worden ist, jeweils nicht auf einmal, sondern mit einer mäßigen Rate eingeleitet wird, während das Schiff mit einer Geschwindigkeit von min- destens 4 Knoten auf seinem Kurs fährt, oder
- b) daß das Schiff eine Abwasser-Aufbereitungsanlage betreibt, die von der Verwaltung zugelassen ist, und
 - i) die Testergebnisse der Anlage in einem auf dem Schiff mitgeführten Schriftstück vermerkt sind,
 - ii) außerdem der Ausfluß in dem das Schiff umgebenden Wasser keine schwimmenden Festkörper sichtbar werden läßt und keine Verfärbung dieses Wassers hervorruft.

(2) Ist das Abwasser mit Abfällen oder Schmutzwasser vermischt, für die andere Einleitvorschriften gelten, so finden die strengeren Vorschriften Anwendung.

D. Exceptions

Paragraph C of this Regulation shall not apply to:

- a) the discharge of sewage from a ship necessary for the purpose of securing the safety of a ship and those on board or saving life at sea; or
- b) the discharge of sewage resulting from damage to a ship or its equipment if all reasonable precautions have been taken before and after the occurrence of the damage for the purpose of preventing or minimizing the discharge.

E. Reception facilities

1. Each Contracting Party undertakes to ensure the provision of facilities at its ports and terminals of the Baltic Sea Area for the reception of sewage, without causing undue delay to ships, adequate to meet the needs of the ships using them.

2. To enable pipes of reception facilities to be connected with the ship's discharge pipeline, both lines shall be fitted with a standard discharge connection in accordance with the following table:

**Standard dimensions
of flanges for discharge connections**

Description	Dimension
Outside diameter	210 mm
Inner diameter	According to pipe outside diameter
Bolt circle diameter	170 mm
Slots in flange	4 holes 18 mm in diameter equidistantly placed on a bolt circle of the above diameter, slotted to the flange periphery. The slot width to be 18 mm
Flange thickness	16 mm
Bolts and nuts: quantity and diameter	4, each of 16 mm in diameter and of suitable length

The flange is designed to accept pipes up to a maximum internal diameter of 100 mm and shall be of steel or other equivalent material having a flat face. This flange, together with a suitable gasket, shall be suitable for a service pressure of 6 kg/cm².

For ships having a moulded depth of 5 meters and less, the inner diameter of the discharge connection may be 38 millimetres.

F. Surveys

1. Ships which are engaged in international voyages in the Baltic Sea Area shall be subject to surveys as specified below:

- a) An initial survey before the ship is put into service or before the Certificate required under paragraph G of this Regulation is issued for the first time including a survey of the ship which shall be such as to ensure that:

D. Ausnahmen

Absatz C gilt nicht

- a) für das Einleiten von Abwasser aus einem Schiffe wenn das Einleiten aus Gründen der Sicherheit des Schiffes und der an Bord befindlichen Personen oder zur Rettung von Menschenleben auf See erforderlich ist, oder
- b) für das Einleiten von Abwasser infolge der Beschädigung eines Schiffes oder seiner Ausrüstung, wenn vor und nach dem Eintritt des Schadens alle angemessenen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um das Einleiten zu verhüten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken.

E. Auffanganlagen

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in ihren Häfen und an ihren Umschlagplätzen im Ostseegebiet für die Einrichtung von Anlagen zu sorgen, die Abwasser aufnehmen, ohne eine unangemessene Verzögerung für die Schiffe zu verursachen, und die ausreichen, um den Erfordernissen der sie in Anspruch nehmenden Schiffe zu genügen.

(2) Damit die Rohrleitungen der Auffanganlagen mit der Abflußleitung des Schiffes verbunden werden können, sind beide Leitungen mit einem genormten Abflußanschluß nach der nachstehenden Tabelle auszustatten:

**Normabmessungen
der Flansche für Abflußanschlüsse**

Beschreibung	Abmessung
Außendurchmesser	210 mm
Innendurchmesser	entsprechend dem Außendurchmesser des Rohres
Schraubenkreisdurchmesser	170 mm
Öffnungen im Flansch	4 Löcher, jedes mit 18 mm Durchmesser, die auf einem Schraubenkreis mit dem genannten Durchmesser in gleichem Abstand voneinander angeordnet und zum äußeren Rand des Flansches offen sind. Die Breite der Öffnung beträgt 18 mm.
Flanschdicke	16 mm
Schrauben und Muttern: Menge und Durchmesser	4, jede mit 16 mm Durchmesser und geeigneter Länge

Der Flansch ist so konstruiert, daß er für Rohre bis zu einem Innendurchmesser von 100 mm geeignet ist; er muß aus Stahl oder einem anderen gleichwertigen Werkstoff mit glatter Oberfläche sein. Dieser Flansch zusammen mit einem geeigneten Dichtungsring muß für einen Betriebsdruck von 6 kg/cm² geeignet sein.

Bei Schiffen mit einer Seitenhöhe von 5 Meter und weniger kann der Innendurchmesser des Abflußanschlusses 38 Millimeter betragen.

F. Besichtigungen

(1) Schiffe, die im Ostseegebiet in der Auslandsfahrt eingesetzt sind, unterliegen den nachstehend bezeichneten Besichtigungen:

- a) einer erstmaligen Besichtigung, bevor das Schiff in Dienst gestellt wird oder bevor das nach Abschnitt G erforderliche Zeugnis zum ersten Mal ausgestellt wird; diese Besichtigung muß folgendes sicherstellen:

- i) when the ship is equipped with a sewage treatment plant the plant shall meet operational requirements based on the standards and test methods recommended by the Commission and shall be approved by the Administration;
- ii) when the ship is fitted with a system to comminute and disinfect the sewage, such system shall meet operational requirements based on the standards and test methods recommended by the Commission and shall be approved by the Administration;
- iii) when the ship is equipped with a holding tank the capacity of such tank shall be to the satisfaction of the Administration for the retention of all sewage, having regard to the operation of the ship, the number of persons on board and other relevant factors. The holding tank shall meet operational requirements based on the standards and test methods recommended by the Commission and shall be approved by the Administration; and
- iv) the ship is equipped with a pipeline to discharge sewage to a reception facility. The pipeline should be fitted with a standard shore connection in accordance with paragraph E, or for ships in dedicated trades, alternatively with other standards which can be accepted by the Administration such as quick connection couplings.

This survey shall be such as to ensure that equipment, fittings, arrangements and materials fully comply with the applicable requirements of this Regulation.

The Administration shall recognize the "Certificate of Type Test" for sewage treatment plants issued under the authority of other Contracting Parties.

- b) Periodical surveys at intervals specified by the Administration but not exceeding five years which shall be such as to ensure that the equipment, fittings, arrangements and materials fully comply with the applicable requirements of this Regulation.

2. Surveys of the ship as regards enforcement of the provisions of this Regulation shall be carried out by officers of the Administration. The Administration may, however, entrust the surveys either to surveyors nominated for the purpose or to organizations recognized by it. In every case the Administration concerned fully guarantees the completeness and efficiency of the surveys.

3. After any survey of the ship has been completed, no significant change shall be made in the equipment, fittings, arrangements, or material covered by the survey without the approval of the Administration, except the direct replacement of such equipment or fittings.

G. Certificate

1. A Sewage Pollution Prevention Certificate shall be issued to ships certified to carry more than 50 persons which are engaged in international voyages in the Baltic Sea Area, after survey in accordance with the provisions of paragraph F of this Regulation.

2. Such Certificate shall be issued either by the Administration or by any person or organization duly authorized by it. In every case the Administration assumes full responsibility for the Certificate.

3. The Sewage Prevention Certificate shall be drawn up in a form corresponding to the model given in the appendix to Annex IV of MARPOL 73/78. If the language is not English, the text shall include a translation into English.

- i) Wenn das Schiff mit einer Abwasser-Aufbereitungsanlage ausgerüstet ist, muß die Anlage Betriebsanforderungen genügen, die auf den von der Kommission empfohlenen Normen und Testmethoden beruhen, und von der Verwaltung zugelassen sein;
- ii) wenn das Schiff mit einer Anlage zur mechanischen Behandlung und zur Desinfektion des Abwassers ausgerüstet ist, muß die Anlage Betriebsanforderungen genügen, die auf den von der Kommission empfohlenen Normen und Testmethoden beruhen, und von der Verwaltung zugelassen sein;
- iii) wenn das Schiff mit einem Sammel-tank ausgerüstet ist, muß die Kapazität dieses Tanks entsprechend den Anforderungen der Verwaltung ausreichen, um das gesamte Abwasser unter Berücksichtigung des Schiffbetriebs, der Anzahl der an Bord befindlichen Personen und sonstiger einschlägiger Kriterien aufzunehmen. Der Sammel-tank muß Betriebsanforderungen genügen, die auf den von der Kommission empfohlenen Normen und Testmethoden beruhen, und muß von der Verwaltung zugelassen sein, und
- iv) das Schiff muß mit einer Rohrleitung für die Abgabe von Abwasser in eine Auffanganlage versehen sein. Die Rohrleitung soll mit einem genormten Landanschluß in Übereinstimmung mit Abschnitt E oder bei Schiffen in besonderem Verkehr stattdessen mit anderen genormten Vorrichtungen ausgestattet sein, die von der Verwaltung anerkannt werden können, wie etwa Schnellkupplungen.

Diese Besichtigung hat die Gewähr dafür zu bieten, daß Ausrüstung, Einrichtungen, allgemeine Anordnung und Werkstoffe in jeder Hinsicht den einschlägigen Vorschriften dieser Regel entsprechen.

Die Verwaltung erkennt das „Typen-Prüfungs-Zeugnis“ für Abwasser-Aufbereitungsanlagen an, das im Auftrag anderer Vertragsparteien ausgestellt wird;

- b) regelmäßig in von der Verwaltung festgesetzten Zeitabständen, mindestens jedoch alle fünf Jahre, durchzuführenden Besichtigungen, welche die Gewähr dafür bieten, daß Ausrüstung, Einrichtungen, allgemeine Anordnung und Werkstoffe in jeder Hinsicht den einschlägigen Vorschriften dieser Regel entsprechen.

(2) Die Besichtigungen des Schiffes hinsichtlich der Anwendung dieser Regel werden von Bediensteten der Verwaltung durchgeführt. Jedoch kann die Verwaltung die Besichtigung entweder für diesen Zweck ernannten Besichtigern oder von ihr anerkannten Stellen übertragen. Die betreffende Verwaltung übernimmt in jedem Fall die volle Gewähr für die Vollständigkeit und Gründlichkeit der Besichtigungen.

(3) Nach einer Besichtigung des Schiffes dürfen an der Ausrüstung, den Einrichtungen, der allgemeinen Anordnung oder den Werkstoffen, auf die sich die Besichtigung erstreckt hat, ohne Genehmigung der Verwaltung keine wesentlichen Änderungen mit Ausnahme des bloßen Ersatzes dieser Ausrüstung oder dieser Einrichtungen vorgenommen werden.

G. Zeugnis

(1) Nach der Besichtigung gemäß Abschnitt F wird Schiffen, die für die Beförderung von mehr als 50 Personen zugelassen und im Ostseegebiet in der Auslandfahrt eingesetzt sind, ein Zeugnis über die Verhütung der Verschmutzung durch Abwasser ausgestellt.

(2) Dieses Zeugnis wird von der Verwaltung oder von einer von ihr ordnungsgemäß ermächtigten Person oder Stelle ausgestellt. In jedem Fall trägt die Verwaltung die volle Verantwortung für das Zeugnis.

(3) Das Zeugnis über die Verhütung der Verschmutzung durch Abwasser wird in der Form abgefaßt die dem Muster des Anhangs zu Anlage IV von MARPOL 73/78 entspricht. Ist die Sprache nicht Englisch, so muß der Wortlaut eine Übersetzung ins Englische enthalten.

4. A Sewage Pollution Prevention Certificate shall be issued for a period certified by the Administration, which shall not exceed five years.

5. A Certificate shall cease to be valid if significant alterations have taken place in the equipment, fittings, arrangements or materials required without the approval of the Administration except the direct replacement of such equipment or fittings.

(4) Ein Zeugnis über die Verhütung der Verschmutzung durch Abwasser wird für einen von der Verwaltung bestätigten Zeitabschnitt ausgestellt, der höchstens fünf Jahre betragen darf.

(5) Ein Zeugnis wird ungültig, wenn an der vorgeschriebenen Ausrüstung, den Einrichtungen, der allgemeinen Anordnung oder den Werkstoffen ohne Genehmigung der Verwaltung wesentliche Änderungen mit Ausnahme des bloßen Ersatzes dieser Ausrüstung oder Einrichtungen vorgenommen worden sind.

Annex V**Exemptions from the general prohibition
of dumping of waste
and other matter in the Baltic Sea Area****Regulation 1**

In accordance with Article 11, paragraph 2 of this Convention the prohibition of dumping shall not apply to the disposal at sea of dredged materials provided that:

- a) the dumping of dredged material containing harmful substances indicated in Annex I is only permitted according to the guidelines adopted by the Commission; and
- b) the dumping is carried out under a prior special permit issued by the appropriate national authority, either
 - i) within the area of internal waters and the territorial sea of the Contracting Party; or
 - ii) outside the area of internal waters and the territorial sea, whenever necessary, after prior consultations in the Commission.

When issuing such permits the Contracting Party shall comply with the provisions in Regulation 3 of this Annex.

Regulation 2

1. The appropriate national authority referred to in Article 11, paragraph 2 of this Convention shall:

- a) issue the special permits provided for in Regulation 1 of this Annex;
 - b) keep records of the nature and quantities of matter permitted to be dumped and the location, time and method of dumping;
 - c) collect available information concerning the nature and quantities of matter that has been dumped in the Baltic Sea Area recently and up to the coming into force of this Convention, provided that the dumped matter in question could be liable to contaminate water or organisms in the Baltic Sea Area, to be caught by fishing equipment, or otherwise to give rise to harm, and information concerning the location, time and method of such dumping.
2. The appropriate national authority shall issue special permits in accordance with Regulation 1 of this Annex in respect of matter intended for dumping in the Baltic Sea Area:
- a) loaded in its territory;
 - b) loaded by a ship or aircraft registered in its territory or flying its flag, when the loading occurs in the territory of a State which is not a Contracting Party to this Convention.
3. Each Contracting Party shall report to the Commission, and where appropriate to other Contracting Parties, the information specified in sub-paragraph 1 c) of Regulation 2 of this Annex. The procedure to be followed and the nature of such reports shall be determined by the Commission.

Regulation 3

When issuing special permits according to Regulation 1 of this Annex the appropriate national authority shall take into account:

- a) the quantity of dredged material to be dumped;
- b) the content of harmful substances as referred to in Annex I;
- c) the location (e.g. co-ordinates of the dumping area, depth and distance from the coast) and its relation to areas of special interest (e.g. amenity areas, spawning, nursery and fishing areas, etc.);
- d) the water characteristics, if dumping is carried out outside the territorial sea, consisting of:

Anlage V**Ausnahmen von dem allgemeinen Verbot
des Einbringens von Abfällen und sonstigen Stoffen
im Ostseegebiet****Regel 1**

Nach Maßgabe des Artikels 11 Absatz 2 des Übereinkommens gilt das Verbot des Einbringens nicht für die Beseitigung von Baggergut auf See,

- 1. sofern das Einbringen von Baggergut, das die in Anlage I beschriebenen Schadstoffe enthält, nur im Einklang mit den von der Kommission festgelegten Richtlinien erlaubt ist und
- 2. sofern das Einbringen aufgrund einer vorherigen Sondererlaubnis der zuständigen innerstaatlichen Behörde entweder
 - a) im Bereich der inneren Gewässer und des Küstenmeers der Vertragspartei erfolgt oder
 - b) soweit erforderlich, außerhalb des Bereichs der inneren Gewässer und des Küstenmeers nach vorherigen Konsultationen in der Kommission erfolgt.

Bei der Erteilung derartiger Erlaubnisse hat die Vertragspartei die Regel 3 dieser Anlage zu beachten.

Regel 2

(1) Die in Artikel 11 Absatz 2 des Übereinkommens bezeichnete zuständige innerstaatliche Behörde

- a) erteilt die in Regel 1 vorgesehenen Sondererlaubnisse;
 - b) führt Buch über Art und Menge der Stoffe, deren Einbringen erlaubt wurde, und über Ort, Zeit und Methode des Einbringens;
 - c) sammelt die verfügbaren Informationen über Art und Menge der Stoffe, die kürzlich und bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens im Ostseegebiet eingebracht wurden, sofern die betreffenden eingebrachten Stoffe zu einer Verseuchung von Wasser oder Lebewesen im Ostseegebiet führen, sich in Fischereigeräten verfangen oder auf andere Weise Schäden verursachen können, sowie Informationen über Ort, Zeit und Methode dieses Einbringens.
- (2) Die zuständige innerstaatliche Behörde erteilt nach Regel 1 Sondererlaubnisse für Stoffe, die für das Einbringen im Ostseegebiet bestimmt sind, wenn sie
- a) in ihrem Hoheitsgebiet geladen werden;
 - b) von einem in ihrem Hoheitsgebiet eingetragenen oder ihre Flagge führenden Schiff oder Luftfahrzeug geladen werden und wenn das Laden im Hoheitsgebiet eines Staates erfolgt, der nicht Vertragspartei ist.

(3) Jede Vertragspartei berichtet der Kommission und gegebenenfalls den anderen Vertragsparteien über die in Absatz 1 Buchstabe c bezeichneten Informationen. Das dabei anzuwendende Verfahren und die Art dieser Berichte werden von der Kommission bestimmt.

Regel 3

Bei der Erteilung von Sondererlaubnissen nach Regel 1 berücksichtigt die zuständige innerstaatliche Behörde

- a) die Menge des einzubringenden Baggerguts;
- b) den Gehalt an den in Anlage I bezeichneten Schadstoffen;
- c) den Ort (z. B. Koordinaten des Einbringungsgebiets, Wassertiefe und Entfernung von der Küste) und die Lage im Verhältnis zu Gebieten von besonderem Interesse (z. B. Erholungsgebiete, Laich-, Aufzucht- und Fischereigeiete usw.);
- d) die Eigenschaften des Wassers, wenn das Einbringen außerhalb des Küstenmeers erfolgt, bestehend aus

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">i) hydrographic properties (e.g. temperature, salinity, density, profile);ii) chemical properties (e.g. pH, dissolved oxygen, nutrients);iii) biological properties (e.g. primary production and benthic animals); <p>the data should include sufficient information on the annual mean levels and seasonal variation of the properties mentioned in this paragraph; and</p> <p>e) the existence and effects of other dumping which may have been carried out in the dumping area.</p> | <ul style="list-style-type: none">i) den hydrographischen Eigenschaften (z. B. Temperatur, Salzgehalt, Dichte, Profil),ii) den chemischen Eigenschaften (z. B. pH-Wert, gelöster Sauerstoff, Nährstoffe),iii) den biologischen Eigenschaften (z. B. Primärproduktion und Tierwelt des Meeresgrunds); <p>die Angaben sollen ausreichende Informationen über die jährlichen Durchschnittswerte und die jahreszeitlichen Schwankungen der in diesem Absatz genannten Eigenschaften enthalten;</p> <p>e) das Vorhandensein und die Auswirkungen sonstigen Einbringens, das möglicherweise im Einbringungsgebiet vorgenommen wurde.</p> |
|--|--|

Regulation 4

Reports made in accordance with Article 11, paragraph 5 of this Convention shall include the information to be provided in the Reporting Form to be determined by the Commission.

Regel 4

Die nach Artikel 11 Absatz 5 abgegebenen Meldungen enthalten Informationen, die auf einem von der Kommission zu bestimmenden Meldevordruck abzugeben sind.

Annex VI**Prevention of pollution
from offshore activities****Regulation 1; Definitions**

For the purposes of this Annex:

1. "Offshore activity" means any exploration and exploitation of oil and gas by a fixed or floating offshore installation or structure including all associated activities thereon;
2. "Offshore unit" means any fixed or floating offshore installation or structure engaged in gas or oil exploration, exploitation or production activities, or loading or unloading of oil;
3. "Exploration" includes any drilling activity but not seismic investigations;
4. "Exploitation" includes any production, well testing or stimulation activity.

Regulation 2; Use of Best Available Technology and Best Environmental Practice

The Contracting Parties undertake to prevent and eliminate pollution from offshore activities by using the principles of Best Available Technology and Best Environmental Practice as defined in Annex II.

Regulation 3; Environmental impact assessment and monitoring

1. An environmental impact assessment shall be made before an offshore activity is permitted to start. In case of exploitation referred to in Regulation 5 the outcome of this assessment shall be notified to the Commission before the offshore activity is permitted to start.
2. In connection with the environmental impact assessment the environmental sensitivity of the sea area around a proposed offshore unit should be assessed with respect to the following:
 - a) the importance of the area for birds and marine mammals;
 - b) the importance of the area as fishing or spawning grounds for fish and shellfish, and for aquaculture;
 - c) the recreational importance of the area;
 - d) the composition of the sediment measured as: grain size distribution, dry matter, ignition loss, total hydrocarbon content, and Ba, Cr, Pb, Cu, Hg and Cd content;
 - e) the abundance and diversity of benthic fauna and the content of selected aliphatic and aromatic hydrocarbons.
3. In order to monitor the consequent effects of the exploration phase of the offshore activity studies, at least those referred to in sub-paragraph d) above, shall be carried out before and after the operation.
4. In order to monitor the consequent effects of the exploitation phase of the offshore activity studies, at least those referred to in sub-paragraphs d) and e) above, shall be carried out before the operation, at annual intervals during the operation, and after the operation has been concluded.

Regulation 4; Discharges on the exploration phase

1. The use of oil-based drilling mud or muds containing other harmful substances shall be restricted to cases where it is neces-

Anlage VI**Verhütung der Verschmutzung
durch Offshore-Tätigkeiten****Regel 1: Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. Der Ausdruck „Offshore-Tätigkeit“ bezeichnet jede Aufsuchung und Gewinnung von Öl und Gas durch eine der Küste vorgelagerte feststehende oder schwimmende Einrichtung oder ein solches Bauwerk einschließlich aller damit zusammenhängenden und darauf stattfindenden Tätigkeiten.
2. Der Ausdruck „Offshore-Anlage“ bezeichnet jede der Küste vorgelagerte feststehende oder schwimmende Einrichtung oder ein solches Bauwerk, die für die Aufsuchung, Gewinnung oder Förderung von Gas oder Öl oder für das Laden oder Löschen von Öl eingesetzt werden.
3. Der Ausdruck „Aufsuchung“ umfaßt jede Bohrtätigkeit, jedoch nicht seismische Untersuchungen.
4. Der Ausdruck „Gewinnung“ umfaßt jede Tätigkeit zur Förderung, Erprobung der Förderfähigkeit eines Bohrlochs und Anregung des Förderflusses.

Regel 2: Anwendung der besten verfügbaren Technologie und der besten Umweltpraxis

Die Vertragsparteien verpflichten sich, eine Verschmutzung durch Offshore-Tätigkeiten zu verhüten und zu beseitigen, indem sie die Grundsätze der besten verfügbaren Technologie und der besten Umweltpraxis im Sinne der Anlage II anwenden.

Regel 3: Umweltverträglichkeitsprüfung und Überwachung

- (1) Bevor die Genehmigung zur Aufnahme einer Offshore-Tätigkeit erteilt wird, wird eine Gewinnungstätigkeit, auf die sich Regel 5 bezieht, vorgenommen. Im Fall einer Prüfung der Umweltverträglichkeit wird das Ergebnis der Prüfung der Kommission mitgeteilt, bevor die Genehmigung zur Aufnahme der Offshore-Tätigkeit erteilt wird.
- (2) Im Zusammenhang mit der Prüfung der Umweltverträglichkeit soll die Umweltempfindlichkeit des um eine geplante Offshore-Anlage befindlichen Meeresgebiets im Hinblick auf folgende Faktoren bewertet werden:
 - a) Bedeutung des Gebiets für Vögel und Meeressäugetiere;
 - b) Bedeutung des Gebiets als Fischfang- und Laichgrund für Fische und Schalentiere sowie für die Aquakultur;
 - c) Bedeutung des Gebiets für Erholungszwecke;
 - d) Zusammensetzung des Sediments, erfaßt nach Verteilung der Korngrößen, Trockensubstanz, Glühverlust, Gesamtgehalt an Kohlenwasserstoff sowie Gehalt an Ba, Cr, Pb, Cu, Hg und Cd;
 - e) Fülle und Vielfalt der Meeresbodenfauna und Gehalt an ausgewählten aliphatischen und aromatischen Kohlenwasserstoffen.
- (3) Zur Überwachung der aus der Aufsuchungsphase der Offshore-Tätigkeit folgenden Auswirkungen werden zumindest die in Absatz 2 Buchstabe d genannten Untersuchungen vor Aufnahme und nach Einstellung des Betriebs vorgenommen.
- (4) Zur Überwachung der aus der Gewinnungsphase der Offshore-Tätigkeit folgenden Auswirkungen werden zumindest die in Absatz 2 Buchstaben d und e genannten Untersuchungen vor Aufnahme des Betriebs, im Abstand von je einem Jahr während des Betriebs und nach Einstellung des Betriebs vorgenommen.

Regel 4: Einleiten während der Aufsuchungsphase

- (1) Die Verwendung von Bohrspülung auf Ölbasis oder von Bohrspülung, die sonstige Schadstoffe enthält, bleibt auf die Fälle

sary for geological, technical or safety reasons and only after prior authorization by the appropriate national authority. In such cases appropriate measures shall be taken and appropriate installations provided in order to prevent the discharge of such muds into the marine environment.

2. Oil-based drilling muds and cuttings arising from the use of oil-based drilling muds should not be discharged in the Baltic Sea Area but taken ashore for final treatment or disposal in an environmentally acceptable manner.

3. The discharge of water-based mud and cuttings shall be subject to authorization by the appropriate national authority. Before authorization the content of the water-based mud must be proven to be of low toxicity.

4. The discharge of cuttings arising from the use of water-based drilling mud shall not be permitted in specifically sensitive parts of the Baltic Sea Area such as confined or shallow areas with limited water exchange and areas characterized by rare, valuable or particularly fragile ecosystems.

Regulation 5: Discharges on the exploitation phase

In addition to the provisions of Annex IV the following provisions shall apply to discharges:

- a) all chemicals and materials shall be taken ashore and may be discharged only exceptionally after obtaining permission from the appropriate national authority in each individual operation;
- b) the discharge of production water and displacement water is prohibited unless its oil content is proven to be less than 15 mg/l measured by the methods of analysis and sampling to be adopted by the Commission;
- c) if compliance with this limit value cannot be achieved by the use of Best Environmental Practice and Best Available Technology the appropriate national authority may require adequate additional measures to prevent possible pollution of the marine environment of the Baltic Sea Area and allow, if necessary, a higher limit value which shall, however, be as low as possible and in no case exceed 40 mg/l; the oil content shall be measured as provided in sub-paragraph b) above.
- d) the permitted discharge shall not, in any case, create any unacceptable effects on the marine environment;
- e) in order to benefit from the future development in cleaning and production technology, discharge permits shall be regularly reviewed by the appropriate national authority and the discharge limits shall be revised accordingly.

Regulation 6: Reporting procedure

Each Contracting Party shall require that the operator or any other person having charge of the offshore unit shall report in accordance with the provisions of Regulation 5.1 of Annex VII of this Convention.

Regulation 7: Contingency planning

Each offshore unit shall have a pollution emergency plan approved in accordance with the procedure established by the appropriate national authority. The plan shall contain information on alarm and communication systems, organization of response measures, a list of prepositioned equipment and a description of the measures to be taken in different types of pollution incidents.

beschränkt, in denen sie aus geologischen, technischen oder sicherheitstechnischen Gründen notwendig ist, und erfolgt nur nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige innerstaatliche Behörde. In diesen Fällen werden geeignete Maßnahmen getroffen und geeignete Einrichtungen vorgesehen, um ein Einleiten der Spülung in die Meeresumwelt zu verhindern.

(2) Bohrspülung auf Ölbasis und Bohrklein, das bei der Verwendung von Bohrspülung auf Ölbasis anfällt, sollen nicht in das Ostseegebiet eingeleitet werden, sondern zur endgültigen Behandlung oder umweltverträglichen Entsorgung an Land gebracht werden.

(3) Das Einleiten von Bohrspülung und Bohrklein auf Wasserbasis bedarf der Genehmigung durch die zuständige innerstaatliche Behörde. Bevor die Genehmigung erteilt wird, muß der Nachweis erbracht werden, daß die Bohrspülung auf Wasserbasis nur von geringer Giftigkeit ist.

(4) Das Einleiten von Bohrklein, das bei der Verwendung von Bohrspülung auf Wasserbasis anfällt, ist in besonders empfindlichen Teilen des Ostseegebiets, wie z. B. in eingeschlossenen oder seichten Gebieten mit geringem Wasseraustausch und in Gebieten mit seltenen, wertvollen oder besonders empfindlichen Ökosystemen nicht erlaubt.

Regel 5: Einleiten während der Gewinnungsphase

Neben den Bestimmungen der Anlage IV gelten für das Einleiten folgende Bestimmungen:

- a) Alle Chemikalien und Stoffe werden an Land gebracht und dürfen nur im Ausnahmefall und nur nach Einholen einer für den betrieblichen Einzelfall ausgestellten Erlaubnis der zuständigen innerstaatlichen Behörde eingeleitet werden;
- b) das Einleiten von Produktions- und Auffangwasser ist verboten, es sei denn der Ölgehalt beträgt unter Anwendung der von der Kommission zu beschließenden Methoden der Analyse und Probenahme nachweislich weniger als 15 mg/l;
- c) ist die Einhaltung dieses Grenzwerts bei Anwendung der besten verfügbaren Technologie und der besten Umweltpraxis nicht möglich, so kann die zuständige innerstaatliche Behörde geeignete Zusatzmaßnahmen verlangen, um eine mögliche Verschmutzung der Meeresumwelt des Ostseegebiets zu verhindern, und gegebenenfalls einen höheren Grenzwert zulassen, der jedoch so niedrig wie möglich sein muß und 40 mg/l nicht überschreiten darf; der Ölgehalt wird nach Buchstabe b gemessen;
- d) das genehmigte Einleiten darf keine unannehmbaren Auswirkungen auf die Meeresumwelt verursachen;
- e) um künftige Entwicklungen in der Reinigungs- und Fördertechnologie zu nutzen, werden Einleitungsgenehmigungen regelmäßig durch die zuständige innerstaatliche Behörde überprüft, und die Grenzwerte für das Einleiten werden entsprechend geändert.

Regel 6: Meldeverfahren

Jede Vertragspartei verlangt vom Betreiber oder von jeder anderen für die Offshore-Anlage verantwortlichen Person eine Meldung nach Regel 5 Absatz 1 der Anlage VII.

Regel 7: Notfallplanung

Jede Offshore-Anlage muß über einen Notfallplan für Verschmutzungen verfügen, der nach dem von der zuständigen innerstaatlichen Behörde festgelegten Verfahren genehmigt ist. Der Plan enthält Informationen über Alarm- und Nachrichtensysteme, organisatorische Vorbereitung auf Bekämpfungsmaßnahmen, ein Verzeichnis der dezentral gelagerten Ausrüstung sowie eine Beschreibung der bei unterschiedlich gearteten Verschmutzungsereignissen zu ergreifenden Maßnahmen.

Regulation 8; Disused offshore units

The Contracting Parties shall ensure that abandoned, disused offshore units and accidentally wrecked offshore units are entirely removed and brought ashore under the responsibility of the owner and that disused drilling wells are plugged.

Regulation 9; Exchange of Information

The Contracting Parties shall continuously exchange information through the Commission on the location and nature of all planned or accomplished offshore activities and on the nature and amounts of discharges as well as on contingency measures that are undertaken.

Regel 8: Stillgelegte Offshore-Anlagen

Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß verlassene, stillgelegte Offshore-Anlagen und durch Unfälle zerstörte Offshore-Anlagen unter der Verantwortung des Besitzers vollständig abgebaut und an Land gebracht werden und daß nicht mehr genutzte Bohrlöcher sicher abgedichtet werden.

Regel 9: Informationsaustausch

Die Vertragsparteien tauschen über die Kommission laufend Informationen über Lage und Art sämtlicher geplanter oder abgeschlossener Offshore-Tätigkeiten, über Art und Menge des Einleitens sowie über ergriffene Notfallmaßnahmen aus.

Annex VII**Response to pollution incidents****Regulation 1; General Provisions**

1. The Contracting Parties undertake to maintain the ability to respond to pollution incidents threatening the marine environment of the Baltic Sea Area. This ability shall include adequate equipment, ships and manpower prepared for operations in coastal waters as well as on the high sea.
2. a) In addition to the incidents referred to in Article 13 the Contracting Party shall also notify without delay those pollution incidents occurring within its response region, which affect or are likely to affect the interests of other Contracting Parties.

b) In the event of a significant pollution incident other Contracting Parties and the Commission shall also be informed as soon as possible.
3. The Contracting Parties agree that subject to their capabilities and the availability of relevant resources, they shall co-operate in responding to pollution incidents when the severity of such incidents so justify.
4. In addition the Contracting Parties shall take other measures to:
 - a) conduct regular surveillance outside their coastlines; and
 - b) otherwise co-operate and exchange information with other Contracting Parties in order to improve the ability to respond to pollution incidents.

Regulation 2; Contingency Planning

Each Contracting Party shall draw up a national contingency plan and in co-operation with other Contracting Parties, as appropriate, bilateral or multilateral plans for a joint response to pollution incidents.

Regulation 3; Surveillance

1. In order to prevent violations of the existing regulations on prevention of pollution from ships the Contracting Parties shall develop and apply individually or in co-operation, surveillance activities covering the Baltic Sea Area in order to spot and monitor oil and other substances released into the sea.
2. The Contracting Parties shall undertake appropriate measures to conduct the surveillance referred to in Paragraph 1 by using, *inter alia*, airborne surveillance equipped with remote sensing systems.

Regulation 4; Response Regions

The Contracting Parties shall as soon as possible agree bilaterally or multilaterally on those regions of the Baltic Sea Area in which they shall conduct surveillance activities and take action to respond whenever a significant pollution incident has occurred or is likely to occur. Such agreements shall not prejudice any other agreements concluded between Contracting Parties concerning the same subject. Neighboring States shall ensure the harmonization of different agreements. Contracting Parties shall inform other Contracting Parties and the Commission about such agreements.

Anlage VII**Bekämpfung von Verschmutzungsereignissen****Regel 1: Allgemeine Bestimmungen**

- (1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß Verschmutzungsereignisse, welche die Meeresumwelt des Ostseegebiets bedrohen, jederzeit bekämpft werden können. Hierzu gehören geeignete Ausrüstungen, Schiffe und Arbeitskräfte, die für Einsätze in Küstengewässern und auf Hoher See vorbereitet sind.
- (2) a) Außer den in Artikel 13 genannten Ereignissen teilen die Vertragsparteien unverzüglich auch die Verschmutzungsereignisse mit, die innerhalb des Bereichs vorkommen, in dem sie für die Bekämpfung zuständig sind, und die Interessen anderer Vertragsparteien tatsächlich oder wahrscheinlich berühren.

b) Bei einem umfangreichen Verschmutzungsereignis werden auch andere Vertragsparteien und die Kommission so bald wie möglich benachrichtigt.
- (3) Die Vertragsparteien vereinbaren, daß sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der zur Verfügung stehenden entsprechenden Mittel bei der Bekämpfung von Verschmutzungsereignissen zusammenarbeiten, wenn die Schwere des Ereignisses dies rechtfertigt.
- (4) Darüber hinaus ergreifen die Vertragsparteien sonstige Maßnahmen
 - a) zur Durchführung einer regelmäßigen Überwachung außerhalb ihrer Küstenlinie und
 - b) zur sonstigen Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch mit anderen Vertragsparteien, um die Fähigkeit zur Bekämpfung von Verschmutzungsereignissen zu verbessern.

Regel 2: Notfallplanung

Jede Vertragspartei stellt einen innerstaatlichen Notfallplan auf und gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Vertragsparteien zweiseitige oder mehrseitige Pläne für die gemeinsame Bekämpfung von Verschmutzungsereignissen.

Regel 3; Überwachung

- (1) Um Verstöße gegen bestehende Vorschriften zur Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe zu verhindern, werden die Vertragsparteien einzeln oder gemeinsam mit anderen Vertragsparteien Überwachungsmaßnahmen für das Ostseegebiet entwickeln und anwenden, um in die Ostsee abgelassenes Öl und sonstige Stoffe festzustellen und anzuzeigen.
- (2) Die Vertragsparteien ergreifen geeignete Maßnahmen, um die in Absatz 1 bezeichnete Überwachung durchzuführen, unter anderem aus der Luft mit Fernerkundungssystemen.

Regel 4: Zuständigkeitsbereiche für die Bekämpfung

Die Vertragsparteien treffen so bald wie möglich zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen über diejenigen Bereiche des Ostseegebiets, in denen sie Überwachungstätigkeiten durchführen und Bekämpfungsmaßnahmen treffen, sobald ein umfangreiches Verschmutzungsereignis auftritt oder auftreten könnte. Diese Vereinbarungen lassen andere zwischen Vertragsparteien geschlossene Vereinbarungen über denselben Gegenstand unberührt. Nachbarstaaten stellen sicher, daß die verschiedenen Vereinbarungen in Einklang gebracht werden. Die Vertragsparteien unterrichten andere Vertragsparteien und die Kommission über derartige Vereinbarungen.

Regulation 5; Reporting Procedure

1. a) Each Contracting Party shall require masters or other persons having charge of ships flying its flag to report without delay any event on their ship involving a discharge or probable discharge of oil or other harmful substances.
 - b) The report shall be made to the nearest coastal state and in accordance with the provisions of Article 8 and Protocol I of the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973, as modified by the Protocol of 1978 related thereto (MARPOL 73/78).
 - c) The Contracting Parties shall request masters or other persons having charge of ships and pilots of aircraft to report without delay and in accordance with this system on significant spillages of oil or other harmful substances observed at sea. Such reports should as far as possible contain the following data: time, position, wind and sea conditions, and kind, extent and probable source of the spill observed.
2. The provisions of paragraph 1. b) shall also be applied with regard to dumping made under the provisions of Article 11, paragraph 4 of this Convention.

Regulation 6; Emergency Measures on Board Ships

1. Each Contracting Party shall require that ships entitled to fly its flag have on board a shipboard oil pollution emergency plan as required based in accordance with the provisions of MARPOL 73/78.
2. Each Contracting Party shall request masters of ships flying its flag or, in case of fixed or floating platforms operating under its jurisdiction, the persons having charge of platforms to provide, in case of a pollution incident and on request by the proper authorities, such detailed information about the ship and its cargo or in case of platform its production which is relevant to actions for preventing or responding to pollution of the sea, and to co-operate with these authorities.

Regulation 7; Response Measures

1. The Contracting Party shall, when a pollution incident occurs in its response region, make the necessary assessments of the situation and take adequate response action in order to avoid or minimize subsequent pollution effects.
2. a) The Contracting Parties shall, subject to sub-paragraph b), use mechanical means to respond to pollution incidents.
- b) Chemical agents may be used only in exceptional cases and after authorization, in each individual case, by the appropriate national authority.
3. When such a spillage is drifting or is likely to drift into a response region of another Contracting Party, that Party shall without delay be informed of the situation and the actions that have been taken.

Regulation 8; Assistance

1. According to the provisions of paragraph 3 of Regulation 1:
- a) a Contracting Party is entitled to call for assistance by other Contracting Parties when responding to a pollution incident at sea; and
- b) Contracting Parties shall use their best endeavours to bring such assistance.

Regel 5: Meldeverfahren

- (1) a) Jede Vertragspartei schreibt vor, daß Kapitäne oder andere für die ihre Flagge führenden Schiffe verantwortliche Personen unverzüglich jedes Vorkommnis auf ihrem Schiff melden, bei dem tatsächlich oder wahrscheinlich Öl oder andere Schadstoffe ins Meer gelangen.
 - b) Die Meldung erfolgt an den nächsten Küstenstaat in Übereinstimmung mit Artikel 8 und Protokoll I des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 zu dem Übereinkommen (MARPOL 73/78).
 - c) Die Vertragsparteien ersuchen Kapitäne oder andere für Schiffe verantwortliche Personen sowie die Führer von Luftfahrzeugen, umfangreiche treibende Felder von Öl oder sonstigen Schadstoffen, die auf See beobachtet werden, unverzüglich und im Einklang mit diesem Verfahren zu melden. Diese Meldungen sollen nach Möglichkeit folgende Angaben enthalten: Zeit, Position, Wind- und Seeverhältnisse sowie Art, Ausmaß und wahrscheinliche Ursache des beobachteten Feldes.
- (2) Absatz 1 Buchstabe b findet auch auf das Einbringen nach Artikel 11 Absatz 4 Anwendung.

Regel 6: Sofortmaßnahmen an Bord von Schiffen

- (1) Jede Vertragspartei verlangt, daß Schiffe, die ihre Flagge zu führen berechtigt sind, entsprechend den Bestimmungen von MARPOL 73/78 einen bordeigenen Notfallplan für Ölverschmutzungen mitführen.
- (2) Jede Vertragspartei verlangt von dem Kapitän eines Schiffes unter ihrer Flagge oder im Fall von festen oder schwimmenden Plattformen, die unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden, von den verantwortlichen Personen, daß sie bei einem Verschmutzungsereignis auf Antrag der zuständigen Behörden ausführliche Informationen über das Schiff und seine Ladung oder bei Plattformen über deren Produktion erteilen, die für Maßnahmen zur Verhütung oder zur Bekämpfung einer Verschmutzung des Meeres maßgeblich sind, und mit diesen Behörden zusammenzuarbeiten.

Regel 7: Bekämpfungsmaßnahmen

- (1) Die Vertragspartei, in deren Zuständigkeitsbereich für die Bekämpfung ein Verschmutzungsereignis eintritt, nimmt die erforderlichen Beurteilungen der Lage vor und trifft geeignete Bekämpfungsmaßnahmen, um daraus folgende Verschmutzungswirkungen zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- (2) a) Vorbehaltlich des Buchstabens b benutzen die Vertragsparteien mechanische Mittel zur Bekämpfung von Verschmutzungsereignissen.
- b) Chemische Wirkstoffe dürfen nur in Ausnahmefällen und in jedem Einzelfall nur mit Genehmigung der zuständigen innerstaatlichen Behörde eingesetzt werden.
- (3) Treibt ein derartiges Feld tatsächlich oder wahrscheinlich in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Vertragspartei, so wird die betreffende Vertragspartei unverzüglich über die Lage und die bereits getroffenen Maßnahmen unterrichtet.

Regel 8: Hilfeleistung

- (1) in Übereinstimmung mit Regel 1 Absatz 3
- a) ist eine Vertragspartei berechtigt, andere Vertragsparteien bei der Bekämpfung von Verschmutzungsereignissen auf See um Hilfe zu bitten;
- b) bemühen sich die Vertragsparteien nach besten Kräften, diese Hilfe zu leisten.

2. Contracting Parties shall take necessary legal or administrative measures to facilitate:

- a) the arrival and utilization in and departure from its territory of ships, aircraft and other modes of transport engaged in responding to a pollution incident or transporting personnel, cargoes, materials and equipment required to deal with such an incident; and
- b) the expeditious movement into, through, and out of its territory of personnel, cargoes, materials and equipment referred to in sub-paragraph a).

Regulation 9: Reimbursement of Cost of Assistance

1. The Contracting Parties shall bear the costs of assistance referred to in Regulation 8 in accordance with this Regulation.

- 2. a) If the action was taken by one Contracting Party at the express request of another Contracting Party, the requesting Party shall reimburse to the assisting Party the costs of the action of the assisting Party. If the request is cancelled the requesting Party shall bear the costs already incurred or committed by the assisting Party.
- b) If the action was taken by a Contracting Party on its own initiative, this Party shall bear the costs of its action.
- c) The principles laid down above in sub-paragraphs a) and b) shall apply unless the Parties concerned otherwise agree in any individual case.

3. Unless otherwise agreed, the costs of the action taken by a Contracting Party at the request of another Party shall be fairly calculated according to the law and current practice of the assisting Party concerning the reimbursement of such costs.

4. The provisions of this regulation shall not be interpreted as in any way prejudicing the rights of Contracting Parties to recover from third parties the costs of actions taken to deal with pollution incidents under other applicable provisions and rules of international law and national or supra-national regulations.

Regulation 10: Regular Co-operation

1. Each Contracting Party shall provide information to the other Contracting Parties and the Commission about:

- a) its organization for dealing with spillages at sea of oil and other harmful substances;
- b) its regulations and other matters which have a direct bearing on preparedness and response to pollution at sea by oil and other harmful substances;
- c) the competent authority responsible for receiving and dispatching reports of pollution at sea by oil and other harmful substances;
- d) the competent authorities for dealing with questions concerning measures for mutual assistance, information and co-operation between the Contracting Parties according to this Annex; and
- e) actions taken in accordance with Regulations 7 and 8 of this Annex.

2. The Contracting Parties shall exchange information on research and development programs, results concerning ways in which pollution by oil and other harmful substances at sea may be dealt

(2) Die Vertragsparteien ergreifen die notwendigen Gesetzgebungs- oder Verwaltungsmaßnahmen,

- a) um Schiffen, Luftfahrzeugen und sonstigen Beförderungsmitteln, die an der Bekämpfung eines Verschmutzungsereignisses beteiligt sind oder Personen, Ladung, Material und Ausrüstung befördern, welche für ein solches Ereignis benötigt werden, befördern, die Ankunft und Verwendung in ihrem Hoheitsgebiet und die Ausfahrt aus ihrem Hoheitsgebiet zu erleichtern und
- b) um die zügige Verbringung der Personen, der Ladung, des Materials und der Ausrüstung, die unter Buchstabe a genannt sind, in ihr und durch ihr Hoheitsgebiet sowie aus ihrem Hoheitsgebiet zu erleichtern.

Regel 9: Erstattung der Kosten für die Hilfeleistung

(1) Die Vertragsparteien tragen die Kosten für die in Regel 8 genannte Hilfeleistung nach Maßgabe dieser Regel.

- (2) a) Wurde die Maßnahme von einer Vertragspartei auf ausdrückliches Ersuchen einer anderen Vertragspartei ergriffen, so erstattet die ersuchende Vertragspartei der hilfeleistenden Vertragspartei die Kosten der Hilfsmaßnahmen. Wird das Ersuchen zurückgenommen, so erstattet die ersuchende Vertragspartei der hilfeleistenden Vertragspartei die dieser bereits entstandenen Kosten.
- b) Wurde die Maßnahme von einer Vertragspartei aus eigenem Antrieb ergriffen, so trägt sie die ihr entstandenen Kosten selbst.
- c) Die unter den Buchstaben a und b festgelegten Grundsätze gelten, sofern die betreffenden Vertragsparteien im Einzelfall nichts anderes vereinbaren.

(3) Sofern nichts anderes vereinbart ist, werden die Kosten für die von einer Vertragspartei auf Ersuchen einer anderen Vertragspartei getroffenen Maßnahmen im Einklang mit dem Recht und der ständigen Übung der hilfeleistenden Vertragspartei hinsichtlich der Erstattung solcher Kosten angemessen berechnet.

(4) Diese Regel ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt sie das Recht der Vertragsparteien, von dritten Parteien die Kosten für Maßnahmen zur Behandlung von Verschmutzungsereignissen aufgrund sonstiger geltender Bestimmungen und Regeln des Völkerrechts sowie innerstaatlicher und supranationaler Vorschriften erstattet zu bekommen.

Regel 10: Regelmäßige Zusammenarbeit

(1) Jede Vertragspartei erteilt den anderen Vertragsparteien und der Kommission Informationen

- a) über ihre Organisation, die für die Behandlung von auf See treibenden Feldern von Öl und sonstigen Schadstoffen zuständig ist;
- b) über ihre Vorschriften und sonstigen Angelegenheiten, die sich unmittelbar auf die Vorbereitung auf die Meeresverschmutzung durch Öl und andere Schadstoffe und auf deren Bekämpfung beziehen;
- c) über die zuständige Behörde, die für die Entgegennahme und Weiterleitung von Meldungen über eine Meeresverschmutzung durch Öl und andere Schadstoffe verantwortlich ist;
- d) über die für Fragen der gegenseitigen Hilfeleistung, Benachrichtigung und Zusammenarbeit zwischen Vertragsparteien aufgrund dieser Anlage zuständigen Behörden und
- e) über die nach den Regeln 7 und 8 dieser Anlage getroffenen Maßnahmen.

(2) Die Vertragsparteien tauschen Informationen über Forschungs- und Entwicklungsprogramme aus, über Ergebnisse von Methoden, mit denen eine Meeresverschmutzung durch Öl und

with and experiences in surveillance activities and in responding to such pollution.

3. The Contracting Parties shall on a regular basis arrange joint operational combatting exercises as well as alarm exercises.

4. The Contracting Parties shall co-operate within the international Maritime Organization in matters concerning the implementation and further development of the International Convention on Oil Pollution Preparedness, Response and Co-operation.

andere Schadstoffe behandelt werden kann, sowie über Erfahrungen bei Überwachungsmaßnahmen und bei der Bekämpfung einer solchen Verschmutzung.

(3) Die Vertragsparteien veranlassen, daß regelmäßig gemeinsame Einsatzübungen für die Bekämpfung sowie Alarmübungen abgehalten werden.

(4) Die Vertragsparteien arbeiten im Rahmen der internationalen Seeschifffahrts-Organisation in Fragen der Durchführung und Weiterentwicklung des internationalen Übereinkommens über die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung auf Ölverschmutzungen und bei deren Bekämpfung zusammen.

Regulation 11; HELCOM Combatting Manual

The Contracting Parties agree to apply, as far as practicable, the principles and rules included in the Manual on Co-operation in Combatting Marine Pollution, detailing this Annex and adopted by the Commission or by the Committee designated by the Commission for this purpose.

Regel 11: Das Handbuch der Helsinki-Kommission (HELCOM) für Bekämpfungsmaßnahmen

Die Vertragsparteien kommen überein, soweit praktisch möglich die Grundsätze und Regeln im Handbuch über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Meeresverschmutzung anzuwenden, das die Bestimmungen dieser Anlage im einzelnen ausführt und von der Kommission oder dem von der Kommission zu diesem Zweck ernannten Ausschuss angenommen wurde.

Denkschrift zu dem Gesetz zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks

Vorbemerkung

Das Gesetz faßt die nationale Umsetzung eines völkervertragsändernden Protokolls sowie zweier völkerrechtlicher Verträge zusammen, deren gemeinsamer Gegenstand der Schutz der Meeresumwelt einerseits des Nordostatlantiks und andererseits der Ostsee ist. Hinsichtlich des Nordostatlantiks ist zunächst mit der Umsetzung des Protokolls zur Oslo-Konvention von 1989 (Artikel 1 Abs. 1 Nr. 1) die Ausdehnung des Konventionsgebietes der sog. Oslo/Paris-Konvention zu erreichen, bevor in einem zweiten Schritt mit zeitlicher Verzögerung der dieses Gebiet betreffende völkerrechtliche Vertrag von 1992 (Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2) umgesetzt wird, der u.a. die eben genannte Konvention inhaltlich ablöst.

Zu Artikel 1 Abs. 1 Nr. 1

I. Allgemeines

Das Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge vom 15. Februar 1972 (BGBl. 1977 II S. 165, 169, im folgenden Übereinkommen genannt) gilt nach seinem Artikel 2 auf der Hohen See und im Küstenmeer der Nordsee und des Nordostatlantiks. Auf ihrer 15. Kommissionssitzung 1989 haben die Vertragsparteien eine Ausdehnung des Geltungsbereiches beschlossen und ein entsprechendes Protokoll zur Änderung des Übereinkommens am 5. Dezember 1989 in Oslo unterzeichnet. Einbezogen in den Geltungsbereich werden die inneren Gewässer. Klargestellt wird die Einbeziehung der Ausschließlichen Wirtschaftszonen der Vertragsparteien, die nach dem Genfer Übereinkommen über die Hohe See von 1958 bereits von dem London-Übereinkommen erfaßt wurden.

Änderungen des innerstaatlichen Rechts sind mit den Änderungen des Übereinkommens nicht verbunden.

II. Besonderes

Artikel 2 des Übereinkommens bestimmt die geographischen Außengrenzen des Konventionsgebietes, die sich inhaltlich nicht geändert haben.

Die Vorschriften über die Verpflichtung zur Einhaltung des Übereinkommens (Artikel 15 Abs. 1, 2) werden an den erweiterten Geltungsbereich angepaßt.

Artikel 19 des Übereinkommens wird um einen neuen Absatz 4 ergänzt, der den Begriff „Meeresgebiet“ definiert. Neben der Hohen See und dem Küstenmeer werden nunmehr auch die inneren Gewässer von dem Übereinkommen erfaßt. Die Erwähnung der Ausschließlichen Wirtschaftszone hat nur klarstellenden Charakter.

Zu Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2

I. Allgemeines

1. Bedeutung
2. Entstehungsgeschichte

II. Wesentlicher Inhalt der Übereinkunft

1. Schutzbereich
2. Schutzziel
3. Maßnahmen
 - a) Verschmutzung vom Lande aus
 - b) Entsorgung von Abfällen auf See durch Einbringen oder Verbrennen
 - c) Verschmutzung infolge von Offshore-Aktivitäten
 - d) Überwachung und Bewertung des Zustandes der Meeresumwelt
4. Durchführung
5. Gremien
6. Finanzierung
7. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten
8. Beitritt
9. Verwahrer
10. Schiedsgericht

I. Allgemeines

1. Bedeutung

Das neue Meeresumweltschutzübereinkommen löst die mehrfach geänderten Abkommen von Oslo (1972) zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge und von Paris (1974) zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus ab, so daß für das gesamte Schutzgebiet einschließlich der Nordsee und auch für alle Verschmutzungsquellen nunmehr ein einheitliches Vertragswerk gilt. In ihm ist den neueren Entwicklungen des Umweltrechts und der Umweltpolitik und dem geschärften Umweltbewußtsein Rechnung getragen worden. Die bewährten organisatorischen Strukturen, so wie sie durch die Konventionen von Oslo und Paris eingerichtet wurden, werden beibehalten.

Die Konvention setzt in wesentlichen Teilen die anläßlich der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro beschlossene Agenda 21 (Kapitel 17 – Schutz der Ozeane) um. Gemeinsam mit dem wenige Monate vorher gezeichneten Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes, das ebenfalls den Charakter einer Vorbildregelung für andere Weltmeere aufweist, sind damit die internationalen Grundlagen für den Meeresumweltschutz eingerichtet, auf denen kooperative nationale Schutzprogramme aufbauen. Weil in der

Nordostatlantik-Konvention laut Präambel regional schärfere Maßnahmen zugelassen sind, kann die Bundesrepublik das umfangreiche Instrumentarium der Konvention gezielt zum Schutz der Nordsee einsetzen. Es steht zu erwarten, daß die Vertragsparteien die konstruktive Besonderheit des Übereinkommens nutzen und mittels weiterer Anhänge auf künftige schutzgebietsspezifische Problemstellungen maritimen Umweltschutzes flexibel und ohne große Zeitverzögerung reagieren. Mit der Möglichkeit, künftig auch „Entscheidungen“ als Form verbindlicher Beschlüsse herbeizuführen, verfügt die Kommission nunmehr über ein wirksames Instrument.

Das Übereinkommen zeichnet sich durch bedeutsame inhaltliche Regelungen aus. So enthält es die völkerrechtliche Verankerung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips sowie konkret die Verpflichtung zur Anwendung der „besten Umweltpraxis“ bzw. des „Standes der Technik“. Von grundlegender Bedeutung sind auch die Bestimmungen über die Meeresverschmutzung durch Offshore-Aktivitäten sowie über die Überwachung und Bewertung des Zustandes der Gewässer. Besonders hervorzuheben ist das nur durch wenige und zum Teil befristete Ausnahmen durchbrochene, strikte Verbot der Abfalleinbringung und -verbrennung auf hoher See. Auch wenn von deutscher Seite schon geraume Zeit keine Entsorgung derartiger Abfälle auf hoher See erfolgt, so ist jedoch eine internationale Ächtung dieser bedeutenden Verschmutzungsquelle sehr zu begrüßen.

2. Entstehungsgeschichte des Übereinkommens

Beide Vorläufer-Kommissionen, also die Entscheidungsgremien der Übereinkommen von Oslo einerseits und von Paris andererseits, beschlossen im Juli des Jahres 1990, die Übereinkommen grundlegend zu überarbeiten und dabei insbesondere die umweltpolitischen Entwicklungen aufzugreifen. Man kam mit Blick auf das identische Schutzgebiet und die vergleichbaren organisatorischen Strukturen überein, beide quellenspezifischen Abkommen in einem gemeinsamen Rahmen zu vereinigen. Nach zweijährigen Verhandlungen, bei denen auf deutscher Seite der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend war, konnte die neue Konvention auf Ministerebene am 22. September in Paris gezeichnet werden. Während der gleichen Konferenz konnte ein prioritätsorientierter Aktionsplan mit Festlegungen im Bereich der Sammlung von Fachinformationen, der Verschmutzungsquellen, des Dumping, der Offshore-Aktivitäten sowie der gemeinsamen Umweltbeobachtung und Umweltbeurteilung beschlossen werden. Herauszuheben sind die kurzfristigen Anstrengungen zur Reduzierung der Nährstoffeinträge. In einem Anhang wurden Zieldaten für quellenorientierte Berichte, Kommissionsverhandlungen und die Verwirklichung von Maßnahmen aufgestellt und damit ein Handlungsprogramm der Öffentlichkeit vorgestellt. Andere enthalten Kriterienkataloge etwa für die Monitoring-Aktivitäten.

An den Vertragsverhandlungen waren die betroffenen Ressorts und Bundesländer, insbesondere die Küstenländer der Nordsee, beteiligt. Die Länder haben nach Durchführung des Verfahrens gemäß der Lindauer Absprache (§ 80 Abs.3 GGO II) ihre Zustimmung erteilt.

Das Auswärtige Amt und die beteiligten Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Wirtschaft, für Verkehr, des Innern, der Justiz, für Forschung und Tech-

nologie sowie der Finanzen haben ebenfalls zugestimmt. Die Vertragsförmlichkeit ist vom Auswärtigen Amt geprüft worden.

II. Wesentlicher Inhalt des Übereinkommens

1. Schutzbereich

Das Konventionsgebiet (vgl. Art. 1 lit. a) umfaßt den Nordostatlantik und bezieht – wie die Konvention zum Schutz der Ostsee – die inneren Gewässer im Einzugsgebiet des Meeres mit ein.

Das neue, 34 Artikel und 4 Anlagen sowie 2 Anhänge enthaltende Abkommen, das auch Regelungen über die Bewertung des Zustandes der Meeresumwelt aufweist (Anlage IV), umfaßt wie auch schon die vorherige Fassung die meisten Verschmutzungsquellen:

- Verschmutzung vom Lande aus (Anlage I)
- Verschmutzung durch Einbringen oder Verbrennung auf See (Anlage II)
- Verschmutzung durch offshore-Aktivitäten (Anlage III)

2. Schutzziel

Aus dem eingangs definierten Begriff der „Verschmutzung“ läßt sich mittelbar auch das Schutzziel des Übereinkommens ablesen. Dort sind die Aspekte der Gefährdung der menschlichen Gesundheit, der Schädigung der lebenden Meeresschätze und der Meeresökosysteme sowie die Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten oder eine Behinderung anderer rechtmäßiger Nutzungen des Meeres aufgezählt. Die Vertragsparteien verpflichten sich dementsprechend, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Verschmutzung zu verhüten und zu beseitigen, ferner alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Meeresgebietes vor den schädlichen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten zu ergreifen, um die menschliche Gesundheit zu schützen, die Meeresökosysteme zu erhalten und falls möglich beeinträchtigte Meereszonen wiederherzustellen.

Mit der von der deutschen Seite initiierten Festschreibung des Vorsorgeprinzips wird ein weitreichender Schutz der angestrebten Ziele erreicht. So kann das Instrumentarium bereits dann greifen, wenn eine konkrete Gefährdung noch nicht eingetreten ist, aber wenn ausreichender Anlaß zur Besorgnis besteht, daß in die Meeresumwelt eingeleitete Stoffe oder Energie zu einer Gefährdung der Schutzgüter führen. Ein zwingender Nachweis der Kausalität zwischen Einleitung und Auswirkung wird konsequenterweise ausdrücklich als entbehrlich bezeichnet.

3. Maßnahmen

Neben der generellen Verpflichtung zur Verhütung und Beseitigung der Meeresverschmutzung sowie zum Schutz gegen nachteilige Auswirkungen menschlichen Handelns ist – unter dem Vorbehalt der Praktikabilität – auch eine Pflicht zur Wiederherstellung von nachteilig beeinflussten Meeresgebieten vorgesehen (vgl. Art. 2 Abs. 2). Alle Programme und Einzelmaßnahmen müssen, so legt es Absatz 3 des Artikels 2 fest, dem Stand der Technik und der besten Umweltpraxis entsprechen. Kriterien für diese Qualitätsdefinitionen sind im Anhang 1 niedergelegt worden. In Artikel 3 wird die Verschmutzung vom Lande aus behandelt, in den folgenden Artikeln sind die Verschmutzungsquellen durch Einbringen oder Verbrennen (Art. 4) und

durch Offshore-Quellen (Art. 5) Gegenstand. Der nächste Artikel ist der Beurteilung der Qualität der Meeresumwelt gewidmet. Zu jedem der letztgenannten vier Artikel haben sich die Vertragsparteien auf eine konkretisierende Anlage geeinigt, die jeweils konkrete Maßnahmen anspricht. Artikel 7 enthält dann folgerichtig eine Öffnungsklausel, wonach im Bedarfsfalle auch für andere Verschmutzungsquellen spezielle Anlagen erlassen werden können.

Zur Umsetzung der Konvention sind keine grundlegenden Änderungen des deutschen Rechts erforderlich oder angebracht, weshalb auch auf Bund, Länder und Gemeinden keine zusätzlichen Kosten zukommen. Lediglich das grundsätzliche Verbot des Einbringens und Verbrennens von Abfällen auf See muß gesetzlich verankert werden, wenn auch von deutscher Seite schon seit mehreren Jahren eine solche Entsorgung nicht mehr stattfindet. Geplant ist, das Verbot hinsichtlich der Hohen See, der Küstengewässer und der inneren Gewässer in das Wasserrecht und Abfallrecht zu integrieren; Da weder Bund und Länder noch die inländische Wirtschaft mit Kosten infolge des Gesetzes belastet werden, ergeben sich daraus auch keine preislichen Auswirkungen.

a) Verschmutzung vom Lande aus

Bezugnehmend auf Artikel 3 der Konvention finden sich in dem ersten Anhang die quellspezifischen Regelungen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung vom Lande aus. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, bei Punktquellen den Stand der Technik anzuwenden. Sowohl bei diesem Quellentypus, als auch bei diffusen Quellen wird die Anwendung der besten Umweltpraxis zwingend vorgeschrieben. Solche Einleitungen und Emissionen, die das Schutzgebiet der Übereinkunft erreichen und es beeinträchtigen können, unterliegen einer Genehmigungs- bzw. Regelungspflicht. Im jeweiligen Verfahren müssen die Entscheidungen der Kommission umgesetzt werden. Der Kommission wird die Aufgabe übertragen, Pläne für die Reduzierung und schrittweise Beseitigung solcher Stoffe zu erarbeiten, die langlebig und toxisch sind und zur Bioakkumulation neigen. Darüber hinaus soll die Kommission, soweit erforderlich, Programme und Maßnahmen zur Nährstoffreduzierung erarbeiten.

b) Entsorgung von Abfällen auf See durch Einbringen oder Verbrennen

Anlage II, die auf Artikel 4 der Konvention Bezug nimmt, regelt die Entsorgung von Abfällen auf See durch Einbringen (Dumping) oder Verbrennen. Sie verbietet grundsätzlich jede Form des Einbringens oder Verbrennens. Ausgenommen sind lediglich Baggergut, inertes Material natürlichen Ursprungs und Fischabfälle sowie (zeitlich begrenzt) Klärschlamm und Schiffe. Alle hier genannten Stoffe dürfen nicht ohne nationale, an den Zielen der Konvention ausgerichteten Genehmigungen bzw. Regelungen eingebracht werden. Eine Berichtspflicht der Vertragsparteien hinsichtlich des Einbringens dient ebenfalls der Kontrolle. Für alle Stoffe gilt der Grundsatz, daß sie ohne Genehmigung oder Regelung durch die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei im Meeresgebiet nicht zu einem anderen Zweck abgesetzt werden dürfen, als zu dem sie ursprünglich vorgesehen oder hergestellt wurden. Mit Bestimmungen für die Einbringung in Notlagen schließt dieser Anhang.

Das in der Übereinkunft enthaltene Verbot der Einbringung von schwach- und mittelradioaktiven Stoffen einschließlich Abfällen war bei den Verhandlungen zwischen den Ver-

tragsparteien besonders streitig. Die von Frankreich und Großbritannien geforderte Ausnahme fand entschiedene Ablehnung bei den anderen Vertragsparteien. Anlässlich der Konferenz in Paris konnte nach intensiven Vorgesprächen eine Einigung dahingehend erzielt werden, daß zwar diesen Staaten ein Dispens für 15 Jahre (gerechnet vom 1. Januar 1993 an) eingeräumt wird, sie aber die Kommission 1997 darüber unterrichten, welche Schritte sie zur Prüfung landseitiger Entsorgungsalternativen unternehmen haben. Diese Befreiung kann aufgrund eines einstimmigen Kommissionsbeschlusses mit nachfolgender Ministerkonferenz um weitere zehn Jahre verlängert werden. Die Parteien, die eine weitere Verlängerung anstreben, unterliegen dann jedoch ab 1999 weiteren, deutlich umfangreicheren Berichtspflichten im Hinblick auf die Schutzgüter. Zudem muß dann darüber hinaus nachgewiesen werden, daß die Entsorgung der radioaktiven Abfälle durch Einbringen in das Meer keine Gefährdung für die menschliche Gesundheit und für die Meeresumwelt darstellt oder andere legitime Nutzungsmöglichkeiten des Meeres verhindert. Zwar war die deutsche Seite von Anfang an sehr nachdrücklich bemüht, ein endgültiges Verbot (unter Einbeziehung der inneren Gewässer) durchzusetzen, jedoch stellt auch der nun getroffene Kompromiß eines befristeten Moratoriums einen Fortschritt dar, indem nämlich die Dispensstaaten einem hohen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sind. Unabhängig hiervon haben sie erklärt, daß sie in absehbarer Zeit keine schwach radioaktiven Abfälle einbringen werden.

c) Verschmutzung infolge von Offshore-Aktivitäten

Die Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung, die auf Offshore-Aktivitäten wie die Öl- und Gasförderung zurückzuführen ist, ist Regelungsgegenstand der Anlage III, die auf Artikel 5 der Konvention rekurriert. Als Novum ist sowohl die Einleitung von Plattformen aus als auch die Abfallbeseitigung durch das Einbringen von Plattformen selbst (inklusive Fragen der Beseitigung) zusammenhängend und abschließend geregelt. Alle Maßnahmen unterliegen den Qualitätsanforderungen der Anwendung des Standes der Technik und der besten Umweltpraxis. Auch hier ist eine Genehmigungs- und Regelungspflicht für gefährdende Stoffe vorgesehen. Die nationalen Behörden errichten in diesem Zusammenhang ein Überwachungs- und Kontrollsystem.

d) Überwachung und Bewertung des Zustandes der Meeresumwelt

Die Kontrolle betrifft auch Anlage IV, die mit Artikel 6 der Übereinkunft eine Einheit bildet und die Pflichten der Vertragsparteien und der Kommission zur Überwachung und Bewertung des Zustandes der Meeresumwelt konkretisiert. Diese Pflicht wird in Deutschland maßgeblich durch den Vollzug des Bund/Länder-Meßprogramms Nord- und Ostsee erfüllt, das in Zukunft ggf. an neuere wissenschaftliche Erkenntnisse anzupassen ist. Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien untereinander und die Zusammenarbeit der Kommission mit anderen sachverständigen Organisationen wird im einzelnen geregelt. Die Bestimmung ist im Zusammenhang mit Artikel 22 zu sehen, wonach die Vertragsparteien die Pflicht übernehmen, die Kommission regelmäßig über die Umsetzung des Übereinkommens und die Wirksamkeit der Maßnahmen zu unterrichten. Ziel ist es, mittels Informationen und kooperativer Forschung zu aussagekräftigen und zuverlässigen Zustandsberichten zu kommen, nicht zuletzt, um die Wirksamkeit der durch-

geführten Maßnahmen und die Vordringlichkeit weiterer Maßnahmen beurteilen zu können. In diesem Zusammenhang spielt der von der Übereinkunft garantierte freie Zugang zu Informationen (Art. 9) eine große Rolle, der nur durch die schützenswerten Rechte anderer begrenzt wird. Danach müssen die nationalen zuständigen Behörden allen natürlichen oder juristischen Personen ohne Nachweis eines Interesses und ohne überhöhte Kosten Informationen nicht nur über den Zustand des Meeres, sondern auch etwa über die diesen Zustand gefährdenden Tätigkeiten im Konventionsgebiet geben.

4. Durchführung

Die Konvention sieht vor, daß die Vertragsparteien einzeln und gemeinsam Programme und Maßnahmen beschließen und ihre diesbezügliche Politik und diesbezüglichen Strategien aufeinander abstimmen (Art. 2 Abs. 1 lit. b). Ferner stellen die Vertragsparteien u.a. einander ergänzende oder gemeinsame wissenschaftliche oder technische Forschungsprogramme auf (vgl. Art. 8). Artikel 13 sieht vor, daß die Kommission Empfehlungen verabschieden kann. Daneben wird mit dem Bindungswirkung aufweisenden und mit ¾-Mehrheit anzunehmenden Beschluß im Gegensatz zur Oslo- und Paris-Konvention ein neues Instrument geschaffen. Die Bindungswirkung des Beschlusses tritt nach Ablauf von 200 Tagen ein, wenn eine Vertragspartei für die Entscheidung gestimmt hat und während dieser Frist nicht etwas anderes notifiziert. Ebenfalls ein neues Instrument enthält Artikel 24 der Übereinkunft. Danach hat die Kommission die Möglichkeit, für die Umsetzung eines Beschlusses oder einer Empfehlung in verschiedenen Regionen des Konventionsgebietes unterschiedliche Fristen vorzusehen. Diese Regionalisierung kann in Verbindung mit der gerade dargestellten Rechtsverbindlichkeit des Beschlusses unter Umständen dazu genutzt werden, für die Nordsee ein rechtlich und tatsächlich anspruchsvolleres Schutzregime einzuführen, ohne die ökologischen und ökonomischen Besonderheiten der anderen Gewässer außer acht zu lassen.

5. Gremien

Die Einrichtung, Organisation und Aufgabenstellung der Kommission ist in Artikel 10 geregelt. Sie dient in erster Linie der Überwachung der Durchführung des Abkommens, nimmt aber auch Aufgaben unter anderem der Erarbeitung von Programmen und Maßnahmen wahr und kann grundsätzlich einstimmig, ausnahmsweise mit Dreiviertelmehrheit Beschlüsse und Empfehlungen (Art. 13) annehmen. Sonstige Fragen der Verfahrensweise innerhalb der Kommission regelt die Übereinkunft selbst nur insoweit, als sie auf eine einstimmig anzunehmende Geschäftsordnung verweist. Die Kommission kann Staaten, die nicht Vertragspartei sind, sowie internationale Organisationen als Beobachter ohne Stimmrecht zulassen (Art. 11). Daneben wird ein ständiges Sekretariat eingerichtet, dem ein Exekutivsekretär vorsteht (Artikel 12).

6. Finanzierung

Die Kommission gibt sich gemäß Artikel 10 Absatz 5 eine Finanzordnung, die von den Vertragsparteien einstimmig anzunehmen ist.

7. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten

Das Übereinkommen lag bis zum 30. Juni 1993 in Paris für die Vertragsparteien der Übereinkommen von Oslo und

Paris, jeden anderen Anrainerstaat, Staaten im Einzugsgebiet der zufließenden Wasserläufe und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zur Unterzeichnung auf. Mittlerweile haben alle gezeichnet.

Nach Artikel 26 bedarf die Konvention der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung.

Das Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden aller Vertragsparteien der Übereinkommen von Oslo und Paris in Kraft. Für solche anderen Staaten, die nicht zu den o.g. Vertragsparteien gehören, gilt ein gesonderter Zeitpunkt.

Mit dem Inkrafttreten verlieren die Vorläufer-Abkommen von Oslo und Paris ihre Gültigkeit. Empfehlungen und Entscheidungen, die auf den alten Konventionen beruhen, gelten fort, soweit sie mit dem neuen Übereinkommen zu vereinbaren sind.

8. Beitritt

Nach dem 30. Juni 1993 steht das Abkommen dem Kreis der zeichnungsbefugten Staaten und Wirtschaftsorganisationen zum Beitritt offen (Art. 27). Andere Staaten oder Wirtschaftsorganisationen können von den Vertragsparteien einstimmig eingeladen werden.

9. Verwahrer

Nicht nur die Urschrift der Konvention, dessen englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich sind, sondern auch die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden wie auch Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt, die bestimmte Unterrichtungspflichten erfüllt.

10. Schiedsgericht

Die Übereinkunft sieht für Streitfälle hinsichtlich Auslegung und Anwendung des Vertrages, die nicht durch die Kommission selbst geregelt werden können, die Einrichtung eines Schiedsgerichts vor (Art. 32), dessen Spruch sich die Vertragsparteien unterwerfen.

Zu Artikel 1 Abs. 1 Nr. 3

I. Allgemeines

1. Bedeutung
2. Entstehungsgeschichte

II. Wesentlicher Inhalt der Übereinkunft

1. Schutzbereich
 - a) räumlicher Schutzbereich
 - b) emissionsbezogener Schutzbereich
2. Schutzziel
3. Maßnahmen
4. Durchführung
5. Gremien
6. Finanzierung
7. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten
8. Beitritt
9. Verwahrer

I. Allgemeines

1. Bedeutung

Das neue „Helsinki-Übereinkommen“, das von der Bundesrepublik Deutschland am 9. April 1992 in der finnischen Hauptstadt gezeichnet wurde, stellt die Fortentwicklung der alten Übereinkunft über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes aus dem Jahre 1974 dar. Mit der Konvention, die von der Bundesrepublik nicht nur unterstützt, sondern auch maßgeblich geprägt werden konnte, ist den Vertragsparteien die Anpassung an die Entwicklungen der Umweltpolitik und des Umweltrechts der letzten beiden Jahrzehnte gelungen.

Beispielhaft ist die Verankerung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips herauszuheben. Die Intensivierung des Informationsaustausches schafft mehr Transparenz auch auf der zunehmend wichtiger werdenden internationalen Ebene. Mit der Ausdehnung des Konventionsgebietes auf die inneren Gewässer (z. B. Buchten, Bodden und Fjorde) wird der Anwendungsbereich deutlich erweitert. Aber auch qualitativ garantiert das neue Übereinkommen einen Zuwachs an Umweltschutz, indem es die Verpflichtung zur Anwendung der „besten Umweltpraxis“ für alle Verschmutzungsquellen sowie des „Standes der Technik“ bei Punktquellen beinhaltet.

Die Übereinkunft stellt im Einklang mit dem bereits im März 1991 verabschiedeten „Nationalen Ostseesaniierungsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland“ sicher, daß auch in den neunziger Jahren die erfolgreiche ökologische Sanierung einer ganzen Region sichergestellt und intensiviert werden kann, die nicht nur für die beiden bundesdeutschen Küstenländer und die gesamtdeutsche Wirtschaft, sondern darüber hinaus auch international von großer Bedeutung ist. Durch die Umwälzungen in Nord-Ost-Europa und die wirtschaftliche Neugestaltung ist die durch die internationale Konvention sichergestellte Kontinuität unabdingbar, um die Umweltverschmutzung im Ostseeraum mittelfristig zu minimieren. Die Bedeutung der Konvention für den andauernden umweltrechtlichen Neuorientierungsprozeß in den östlichen Ostseeanrainerstaaten darf nicht unterschätzt werden, ebenso wenig wie die Vorbildfunktion dieses Vertragswerkes.

2. Entstehungsgeschichte des Übereinkommens

Am 22. März 1974 schlossen die damaligen Ostseeanrainerstaaten das Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (Helsinki-Übereinkommen). Es trat am 3. Mai 1980 in Kraft. Angesichts der Fortentwicklung der Umweltpolitik sowie des Umweltrechts beschloß die Helsinki-Kommission auf ihrer 11. Sitzung vom 13.–16. Februar 1990, eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einzusetzen, die Revisionsbedürftigkeit zu überprüfen und ggf. Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Auf der 12. Sitzung vom 19.–22. Februar 1991 wurde entschieden, die Konvention generell zu überarbeiten. Der von der eingesetzten Arbeitsgruppe erarbeitete Entwurf wurde von der Helsinki-Kommission auf ihrer 13. Sitzung vom 3.–7. Februar 1992 gebilligt. Annahme und Zeichnung der neuen Konvention schließlich erfolgten nach Zustimmung der Bundesregierung am 9. April 1992 auf Ministeriebene in Helsinki.

Mit den Ressorts sowie den betroffenen Bundesländern, insbesondere mit Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, hat während der Verhandlungen eine intensive Abstimmung stattgefunden. Das Bundesministerium

für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Verhandlungen federführend geleitet. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes sowie des Bundesministeriums für Verkehr nahmen daran ebenfalls ständig teil.

Mittlerweile liegt der Helsinki-Kommission ein von einer Sonderarbeitsgruppe unterbreitetes, konkretes Aktionsprogramm vor, das sowohl Sofortmaßnahmen (Phase I: 1993–1997) wie etwa die Errichtung eines Notfallunterstützungs- und Warnungssystems und eine Schadstofffrachtkontrolle an Brennpunkten, als auch langfristige Maßnahmen (Phase II: 1998–2012) zur Verbesserung der ökologischen Situation der Ostsee vorsieht. Das Investitionsvolumen der ersten Phase wird auf ca. 5,0 Billionen ECU geschätzt. Das langfristige Programm stützt sich auf sechs Säulen:

- politische, gesetzgeberische und regulierende Maßnahmen
- institutionelle Festigung
- Investitionen in die Kontrolle punkt- und nicht-punktbezogener Verschmutzungsquellen
- Managementprogramme für Gewässer und Feuchtgebiete in den Küstenregionen
- anwendungsorientierte Forschung
- Umweltbewußtsein und Umwelterziehung

II. Wesentlicher Inhalt der Übereinkunft

1. Schutzbereich

a) Räumlicher Schutzbereich

Das Konventionsgebiet (vgl. Art. 1) umfaßt nicht nur die Ostsee selbst, sondern nach der Neufassung nunmehr zusätzlich auch die inneren Gewässer (Buchten, Bodden, Fjorde) im vom Vertragsstaat festgelegten Umfang. Damit, d. h. mit der Integration des unmittelbaren Einzugsgebietes, nimmt das Abkommen auf die ökologische Notwendigkeit Bezug, den Ostseeraum als Ganzes zu behandeln.

b) Emissionsbezogener Schutzbereich

Das neue, 38 Vorschriften und 6 Anhänge enthaltende Abkommen umfaßt wie auch schon das vorherige Übereinkommen alle Verschmutzungsquellen:

- Verschmutzung vom Lande aus
- Verschmutzung durch Schiffe
- Verschmutzung durch Offshore-Aktivitäten
- unfallbedingte Meeresumweltverschmutzung

2. Schutzziel

Als Schutzziel werden in der Helsinki-Konvention nunmehr ausdrücklich die Erhaltung der Lebensräume, Artenvielfalt und (ungestörte) Naturabläufe konkretisiert, da es sich hier um integrale Bestandteile des Ostseeökosystems handelt. Neben dem unmittelbaren Ostseeraum werden hier auch die Küstenökosysteme einbezogen, jedoch – um den Charakter einer Meeresschutzkonvention nicht zu sprengen – nur die von der Ostsee beeinflussten.

Beachtenswert ist die ausdrückliche Festschreibung des Vorsorge- sowie des Verursacherprinzips (Artikel 3 Abs. 2 und 4). Ferner dürfen, so heißt es in Absatz 6 des Artikels 3 der Übereinkunft im Sinne eines intermediären Ansatzes weiter, die zu treffenden Maßnahmen nicht zu

unannehmbaren Belastungen der Luft und der Atmosphäre, zu unannehmbaren Belastungen der Gewässer, des Bodens und des Grundwassers, zu unannehmbar schädlicher oder wachsender Abfallentsorgung oder zu erhöhten Gefahren für die Gesundheit des Menschen führen.

3. Maßnahmen

Die neue Helsinki-Übereinkunft erfordert zu ihrer Umsetzung keinerlei Änderungen des bislang in Deutschland geltenden Rechts, weshalb auch auf Bund, Länder und Gemeinden keine zusätzlichen Kosten zukommen. Da weder Bund und Länder noch die inländische Wirtschaft mit Kosten infolge des Gesetzes belastet werden, ergeben sich daraus auch keine preislichen Auswirkungen.

a) Verringerung von Schadstoffeinträgen

Artikel 5 enthält die generelle Verpflichtung der Vertragsparteien, Schadstoffeinträge im Rahmen der Vorschriften dieser Konvention zu verringern. In Anlage I Teil 2 sind einzelne verbotene Stoffe aufgeführt. Diesbezüglich verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Verwendung der im Teil 3 des gleichen Anhangs aufgeführten Stoffe (Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel) im Ostseegebiet und seinem Einzugsgebiet auf ein Mindestmaß zu reduzieren und nach Möglichkeit zu verbieten.

In den Artikeln 6 bis 18 werden die allgemeinen Verpflichtungen konkretisiert.

Hervorzuheben ist insbesondere Artikel 6, der die Verschmutzung vom Lande aus regelt. Die Vertragsparteien werden verpflichtet, die „Beste Umweltpraxis“ und den „Stand der Technik“ einzuhalten (Artikel 6 Abs.1). Das deutsche Anliegen, die biologische Behandlung kommunaler Abwässer mit zusätzlicher Nährstoffeliminierung (siehe dazu insbesondere Anlage III Regel 2) generell einzuführen, konnte trotz erheblichen Vorbehalts von Schweden durchgesetzt werden. Artikel 6 Abs. 2 und Anlage III Regel 3 legen Verfahrensregeln für die Erteilung von Einleitungserlaubnissen fest, mit denen insbesondere in den östlichen Vertragsstaaten ein geordnetes Genehmigungsverfahren gewährleistet wird.

Weiterhin sind die Vorschriften zur Verhinderung der Verschmutzung durch Schiffe (Artikel 8), das Verbot der Abfallverbringung (Artikel 10), das grundsätzliche, aber bestimmte Ausnahmen zulassende Verbot des „Dumping“ (Artikel 11) sowie die Regelung zur Verhinderung von Verschmutzungen der Meeresumwelt durch Offshore-Aktivitäten von besonderer Bedeutung.

Hinsichtlich der Offshore-Aktivitäten (vgl. Anlage VI) ist nunmehr eine realistische Regelung zur Begrenzung des Ölgehalts von Produktions- und Verdrängungswasser erreicht worden.

b) Umweltverträglichkeitsprüfung

Artikel 7, der an bereits bestehende internationale Verpflichtungen anknüpft, schafft keine selbständigen, neuen UVP-Pflichten, sieht aber für den Fall der Durchführung einer UVP eine Information der Kommission für den Fall vor, daß eine erhebliche nachteilige Wirkung des Projekts auf die Meeresumwelt des Ostseegebiets wahrscheinlich ist. Für die Offshore-Aktivitäten ist generell eine vorausgehende Umweltverträglichkeitsprüfung unter Berücksichtigung spezifizierter Kriterien bindend (Anlage VI Regel 3).

c) Informations- und Konsultationspflichten

Artikel 13 führt Informations- und Konsultationspflichten für den Fall ein, daß die Interessen einer anderen Vertragspartei durch eine unfallbedingte Verschmutzung wahrscheinlich beeinträchtigt werden. In Ergänzung hierzu regelt Artikel 14 die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung unfallbedingter Meeresverschmutzungen. Dies schafft – dem Anliegen der deutschen Seite entsprechend – Transparenz durch den Austausch von Informationen.

Den Informationsaustausch zwischen den Vertragsparteien und der Kommission regelt Artikel 16; die Information der Öffentlichkeit hat ihren Platz in Artikel 17. Die darauf folgende Vorschrift trägt dem Schutz des geistigen Eigentums, der nationalen Sicherheit sowie personenbezogener Daten Rechnung, der den Vertragsparteien durch ihre Rechtsordnungen auferlegt ist.

Vorgenannte Bestimmungen stehen für mehr Transparenz und Öffnung nach außen und spiegeln die Offenheit der Zusammenarbeit als Ergebnis der jüngsten politischen Veränderungen in Osteuropa wider.

d) Schadensersatzvorschrift

Artikel 25 enthält mit der Schadensersatzvorschrift eine Norm, die Gegenstand intensiver Diskussionen innerhalb der deutschen Fachressorts war. Es konnte erreicht werden, daß der in der alten Konvention enthaltene Passus „as soon as possible“ gestrichen wurde. Konkrete gesonderte Haftungsregime entsprechend der Vorstellungen anderer Vertragsstaaten wurden letztlich nicht aufgenommen und so Abstimmungsschwierigkeiten mit dem deutschen Umwelthaftungsrecht verhindert.

4. Durchführung

Die Konvention gibt den Vertragsparteien auf, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder sonstigen einschlägigen Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung zu ergreifen, um die ökologische Sanierung des Ostseegebietes und die Erhaltung seines ökologischen Gleichgewichts zu fördern (Artikel 3 Abs.1), ohne jedoch den Ländern die Art und Weise der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zwingend vorzuschreiben. Die Anwendung der Übereinkunft soll unbeschadet der Souveränität durch die jeweiligen innerstaatlichen Behörden erfolgen (Artikel 4 Abs. 2).

5. Gremien

Die Einrichtung, Organisation und Aufgabenstellung der Kommission haben die Artikel 19–23 zum Gegenstand. Hierbei gewährleistet Artikel 19 Abs.1 die Kontinuität der Kommission von der alten (1974 eingerichteten) zur neuen Helsinki-Konvention. Hinzuweisen ist auf Artikel 23 Abs. 2, der die Ausübung des Stimmrechts durch die EG sowie ihre Mitgliedstaaten regelt.

6. Finanzierung

Der bisherige Modus der Finanzierung wird durch die neue Konvention nicht verändert, so daß sich infolge der Beitragszahlungen an die Kommission gegenüber dem alten Abkommen keine zusätzlichen Belastungen ergeben. Der Beitrag der EG beträgt höchstens 2,5 % der Verwaltungskosten (Artikel 22 Abs. 4).

7. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten

Das Übereinkommen lag bis zum 9. Oktober 1992 in Helsinki für die Staaten und für die Europäische Wirt-

schaftsgemeinschaft, die an der am 9. April 1992 in Helsinki abgehaltenen diplomatischen Konferenz über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes teilgenommen haben, zur Unterzeichnung auf. Mittlerweile sind alle erforderlichen Zeichnungen vorgenommen worden.

Nach Artikel 35 bedarf die Konvention der Ratifikation oder Genehmigung.

Das Übereinkommen tritt zwei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden aller an der Ostsee angrenzenden Unterzeichnerstaaten und der EWG in Kraft. Für solche andere Staaten, die nicht Anrainer sind, gilt ein gesonderter Zeitpunkt. Mit dem Inkrafttreten verliert das Vorläufer-Abkommen von 1974 seine Gültigkeit; Empfehlungen und Entscheidungen bezüglich der alten Konvention gelten fort, soweit sie mit der neuen Übereinkunft zu vereinbaren sind. Zwischen Unterzeichnung und Inkrafttreten angenommene Änderungen der alten Konvention gelten für die Übergangszeit bis zu einer

entsprechenden Änderung der Anlagen der neuen Konvention fort.

8. Beitritt

Nach dem Tag des Inkrafttretens steht das Abkommen für jeden anderen Staat oder jede andere Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt auf, sofern dieser Staat oder diese Organisation von allen Vertragsparteien eingeladen wurde. Für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration gelten Sonderbedingungen.

9. Verwahrer

Die Aufgaben des Verwahrers dieses in einer englischen Urschrift niedergelegten Abkommens übernimmt die Regierung von Finnland. Sie notifiziert allen Vertragsparteien und dem Exekutivsekretär unter anderem die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden sowie kommende Änderungsvorschläge und übermittelt beglaubigte Abschriften des Übereinkommens an Beitretende.

10.06.94

Stellungnahme **des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks

Der Bundesrat hat in seiner 670. Sitzung am 10. Juni 1994 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.